

KURDISTAN REPORT

Januar 1993
Nr. 54
Preis: 3,- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

- RA. M. Schubert: Befreiungsbewegungen und Völkerrecht

- Interview mit einem ehemaligen Unteroffizier der Konter-Guerilla

Interview mit A. Öcalan anläßlich des 14. Kampfjahres

Kurdistan Report
monatliche Ausgabe
54

Impressum:
V. I. S. d. P.:
H. Barcedogmus
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Belgien	52.00 bfr.
Dänemark	10.00 dkr.
Frankreich	10.00 ff.
Großbritannien	1.20 £.
Niederlande	3.50 hfl.
Norwegen	7.50 nkr.
Österreich	25.00 s.
Schweden	7.50 skr.
Schweiz	3.00 sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel: 43 / 1 / 587 42 68 Fax: 43 / 1 / 56 31 48
Comite du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel: 32 / 2 / 230 92 39 Fax: 32 / 2 / 230 92 08
Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel: 45 / 31 / 24 74 57
Koerdistan Komitee:
Postbus 58092, 1040 H.B. Amsterdam, NIEDERLANDE
Tel: 31 / 20 / 689 33 01, Fax: 31 / 20 / 689 32 72
Comite du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel: 33 / 1 / 42 82 92 76 Fax: 33 / 1 / 42 82 97 93
Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel: 35 / 72 / 46 76 35 Fax: 35 / 72 / 46 76 26
Kurdistan Imformation Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel: 44 / 81 / 880 17 59 Fax: 44 / 81 / 802 99 63
Comite du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel: 41 / 2 / 23 29 33 94 Fax: 41 / 2 /222 29 47 87
Kurdistan Komitee in der BRD e.V:
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel: 0221 / 12 52 64 Fax: 0221 / 13 48 68
Kurdistan Komitea
Lapinlahden Katu 19, LH 38 00180 Helsinki, FINNLAND
Tel./Fax: 3580 / 0 / 694 17 60
Kurdistan Kommitten
Wätmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel: 46 / 8 / 305275, Fax: 46 / 8 / 316273

Büro der ERNK:
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 30 / 1 / 36 34 905
Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 34 / 1 / 4 70 20 04
Apartado 8483 / 28080 Madrid-Espana
Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

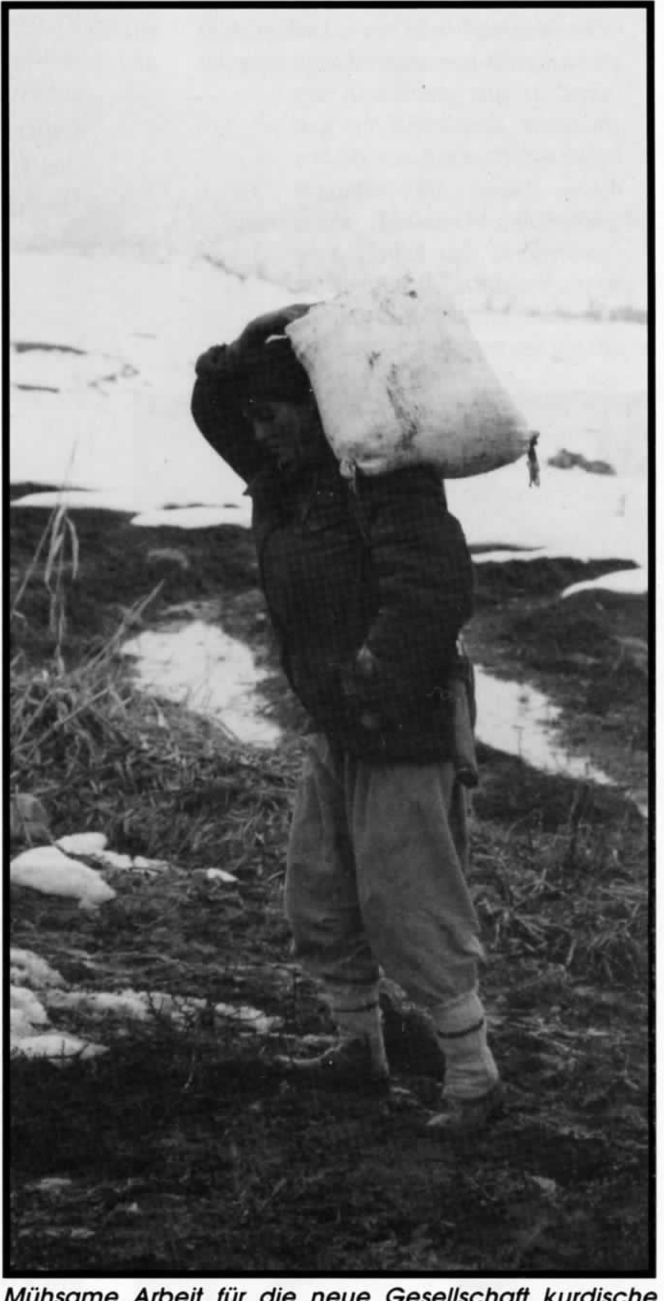
Solidaritätsgruppen in der BRD

- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 2300 Kiel 14**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1

AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld

- AK-Kurdistan-Solidarität c/o Infoladen, Ludolf-Camphausenstr. 36, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freudinnen des kurdischen Vokes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o Komala Kurdistan e.V., Westendstr. 49(Rgb.) 8000 München 2**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen
- **Kurdistan-Solidarität, c/o Habsburgerstr.9, 7800 Freiburg**

- INHALT -



Mühsame Arbeit für die neue Gesellschaft kurdische Guerilleros 1992

EDITORIAL

An die Leserinnen und Leser,

wir möchten zunächst zum neuen Jahr 1993 allen die besten Wünsche übermitteln. Es wird sicherlich ein Jahr schwerer Arbeit für alle diejenigen werden, die sich der Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten verschrieben haben. Vor allem müssen sich die Kräfte - national und international - zusammenschließen, um wirkliche Veränderungen durchsetzen zu können.

In der vorliegenden Januarausgabe des Kurdistan-Report wird in der Rubrik **"Kurdistan aktuell"** in einem Interview mit Abdullah Öcalan die aktuelle Situation der PKK, des kurdischen Befreiungskampfes und der Perspektiven auch im internationalen Kontext erläutert. Besonders möchten wir auch auf das Interview mit einem jungen Guerillero hinweisen, das im Herbst des Jahres 1992 in der Mahsum-Korkmaz-Akademie durchgeführt wurde. Interessant ist es vor allem auch deswegen, weil es auf die Denkweise und das Leben der Menschen in Europa eingeht.

In der Rubrik **"Staatsterror und Menschenrechtsverletzungen"** dokumentieren wir Ausschnitte eines Interviews mit einem ehemaligen Offizier der türkischen Konter-Guerilla, wo er ausführlich über die erschreckenden Brutalitäten der Truppe berichtet. Es bestätigt viele Aussagen, die von Betroffenen und auch von der PKK immer wieder gemacht worden waren.

Besonders hinweisen möchten wir auf den **"Hintergrund"**-Artikel, der uns freundlicherweise von Herrn Rechtsanwalt Michael Schubert aus Freiburg zur Verfügung gestellt wurde. "Befreiungsbewegungen und Völkerrecht" sind Thesen, die er auf der Internationalen Konferenz 'Freiheit für das kurdische Volk' vom 2.-3. Oktober 1992 in Wien vorlegte.

In der Rubrik **"Zur Diskussion"** veröffentlichen wir diesmal Briefe von Hüseyin Celebi, die er 1988 als 129a-Gefangener aus einem deutschen Gefängnis schrieb. Er behandelte darin die Geschichte und Rolle des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Wir denken, sie haben nicht an Aktualität verloren. An dieser Stelle möchten wir nochmal die Leserschaft ermutigen, sich zu den veröffentlichten Artikeln zu äußern, wir freuen uns immer über Kritik und Anregungen.

Mit solidarischen Grüßen
die Redaktion



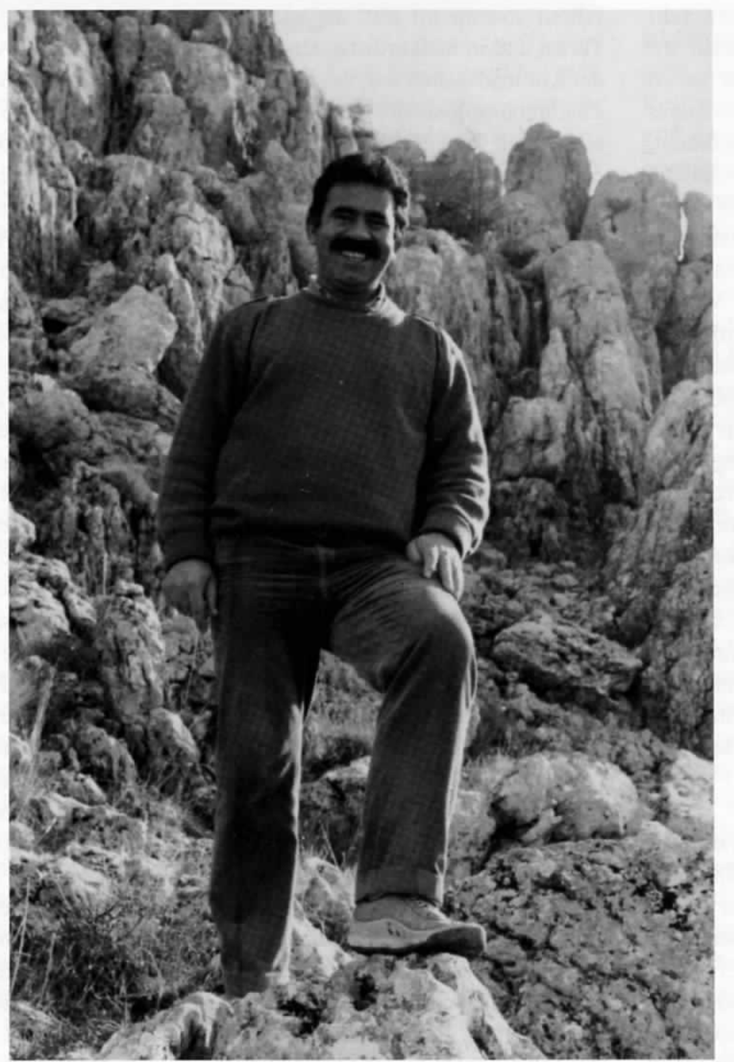
Kurdische Guerilleros backen Brot

"Vertrauen auf die eigene Kraft war und ist die Grundlage auf der sich die kurdische Revolution entwickeln und das Volk von ganz Kurdistan zusammenschließen wird"

Interwiew der Zeitung Özgür Gündem mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, vom 5. Dezember 1992

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, die PKK feiert ihr 14-jähriges Bestehen. Sie haben die PKK vor 14 Jahren zusammen mit einer kleinen Gruppe von Menschen mitgegründet. Heute besitzt die PKK die Unterstützung einer Millionen Anhänger zählenden Massenbasis des Volkes. Welche Bilanz können Sie über diese vielen Jahre ziehen? Wie sieht in diesem Zusammenhang Ihre Analyse des vergangenen Jahres aus und welche prinzipielle Politik werden Sie in der Zukunft verfolgen?

Abdullah Öcalan: Es sind genau 14 Jahre seit der offiziellen Gründung der PKK vergangen. Es wurde zu diesem Thema schon viel gesagt, und es ist noch viel dazu zu sagen. Wer die Geschichte ein wenig kennt und wer auch die aktuelle politische Realität genau begreift, stellt fest, daß die Entwicklungen, die in der Geschichte anderer Nationen Jahrhunderte lang gedauert haben, in der Geschichte Kurdistans in diesen vergangenen 14 Jahren vollzogen wurden. So hat zum Beispiel die revolutionäre Epoche der Aufklärung in der nationalen Bewegungen in den westeuropäischen Ländern 200 Jahre gedauert und die Aufklärungsphase in Rußland mit der bolschewistischen Revolution 150 Jahre. Es geschah in so kurzer Zeit, obwohl aufgrund der konkreten Realität Kurdistans lange Zeit die Möglichkeit für die Realisierung einer Phase der Aufklärung



Generalsekretär der PKK Abdullah Öcalan

und der Vorbereitung zur Revolution nicht gegeben war. Die Hauptursachen dafür waren mehr als die Kolonialisierung Kurdistans die nationale Zerteilung und die ständig verbreitete Vernichtung und Assimilation. In Kurdistan wurden die elementarsten Grundlagen zur Herausbildung des Lebens einer Nation vernichtet, ganz zu schweigen von einer Epoche der Aufklärung und Vorbereitung zur Revolution. Wenn wir uns das vor Augen führen, dann begreifen wir besser, welch große historische Bedeutung dem Einfluß und Freiheitsentwicklung Kurdistans, zukommt. Wenn wir die heutige Stufe miteinbeziehen, können wir die fast 20-jährige Phase, die von der Politik der PKK geprägt wurde, als Erwecken zum Leben betrachten. Wir können diese Jahre ohne weiteres als die Jahre der kurdischen nationalen Entwicklung bewerten; als Entwicklungsjahre sowohl der Aufklärung als auch der Vorbereitung zur Revolution, der Vervollkommung der nationalen Befreiungsbewegung und der gesellschaftlichen Freiheitsbewegung sowohl im politischen und kulturellen als auch im militärischen Bereich bewerten. Bei der Frage, warum die nationale Entwicklung im allgemeinen und die nationale Befreiung im besonderen bei den anderen modernen Nationen ein paar Jahrhunderte gedauert hat und die kurdische nationale Entwicklung dagegen in einer solch kurzen Zeit vollzogen wird, müssen wir noch einmal darauf hinweisen, daß uns die gegen uns eingesetzte Unterdrückung und Vernichtung keinen anderen Weg, keine andere Möglichkeit gelassen hat. ...

Bis in die 70er Jahre gab es in Kurdistan

keine bewußte Entwicklung der nationalen Befreiung und Initiativen in dieser Richtung. Das ist die Ursache dafür, daß wieder keine natürliche nationale Entwicklung zustande kam und noch nicht einmal die Gefahr einer nationalen Vernichtung. abgewendet werden konnte. Es gab keine Organisation, ein Programm fehlte, es wurde versäumt, die richtige Kampfform zu wählen. Das führte zum Mißerfolg und bereitete dem Niedergang den Boden. ...
Das Land Kurdistan hatte keinen Namen, keine Partie und keine richtige Kampfform. Und einen bewaffneten Kampf gab es schon gar nicht. Es gab keinerlei wissenschaftliche Feststellung über dieses Volk außer dem Begriff ostanatolisches Volk. Und wenn es darüberhinaus überhaupt etwas gab, dann nur eine sehr diffuse Haltung, die, wenn es darauf ankam, nicht verteidigt wurde. Wir haben unter solchen Bedingungen ein richtiges revolutionäres Denken hervorgebracht. Das wurde in gewissen Sinne zum Anfang einer Epoche der Aufklärung. Wir waren auch vom wissensachftlichen Sozialismus berührt. Dieses Denken versuchten wir in unserer kleinen Gruppe in den Vordergrund zu stellen. Wir begannen mit sehr begrenzten Kenntnissen die Geschichte Kurdistans, die bestehende sozioökonomische Lage und als wichtigsten Punkt das Ziel einer revolutionären Bewegung in ein Programm zu fassen und durch eine sehr aktive Propaganda umzusetzen. Das waren bescheidene, aber für diese Zeit ziemlich lebenswichtige Aktivitäten, die sehr bedeutende Folgen haben sollten. Ungefähr im Frühjahr 1973 begannen wir die Aktivitäten bewußt durchzuführen. 1978 waren wir soweit, die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans offiziell bekanntzugeben.

Özgür Gündem: Spielt der bewaffnete Kampf, den Sie in den Jahren 1978/79 in Hilvan und Siverek gegen die Agas (Großgrundbesitzer) geführt haben, eine wichtige Rolle für Ihre heutige Entwicklung? Kann er als eine Ihre Organisationen von den anderen Organisationen dieser Zeit unterscheidende Besonderheit betrachtet werden?

Abdullah Öcalan: Was haben wir in jenen Jahren erreicht? Vor allem eine richtige Definition über unser Land. Eine richtige Herangehensweise an die Geschichte und als wichtigstes eben, daß wir uns nicht mit einer bloßen wissenschaftlichen Analyse begnügt, sondern mit einer aktiven Propagandagruppe die Sache angepackt haben .... und die notwendige Parteigründung zu vollziehen, was wir in dieser Phase als drängende Aufgabe festgestellt hatten. Das war vor allem für die kurdische Intelligenz, die bis dahin einer ernsthaften Parteibildung ablehnend gegenüberstand, äußerst erschreckend. Noch dazu eine illegale Parteibildung, die die Revolution zum Ziel habende Parteibildung war etwas, was in der Geschichte Kurdistans noch nie dagewesen war. ... Zum Beispiel die Kürt Teali Cemiyet und genauso die KDP, sie sind über die Stufe nur Vereine zu sein nicht hinausgekommen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die KDP in jenen Jahren sowohl im Iran als auch in der Türkei und in Südkurdistan ein Werkzeug der Kolonialstaaten war, das nur mit deren Zustimmung handelte und insbesondere schließlich kam die Vorbereitung irgend eines ernsthaften politischen Kampfes noch nicht einmal in den Sinn. Auf einer solchen wichtigen Stufe ging es nicht darum, die objektiven Bedingungen lediglich zu analysieren. Der historische Schritt bestand darin, sich auf ein revolutionäres Programm zu orientieren, dieses Programm auch durch Anstrengungen für eine Organisierung zu vervollständigen und den Mut aufzubringen, das auch öffentlich bekannt zu geben. Der Platz der PKK in der Geschichte muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Unsere Vorbereitungen waren sehr beschränkt. Das sage ich, weil es für mich so ist, als wären diese Schritte erst gestern unternommen worden. Trotz aller guter Absichten derjenigen, die daran beteiligt waren, waren die für ein Weiterbringen dieser Sache unternommenen Schritte sehr schwach. Aber wir haben einen wichtigen Schritt unternommen. Es war notwendig, weiterführende Schritte zu unternehmen und diese auf jeden Fall durchzusetzen. Es liegt auch ein wenig an unserer Auffassung, daß wir eine neue Phase erreicht haben. Das ist ohne Zweifel ein Wendepunkt und der Ausdruck des Erreichens einer qualitativen Stufe in der Geschichte Kurdistans. Wenn das Notwendige getan wird, dann werden die Ergebnisse großen Entwicklungen den Weg öffnen. Diese Stufe der Überzeugung und des Bewußtseins hatten wir. Wir wußten ganz genau, daß das auch einer Trennung den Weg öffnen würde, daß vor allem eine schnelle Trennung vom primitiven Nationalismus sowie von dem in der türkischen Linken vorherrschenden Sozialchauvinismus stattfinden würde, und sogar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen würde, daß es auch zu einer Trennung in unseren eigenen Reihen zwischen den Revolutionären und denen, die sich darauf nicht einlassen wollen, kommen würde. Wir haben dann ja bereits im Jahr unserer Gründung eine Phase sehr rasanter ideologischer und politischer Trennung und Klärung erlebt. Die Widersprüche mit dem Sozialchauvinismus gingen soweit, daß es sogar zu gewaltsamen Auseinandersezungen kam. Und nicht anders war es mit dem primitiven Nationalismus, der unter Namen wie KUK als Vertreter der Türkei seine Aktivitäten betrieb. Auch hier reichte das bis hin zu bewaffneten Auseinerandersetzungen. Wir wollten umsichtig vorgehen. Wir hatten keine andere Wahl als die Umsetzung richtiger Taktiken. Als Antwort auf diese allgemein bekannten und bewegten Jahre 1978/79 wurden, wie ebenfalls allseits bekannt, die Vorbereitungen des 12. Septembers getroffen. Der erste Schritt dazu war das Massaker von Maras. Dazu kam noch der bewaffnete Widerstand von Hilvan-Siverek. Sowohl die Proklamation der PKK als auch ihr bewaffneter Widerstand, mit dem sie öffentlich in Aktion trat, führte zu einer beschleunigten Entwicklung in Richtung des Militärputsches am 12 September. So äußerte ja auch Evren persönlich: Wir sind mit dem Hubschrauber über Siverek geflogen und haben den Beschluß zum 12. September gefaßt. So wie der Widerstand von Hilvan-Siverek im Grunde einen Schritt in der Geschichte unserer Partei zum Ausdruck bringt, so hatte er auch heikle Konsequenzen. Es bestand vor allem die Gefahr, daß der bewaffnete Kampf zu Ende geht, daß er auf der Stufe eines Vorstadtaufstands stehen bleibt. Die Guerilla war noch nicht richtig entwickelt. Außerdem waren wir auch sehr unvorbereitet. Wenn wir nicht manche Vorkehrungsmaßnahmen getroffen hätten, hätten wir es kaum verhindern können, vom 12. September zerschlagen zu werden. Schließlich konnten sich viel stärkere linke Gruppen nicht davor retten, innerhalb kürzester Zeit zerschlagen und besiegt zu werden. Unsere damalige Taktik bestand darin, die Phase des bewaffneten Kampfes von Hilvan-Siverek in die Berge zu transportieren. Kurdistan war ja



Serhildan; das Volk nimmt seine Schicksal in die eigenen Hände

immer auf das System des in die Berge Gehens gestützt, also hätte man bis Botan gehen können. Manche unserer Kräfte sind in begrenztem Umfang bis dahin gegangen. Als sich jedoch herausstellte, daß die gegen mich gerichtete Repression zunahm - damals gab es die Verhaftungen in Elazig und vor allem über mich wurden ständig Meldungen verbreitet, wo ich sei, daß sie mich festnehmen würden, gingen wir als früh ergriffene Vorsichtsmaßnahme ins Ausland. Wie wir ja wissen, war die Zeit unserers Rückzugs ins Ausland ein historischer Abschnitt für sich. Wir haben unsere Vorbereitungen, die wir in unserem Land in sehr vielgestaltiger Weise entwickelt hatten, im Ausland umgesetzt. Weitere historische Schritte waren, daß wir uns dort mitten im Kampf befanden und umfassende Möglichkeiten zum Kampf hatten, daß wir in der Nähe zu unserem Land waren und vor allem daß wir eine Entwicklung zur Migrantenorganisation durch Auswanderung nach Europa nicht zuließen. Durch die Maßnahmen, die wir für eine möglichst frühe Rückkehr in unser Land getroffen hatten, durch Versammlungen und Konferenzen unserer Organisation und durch sehr intensive Vorbereitungen, orientierten wir uns schon vor Ende des Jahres 1980 auf den Kampf in unserem Land. Der 15. August-Vorstoß war die Folge einer Entwicklung, die in jener Hinsicht wichtige Resultate in der Geschichte Kurdistands hervorgebracht hat. Der bewaffnete Kampf wurde vor allem mit einer, für kurdische Maßstäbe, entwickelsten, planvollen und ausgebildeten Kraft begonnen. Es wurde im topografisch geeignetsten Gebiet begonnen. Natürlich gab es auch Mängel, aber es war einfach unumgänglich, einen solchen Schritt zu unternehmen. Dieser Schritt war zum einen eine gegen die Finsternis des 12. September abgefeuerte Kugel. Zum anderen war dieser Schritt eine gegen die Gefängnisse, gegen die Verbreitung der Hinrichtungen abgefeuerte Kugel. Außerdem war er überzeugend, konsequent. Er demonstrierte, daß die PKK die Stärke besitzt, sich selbst zu erneuern und erneut in den Kampf zu gehen. Dies wurde innerhalb kürzester Zeit auch von den Massen so begriffen. Natürlich gab es Schwierigkeiten, erlebten wir auch großen Mangel, waren wir mit Liquidationsversuchen konfrontiert. Aber durch die sehr systematische und zunehmend sich vertiefende Vorsicht der Führungslinie erreichten wir ein in den späteren Jahren sich beschleunigendes Entwicklungstempo. Vor allem mit unserer Analyse von 1986, von 1987 und den darauffolgenden Analysen haben wir ab den 90er Jahren durch die Orientierung auf die Serhildans (Volksaufstände), der anschließenden zunehmenden Massenbasis und Guerillabildung rießengroße Schritte unternommen. Damit haben wir die Geschichte Kurdistans spürbar verändert, sie endlich zum Eintritt in die Epoche der Freiheit gebracht und durch die Serhildans und die Unbesiegbarkeit der Guerilla stabile Positionen erkämpft und gehalten. Durch die feste Überzeugung, die wir den Massen vermittelt haben, wurde die Hoffnung verankert. Außerdem hat sich klar herausgestellt, daß unsere Partei als Avantgardekraft durchhalten kann und nicht leicht zu besiegen ist. Kurz gesagt, zum ersten Mal in der Geschichte Kurdistans begann eine Aufstandsphase, die sich auf alle Teile Kurdistans auswirkte und nicht so leicht unter Kontrolle zu bringen war. Das war eine Revolutionsphase, die unter politischen, militärischen und die kulturellen Aspekten und für die Organisierung äußerst umfassend war.

Özgür Gündem: Wollen Sie damit sagen, daß auch das 12. September-Regime keine Lösungen gegen Ihren bewaffneten Kampf hatte und daher der Ausnahmezustand installiert wurde.

Abdullah Öcalan: Ja, bekanntlich konnte auch das faschistische 12. September-Regime nicht mit uns fertig werden und griff deshalb zum Ausnahmezustand. Es begnügte sich auch nicht nur mit der Installierung des Ausnahmezustandes, sondern setzte den Schwerpunkt auf den Spezialkrieg. Das gesamte politische System und sogar das der Armee erwies sich als unzureichend. Die Spezialkriegsbehörde herrschte absolut über die Armee und zunehmend auch über die gesamte Gesellschaft. Unserer Meinung nach kann hierbei von einer Strukturänderung des Staates bzw. davon, daß der Staat aufhörte, noch ein Staat zu sein, gesprochen werden. Der Staat wird durch die Konterguerilla und mit den Spezialkriegsmethoden regiert. Das ist gleichseitig die Verletzung der eigenen Legitimität, der gesetzlichen Basis des Staates und die Auflösung seiner eigenen verfassungsmäßigen Ordnung durch ihn selbst. Außerdem machten auch die letzten Zeichen und ebenso die unter den verschiedensten Namen auftauchenden obskuren Organisatioen deutlich, daß der Staat kein Staat mehr ist, sondern der Spezialkrieg regiert. Es ist klar, daß es gegen unseren revolutionären Kampf einen konerrevolutionären Krieg gibt. An der Front der Türkei herrscht in der derzeit sich entwickelnden Lage eine Verschärfung der ökonomischen, der sozialen und der politischen Krise. Sie beabsichtigen, den Konterrevolutionären Spezialkrieg zu steigern, ihn in einen Krieg der Geralmobilisierung zu verwandeln. Die Verwandlung des Spezialkriegs in einen Krieg der Generalmo-

bilisierung bedeutet, die Massen zum Werkzeug einer wachsenden Welle des Chauvinismus machen zu wollen. Daß in Kurdistan gleichzeitig mit den Volksaufständen die Guerilla vor allem aus den letzten Angriffen gestärkt hervorgegangen ist, daß sie nicht nur nicht vernichtet werden konnte, sondern ihre Kraft sogar noch verstärken konnte, ist ein klares Beispiel dafür, daß diese rasante Entwicklung noch nicht einmal abgeschätzt werden kann. Das ist in groben Zügen die herrschende Lage. ...

Jetzt wirft sich das Volk einer ganzen Nation gegen alle Repression, Massakerdrohungen und Massaker in den Kampf - und was für eine Nation, eine, die es nicht einmal gewagt hatte, ihren eigenen Namen auszusprechen, und die davor zurückschreckte, sich als Nation zu bezeichnen. Diese Nation ist jetzt zu kämpferischsten Nation, dieses Volk ist jetzt zum kämpferischsten Volk der Welt geworden. Daß eine kurdische Familie, die früher nicht einmal ein Huhn geopfert hätte, heute ihre Söhne und Töchter bewußt zum Kampf hinführt, ist eine noch nie da gewesene historische Entwicklung. Daher beschränkt sich heute die ehemals hoffnungslose kurdische Nation nicht nur darauf eine Nation zu werden, sondern wird auf der Basis des revolutionärsten nationalen Befreiungskampfes zur Nation, was eine sehr wichtige Entwicklung ist. Nationen bedeuten unter normalen Bedingungen ökonomische Zusammenschlüsse also Markteinheiten, kulturelle Zusammenschlüsse oder Einheiten eines jahrhundertelangen politischen Kampfes, an dessen Ende dann Staaten gegründet werden. Das, was sich also normalerweise durch Staaten entwickelt, das alles wird bei uns in der Phase der revolutionären nationalen Befreiung, ganz deutlich, wie bedeutend die von uns geführte Revolution für unsere Nationwerdung ist. Wenn wir uns vor Augen halten, daß sich das alles auch noch gegen die feudalen Kollaborateure und gegen die Stammesgrenzen entwickelt hat, wird deutlich, wie stark der Aspekt der gesellschaftlichen Befreiung ist. Dazu kommt noch, daß die Hälfte der Menschen, die sich an unserem Freiheitskampf beteiligen, Frauen sind. Das ist ein Schritt Befreiung, wie ihn die Gesellschaften des Mittleren Ostens noch nie erlebt haben. Die armen Bauern bilden die Basis des Kampfes, die Jugend ist in jeder Hinsicht am Kampf beteiligt und die aktivsten und dynamischsten Teile der Gesellschaft, die das größte Bedürfnis nach Freiheit verspüren, beteiligen sich am Kampf. Das zeigt, welche Stufe unser Kampf erreicht hat. Daß der Aspekt der gesellschaftlichen Befreiung also auf eine Weise wie in keiner anderen Nation im Mittleren Osten bereits jetzt hervortritt, bedeutet, daß wir in diese Richtung schon Erfolge erzielt haben. Außerdem muß auch noch die Verwirklichung der Entwicklung zum Sozialismus innerhalb unserer Avantgarde berücksichtigt werden. Die PKK wurde bekanntlich von einem Klima heftigen Kampfes gegen die negativen Seiten des Realsozialismus geprägt. Lassen wir einmal den Einfluß des Realsozialismus beiseite; die PKK ist auf jeden Fall eine Organisation, die es immer verstanden hat, eine konstruktive Haltung zum wissenschaftlichen Sozialismus zu zeigen, indem sie die negativen Seiten des Realsozialismus - vor allem die Krankheiten des Bürokratismus - bekämpfte. Während der Realsozialismus weltweit zusammenbricht, gibt es bei der PKK einen Aufstieg der sozialistischen Avantgarde. Sie erzielt große Erfolge, das ist auch von universeller Bedeutung. Aus diesem Grund muß von einem sehr schnellen Einfluß auf den Sozialismus gesprochen werden. Bei unserem Kampf geht es also nicht nur um die Entwicklung einer nationalen Befreiung und einer gesellschaftlichen Freiheit, sondern um den Sieg für den Sozialismus. Deshalb kann bei der PKK von einer Parteibildung gesprochen werden, die über die Grenzen des Landes hinausgeht, deren Schwerpunkt der universelle Aspekt darstellt und von der Realisierung der Avantgarde dieser revolutionären Bewegung die Rede sein. Die Achtung, die die PKK als eine einflußstarke und vertrauswürdige Kraft im Mittleren Osten schon heute genießt, ist ein Indikator dafür, welchen Einfluß sie in der Zukunft auf internationaler Ebene erreichen wird. ...

Das war eine Analyse in den Grundzügen. Natürlich stehen all diese angesprochenen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem von der PKK geschaffenen Typ des Militanten und genauso mit der Art der Führung der PKK. Was ist theoretisch und institutionell Führung? Das sind Themen, die ganz grundlegend und umfassend untersucht werden müssen. Das ist eine Erfahrung, aus der nicht nur für Kurdistan, sondern für die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit Lehren gezogen werden müssen.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, hier möchte ich folgende Frage stellen: In allen Erklärungen der Vertreter des Generalstabs der Türkischen Republik und auch in den Pressekommentaren heißt es: Das Jahr 1992 ist für die PKK ein Jahr der Verlußte. War das Jahr 1992 für Sie tatsächlich ein Jahr des Rückschlags oder der Verluste?

Abdullah Öcalan: Ich möchte zuerst einmal feststellen, daß das Jahr 1992 für uns das Jahr war, in dem wir viel mehr gewonnen haben als in all den vergangenen Jahren unser Parteigeschichte, sogar das doppelte oder dreifache von dem, was wir in den Jahren zuvor gewonnen haben. Es gibt Zahlen. Bei den Serhildans wurde die Kraft verdreifacht. Bei der Guerilla wurde die Kraft verdreifacht. Ich kann ohne weiteres Zahlen angeben. Nicht nur im Hinblick auf die Anzahl unserer Kräfte, sondern auch im Hinblick auf die Ausbreitung unseres Gebietes hat eine solche Entwicklung stattgefunden. Angefangen von Serhat und Dersim bis hin zum Taurus, von Botan sogar bis zu Süleymania hin, haben wir Stellungen aufgebaut, über die es auch Zahlen gibt. Ich weiß nicht, aus welchem Grund die Presse so schreibt. Dann kennen sie wohl die Entwicklung in der PKK nicht. Ich weiß, daß die Tatsachen darüber nicht richtig dargestellt worden sind. Es ist möglich, daß manche Presseorgane das entweder bewußt oder aber aus Unwissenheit tun. Den mir voliegenden Informationen zufolge haben wir die stärkste Entwicklung 1992 erlebt. Wir haben 1992 auch nicht nur große Gewinne erzielt, sondern diese Gewinne waren dieses Jahr vielmehr noch ein qualitativer Sprung. ...

Wie ich oben schon erklärt habe, von Serhat bis Süleymania und bis in die Metropolen findet ein großes Erwachen statt, das Sie wahrscheinlich auch aus nächster Nähe beobachten können. Selbst in Europa erleben wir eine enorme Entwicklung, es werden Versammlungen durchgeführt, zu denen fast 60.000 Menschen kommen und an die 100.000 Menschen nahmen an der Wahl teil. Das sind Entwicklungen, die schon für sich eine Basis der nationalen Befreiung darstellen. Und all das wurde 1992 verwirklicht. Unsere Guerillakräft haben in allen Ge-

bieten eine große Entwicklung gemacht. Betrachten wir das in Botan im letzten Jahr. Wenn unsere Kräfte damals tausend waren, so sind es heute dreitausend. Wenn es in Dersim letztes Jahr hundert waren, so sind es heute schon fünfhundert. Und das ist in allen Gebieten so. Jeden Tag können wir Serhildans beobachten. Deshalb begnüge ich mich nicht damit nur zu sagen, wir haben im Jahr 1992 hinzugewonnen, sondern es war das erfolgreichste Jahr in der Geschichte Kurdistans und für den Freiheitskampf. Es war ein Jahr des Höhepunkts, der Explosion der gesellschaftlichen Befreiung und der nationalen Befreiung. In diesem Jahr wurden so schnelle und tiefgehende Entwicklungen verwirklicht, wie noch in keinem Jahr zuvor. Gestützt darauf kann ich schon jetzt erklären, daß sich auch 1993 sehr prächtig entwickeln wird.

Gedenken an die gefallenen Genossen, Ehren-Friedhof in der Mahsum Korkmaz-Akademie

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, nach einem Monat bewaffneter Auseinandersetzungen mit der Kurdistanfront in Südkurdistan haben Sie ein Abkommen geschlossen. Das wurde in der Presse und von verschiedenen Kreisen als Rückzug der PKK bewertet. Wie bewerten Sie das? Kann gesagt werden, daß mit diesem Abkommen viele Fragen gelöst wurden? Haben Sie in diesem Zusammenhang alle Ihre Camps im Grenzgebiet geräumt?

Abdullah Öcalan: Es werden viele Analysen über den Krieg in Südkurdistan angestellt. Kurz gesagt handelte es ich um ein Komplott gegen unsere Bewegung, das tatsächlich von allen internationalen reaktionären Kräften gemeinsam entwickelt wurde. Man kann sagen, daß von der Türkei aus der Angriff unter Beteiligung aller Kräfte unter dem Begriff Nationaler Konsens vorbereitet wurde. Außerdem ist klar, daß die Kräfte, die unter dem Namen Kurdistanfront auftreten an diesem Komplott beteiligt waren. Und wir können auch sagen, daß die Demirel-Inönü-Regierung diesen Komplott vorantrieb, seit sie an die Macht gekommen war. Es war schon während der Özal-Ära und dann während der ANAP-Ära beabsichtigt, ein solches Komplott zu realisieren, doch noch massiver mit dieser neuen Regierung. ...

Sie sprachen davon, unseren Kräften in Südkurdistan das Rückgrat brechen zu wollen und nannten das ganze Operation Sandwich. Sie griffen uns mit einem Plan an, den sie sich so vorstellen, daß sie uns wie ein Sandwich aufessen und so mit uns fertig werden wollten. Diese südkurdischen Kräfte bekamen bestimmt internationale Unterstützung. Die Türkei hatte ohnehin gegen uns einen Nationalen Konsens geschlossen. Einige Ausnahmen ändern daran nichts. Sie wollten unter dem Namen Hizbullah sogar den Einfluß des Irans mißbrauchen, um gegen uns vorzugehen. Die Linke übte sich in Stillschweigen. ...

Wir setzten unseren Widerstand weiter auf sehr großartige Weise fort. Und am Ende stand ein aus taktischen Gründen geschlossenes Abkommen. Ich möchte vor allem folgendes gleich feststellen: Für uns war das geschlossene Abkommen kein taktisches Abkommen, sondern hauptsächlich ein Abkommen mit der Mehrheit der Kreise der Soran-Kräfte und der Yezidi-Führung innerhalb der Kurdistanfront. Wir wissen, daß diese mit uns freundschaftlich auskommen wollen. Die Basis zeigt eine ziemlich freundschaftliche Haltung. Wir wollen uns auch mit den Peschmergas keinen blutigen Kampf liefern. Auch bei ihnen gibt es eine starke freundschaftliche Haltung. Abgesehen von einer kleinen Gruppe von für die Türkische Republik arbeitenden Agenten waren die Masen Kurdistans zu neunzig Prozent auf unserer Seite. Mit diesem Krieg war beabsichtigt, sie gegen uns aufzubringen. Wir wollten diese Agentenbeziehungen zerbrechen und haben ihnen entscheidende Schlage zugeführt. Um die übrigen auch irgendwie mit politischen Methoden zu gewinnen, betrachteten wir es letzendlich wie auch schon früher, als nicht mehr so gefährlich, ein solches Abkommen einzugehen. Deshalb können wird das auch nicht als einen Schritt zurück betrachten, sondern müssen ganz im Gegenteil das als einen Schritt zur Vereinigung der patriotischen Bewegung und einen revolutionären Kurs bewerten. Die heutigen Entwicklungen zeigen ja auch, daß sich dies auf der Ebene der Region schon entwickelt. Unsere Camps in Südkurdistan bieten sehr großen Kräften unter ziemlich freien Bedingungen mit ihren Waffen eine Möglichkeit der Stationierung. Sie sind die Wiege für sehr starke Entwicklungen. Wir unterhalten auch unsere Camps entlang der bestehenden Staatsgrenze sowohl an der Grenze direkt als auch etwas südlich und etwas nördlich davon weiter. Hier kann auch keine Rede von einer Unterbrechung unserer Aktivitäten sein. In den nördlichen Gebieten führen wir noch gestärkte Aktivitäten durch. Der türkische Staat will neuerdings eine als Inlandsoperation bezeichnete Operation durchführen. Diese Operation kommt schon jetzt nicht voran. Sie konnten nicht einmal den Fluß der Cudi-Berge erreichen. Sie behaupten, die türkische Armee sei nach Kulp und Lice vorgedrungen. Die Öffentlichkeit weiß sehr genau, wie weit sie vorgedrungen sind und wie weit nicht. Sie konnten keinen Schritt nach Dersim hinein setzen.

Über den Ararat-Berg kommen sie nicht hinaus. Kurzgesagt, es ist ganz offensichtlich geworden, daß ihre Inlandsoperation



ein Fiasko wurde. ... Unsere Verluste in Südkurdistan sind in Wirklichkeit 130 gefallene Märtyrer. Wir haben auch ungefähr genauso viele leicht Verletzte und wenige Schwerverletzte. Innerhalb dieser 45 Tage des Krieges hatten wir auch in Nordkurdistan über fünfzig gefallene Märtyrer. Sogar quantitativ liegt das Verhältnis zwischen unseren und ihren Verlusten bei eins zu zehn - ganz zu schweigen von den politischen Folgen. Das können wir ohne weiteres sagen. Wenn die Presse das verheimlicht und behauptet, die türkische Armee hätte einen Sieg errungen, so geschieht das aus Gründen der psychologischen Kriegsführung. Das ist sehr wichtig und hat auch politische Folgen. Unsere Beziehungen in Südkurdistan bewegen sich derzeit auf der fortgeschrittensten Ebene und unser politischer Einfluß ist sehr weit entwickelt. Ich glaube kaum, daß uns die Kollaborateurs-Kräfte noch einmal angreifen werden. Und wenn sie das tun sollten, dann wären sie in Südkurdistan ganz und gar am Ende. Unsere Verbindungen zum Volk sind sehr weit forgeschritten. Wie ich schon gesagt habe, sind weit größere Möglichkeiten der Organisationsarbeit entstanden. Auch in Nordkurdistan haben wir unsere Verbindungen auf einer sehr hohen Stufe entwickelt. Vor allem der primitive Nationalismus ist im Inland wie im Ausland ziemlich isoliert. Die Siegeshoffnung des Volkes ist gewachsen. Daß die PKK angesichts dieses auf internationaler Ebene entwickelten Komplotts auf den Beinen geblieben und sogar mit solch bedeutenden Erfolgen aus dieser Phase hervor gegangen ist, hat die Siegeshoffnung gesteigert. Das ist schon allein ein Zeichen eines sehr wichtigen historischen Wendepunktes. Ich kann gestützt auf diese Entwicklungen sagen, daß die Türkische Republik Kurdistan entgültig verloren hat, wenn wir keine ernsten Fehler machen. Ich kann sagen, daß wir den Rest noch in Verbindung mit unseren Organisationsaktivitäten gewinnen werden. Der Verlust der Türkischen Republik bleibt jetzt nicht nur auf einen materiellen Verlust von Trillionen Türkische Lira und den Verlust von Menschenleben beschränkt, sondern im Grunde hat sie Kurdistan verloren. Mit ihrem psychologischen Krieg will sie ihre wahre Lage ins Gegenteil verkehren. Das ist im Grunde nur ein anderer Ausdruck dafür, daß sie verloren hat. Das kurdische Volk setzt aus diesem Grund als Folge dieser Gefechte in Südkurdistan alles daran, seine eigene Einheit und gesellschaftliche Opposition auf eine höhere Stufe zu bringen. Wenn wir uns all das vor Augen führen, wird klar, daß es die revolutionäre Linie unter der Führung der PKK ist, die das Jahr 1993 gewinnen wird. Und es wird deutlich, daß durch diesen revolutionären Kampf unter der Führung der PKK sich auch in der Türkei eine breite demokratische Opposition entwickeln und die revolutionäre Tendenz in Südkurdistan sich schneller entwickeln wird.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, nach Beendigung der Kämpfe in Südkurdistan haben die Vertreter der Regierung und des Generalstabs Erklärungen abgegeben, wonach die Auslandsoperation erfolgreich abgeschlossen und jetzt das Inland an der Reihe sei. Auf was zielt der Staat mit der Inlandsoperaiton ab und welche Haltung werden Sie dagegen entwickeln.

Abdullah Öcalan: ... Die Entwicklung ihrer Inlandsoperation hat natürlich etwas mit der von ihnen betriebenen Vertreibungspolitik zu tun. Die türkische Polizei hat das auch bewußt durchgeführt. Sie wollen dazu auch noch Massaker verüben. Özal sagte bei seiner letzten Kurdistanreise: Diese (Orte) müssen entvölkert und ihre Bewohner an einem Ort zusammengefaßt werden. Es zeigt sich, daß sie das durch den Spezialkrieg und die neuesten Angriffe, die sie durchgeführt haben, realisieren wollen. Vor allem die kleinen Siedlungen in den Bergen werden entvölkert, mit Kanonen beschossen und bombadiert. Aber sowohl in Diyarbakir, Mardin, als auch in Botan zielte diese Entvölkerung auf die Hebung ihrer Moral ab. Die türkische Regierung will ihre Schwäche durch Anfachen der Welle des Chauvinismus unter Benutzung der Presse und des Fernsehens beseitigen. Die Regierung hat eine teure Rechnung zu zahlen. Um dies abzuwenden setzt sie auf einen psychologischen Krieg. Jeden Tag füllt sie die Presse und das Fernsehen mit ihren Stellungnahmen und Filmen. Die Armee ist im Grunde auch erfolglos. Und sogar ein M. Ali Birand wird, wenn er eine Nachricht verbreitet, die die Wirklichkeit ein wenig wiedergibt, mit Anklage bedroht. Eigentlich erkennen sie ja selbst auch die objektive Realität, aber das paßt ihnen nicht ins Konzept. Aus diesem Grund verdrehen sie die Realität entsprechend den Erfordernissen ihres psychologischen Krieges. Und das zeigt auch, in welch bedrängter Lage sie sich befinden. Sie können bombadieren, aber ich glaube, daß sie damit keine so große Wirkung erzielen können. Eine größere Entwick-

lung einer Operation ihrer Heerestruppen erwarte ich nicht. Luftangriffe werden auf die entsprechende Gegenwehr unsererseits treffen. ...
Aus diesem Gund betrachte ich ihren Plan einer Inlandsoperation als einen Plan des psychologischen Krieges und bin der Meinung, daß hier der Schwerpunkt liegt. In der Zeit, als sie ihre Inlandsoperation begonnen haben, gab es Angriffe von unserer Seite. Ich bin davon überzeugt, daß sie häufig auf solche Maßnahmen zurückgreifen werden, um unseren Angriffen die Wirkung zu nehmen und von ihnen abzulenken. Aber wir werden ihnen nicht die Gelegenheit dazu geben. ...

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, in diesem Jahre der sehr intensiven Entwicklungen wurden viele Städte und Dörfer niedergebrannt und die Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Der Staat gibt als Vorwand dafür Guerillaangriffe an. Auch in den letzten Tagen ist im Zusammenhang mit der sogenannten Inlandsoperaion bezeichneten Operation so etwas passiert. Wie bewerten Sie das?

Abdullah Öcalan: Die Vertreibung und Einschüchterung der Massen durch Massaker ist sicherlich keine neue Gefahr, sondern das haben sie auch vorher schon getan. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß mit dem 12. September im Grunde Kurdistan zur Migration getrieben wurde. Das 12. September-Regime war im Grunde ein Regime des psychologischen Kriegs. Er sorgte durch Einschüchterung und einige Erleichterungen bei der Paßvergabe dafür, daß das kurdische Volk, vor allem aus einigen wichtigen Gebieten und aus Gebieten, in denen die kurdische Bevölkerung schwächer vertreten war, vollständig nach Europa und in die türkischen Metropolen migrierte. Das war ein totales Spezialkriegsprogramm und das wurde auch zu großen Teilen umgesetzt. Daß sich diese Krise in Europa so weit verschärft hat, liegt auch an diesem Komplott. Auch die Entwicklung des Chauvinismus in den türkischen Metropolen, wo es heißt Kurden raus steht im Zusammenhang mit dieser Vertreibungspolitik und die Polizei führt das bewußt durch. Dazu wollen sie auch noch Massaker durchführen. Wie ich schon vorher sagte, sagte Özal bei seiner letzten Kurdistanreise Diese (Orte) müssen entvölkert und ihre Bewohner an einem Ort zusammengefaßt werden. Wir sehen, daß sie das mit ihren Spezialkrieg, durch ihre jüngsten Angriffe realisieren wollen. Vor allem in den gebirgigen Gegenden entvölkern sie die kleinen Ansiedlungen, beschießen sie mit Kanonen und bombadieren sie. Aber sowohl in Diyarbakir und Mardin als auch in Botan gab es sehr harte Gegenreaktionen auf diese Entvökerungsaktionen und mit den Serhildans in Cukurova und Adana hat sich gezeigt, daß die Migration heute kein Schritt zurück mehr sein muß, sondern auch die Basis für einen sehr fortgeschrittenen Sprung bilden können. Die nach Cizre vertriebene Bauern hat das Heldenepos von Cizre geschaffen. Die nach Adana migrierten Menschen haben Adana in eines der revolutionärsten Gebiete verwandelt. Ich denke, daß sich das in den anderen Gebieten ungefähr ähnlich entwickeln wird. Kurz gesagt, die Vertreibung ist für den Staat keine Lösung. Das gilt auch für die kurdischen Massen in Europa. Bei den kurdischen Massen in Europa hat eine Tendenz intensivster nationaler Entwicklung begonnen. Die in die Metropolen strömenden Massen stellen derzeit die sich in diese Richtung am meisten entwickelnde Schicht dar. Die kurzfristig von der Partei ergriffenen Vorkehrmaßnahmen haben dafür gesorgt, daß diese Migration heute auf keinen Fall solche Folgen hat wie in der Vergangenheit nach dem Dersim - und dem Agri-Massaker, sondern ganz im Gegenteil, daß die aus den kleinen Ansiedlungen in die Metropolen migrierende Bauern ein enormes Aufstandspotential und eine gesellschaftliche Schicht für den Aufstand darstellt. ...

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, soweit wir wissen gibt es Aktivitäten zur Gründung eines Nationalparlaments. Wir haben auch die Wahlen zum kurdischen Nationalparlament in Europa beobachtet. Welcher Bedeutung messen Sie diesem Nationalparlament auch für die Region zu?

Abdullah Öcalan: Die Frage des Nationalparlaments muß als eine Frage der revolutioären Entwicklung betrachtet werden. Genauso wie für unsere Partei ohne Zweifel die Bewegung des Volkes, also der Serhildans, eine unverzichtbare Bedingung ist, ist sie auch die Bedingung für die Guerilla und das Palament. Vor allem die sehr wichtige revolutionäre Phase, auf die ich ja schon hingewiesen habe, die für die Partei in Kurdistan begonnen hat, die Entwicklung zu den Volksaufständen und einer vielseitigen Guerillakraft, haben die Frage des Parlaments von selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Die Aktivitäten für ein revolutionäres Nationalparlament, müssen auf dieser Basis angegangen werden. Es muß also als ein Produkt der erfolgreichen revolutionären Enwicklung betrachtet werden. Auch früher waren ohne Zweifel objektive Gründe vorhanden, warum ein Volk von über 30 Millionen Menschen nicht mehr ohne ein Parlament leben sollte, aber aus subjektiven Gründen konnte es nicht gebildet werden. Doch jetzt sind auch die subjektiven Bedingungen dafür weitgehend erfüllt. Daher haben wir gesagt, die Idee eines Palaments ist richtig. Es ist richtig, den Gedanken der Bildung eines Parlaments aufzuwerfen und eine Diskussion über den Charakter des Parlaments zu entwickeln. Wir haben das seit ein paar Jahren gemacht und jetzt sagen wir, daß das langsam umgestzt werden muß. In Südkurdistan enwickelt sich die Erfahrung eines Parlaments, wenn auch sehr begrenzt und auf Kollaborateurskreise gestützt. Dieses Parlament ist auch eine Erfahrung, die unter unserem direkten Einfluß zustande kam. Wir wollen einem darüber hinausgehenden und mehr auf die werktätigen Kreise gestützen Parlament der Volksrevolution den Weg öffnen. Dazu wollen wir die Aktivitäten zur Gründung des Nationalparlaments von Europa bis Südkurdistan zusammenbringen. Die Kandidaten werden aufgestellt und vor allem wird der Sinn und die Bedeutung des Parlaments diskutiert. Wahrscheinlich wird das alles in allernächster Zukunft konkret umgesetzt werden. Die Vorbereitungen dafür sind getroffen worden. Dieser historische Schritt wird verwirklicht werden, sollte er in diesem Jahr (1992) nicht realisiert werden, dann im Jahr 1993. Es gibt ja auch die Erfahrung der HEP in der Türkei. Dabei hat sich herausgestellt, daß kurdische Parlamentarier im türkischen Parlament nichts tun können. Es ist in jeder Hinsicht klargeworden, daß im türkischen Parlament nicht nach einer Lösung gesucht wird. Ein eigenes Parlament ist für Kurdistan unverzichtbar geworden. Es gibt auf der ganzen Welt von Afrika bis Asien und bis Lateinamerika keine Nation ohne Parlament, egal wie klein sie ist. Denken wir an Palästina, eine aus eins bis

zwei Million Menschen bestehende Nation hat das umfassende Parlament. In Bezug auf Kurdistan ist das nicht mehr nur eine Idee. Die praktischen Vorbereitungen haben die Stufe erreicht, daß der Erfolg nur noch ein technisches Problem ist. Wir sind davon überzeugt, daß wir auch diese noch überwinden werden. Wir sind sicher, daß in der vor uns liegenden Phase das Nationalparlament auf einer legitimen Basis, als höchste Instanz der Willensbildung, als beschlußfassendes und gesetzgebendes Organ, zu einem organischen Körper werden wird. Unsere Partei unternimmt außerordentliche Anstrengungen dafür, daß es gelingen wird.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, wie wird die PKK in dem zu gründenden Nationalparlament vertreten sein? Welche Kompetenzen und Verantwortlichkeiten wird das National Parlament haben ? Werden z.B. die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Partei an das Nationalparlament abgegeben ?

Abdullah Öcalan: Nein, die Partei wird weiterhin als Partei bestehen bleiben. Sie begreift das Parlament nicht als einfaches Abbild ihrer selbst. Das Fortbestehen der Partei ist historisch, gesellschaftlich, strategisch und taktisch eine ganz andere Sache. Die Konstituierung des Parlaments, seine Zusammensetzung, seine Arbeitsweise und seine Entwicklung sind eine eigene Sache. Es ist nicht Bedingung, daß jedes Parlamentsmitglied unbedingt Parteimitglied sein müßte. Es wäre nicht angebracht, wenn die Partei das Parlament als ihr eigenes Abbild betrachten würde. Das Nationalparlament ist eine Institution, die wirklich auf der Basis einer bestimmten historischen Stufe und der ihr eigenen Aufgaben verpflichtet, entstehen muß. Es können auch Abgeordnete im Parlament vertreten sein, die nicht mit der ideologisch-politischen Struktur und den Ansichten der Partei übereinstimmen. Kurz gesagt ist es ausreichend, wenn die Abgeordneten den generellen Interessen der kurdischen Revolution dienen, den grundlegenden Prinzipien des Patriotismus verbunden bleiben, die Revolution nicht ablehnen und die Kollaboration nicht zur Basis nehmen. ...

Die Widersprüche in Kurdistan sollen sich in ihm widerspiegeln. Sie sollen auch im Parlament miteinander kämpfen, damit das zu einem Fortschritt führt. Wäre das Gegenteil der Fall, dann würde das mehr Schaden als Nutzen bringen. Es muß die Freiheit zu kämpfen existieren. Ohne Zweifel ist es realistisch zu erwarten, daß die sozialen Schichten im Verhältnis zu ihrem Gewicht und ihrem Platz im Kampf auf angemessene Weise vertreten sein werden. Es sollten Menschen als Abgeordnete kandidieren, die konsequente Patrioten sind, die in der Lage sind, Gesetze zu erarbeiten und umzusetzen, die sich den Interessen der Gesellschaft und ihrer Nation eng verpflichtet fühlen. Wer Einfluß auf das Schicksal einer Nation haben will, der oder die muß ohne jeden Zweifel solche Eigenschaften besitzen. Wir werden unsere Meinung und unsere Vorschläge in diesem Zusammenhang auf jeden Fall einbringen und es an Unterstützung nicht mangeln lassen. Ich hoffe, daß das kurdische Volk dadurch, daß es so etwas zum ersten Mal kennen lernt, auch immer bewußter wird, daß es die Vertretung seines eigenen Willens in einem solchen Gremium manifestieren und sich dann die Bestimmung seines Schicksals nicht mehr aus den Händen reißen lassen wird. Ich hoffe, daß das Gremium Nationalparlament einer Entwicklung erreichen wird,die in der Hand des Volkes liegt, die auch eine große Bedeutung hat.



ARGK-Einheit in den Kurdischen Bergen

Özgür Gündem: Bei den Wahlen für das kurdische Nationalparlament haben in Europa auch viele Frauen kandidiert. Es wurden auch alle 27 Frauen, die kandidierten, gewählt. Sie bekamen meistens die größte Stimmenzahl in den jeweiligen Wahlkreisen bzw. einen sehr hohen Stimmenanteil. Wir möchten Ihnen die Frage stellen, ob Sie dieses Ergebnis mit der Stufe, die der Kampf erreicht hat oder mit den wichtigen gesellschaftlichen Verände-

rungen und Entwicklungen der kurdischen Gesellschaft in Zusammenhang stellen.

Abdullah Öcallan: Sicherlich hat sowohl die hohe Beteiligung der Frauen am Kampf als auch der Umstand, daß die Frauen ein Teil der Gesellschaft sind, für die der Freiheitskampf die größten Auswirkungen haben wird, zu diesem Ergebnis geführt. Die Analyse und Lösung der Frauenfrage und der Frauenkampf sind ein ganz wichtiger Bestandteil des Kampfes der PKK um gesellschaftliche Befreinung. Und genauso, wie das heute schon auf praktischer Ebene in den Serhildans oder in der Guerilla zum Ausdruck kommt, hat das eben auch in den Aktivitäten zur Wahl des kurischen Nationalprlaments in Europa seinen Niederschlag gefunden. Wir dürfen nicht vergessen, daß ein Zusammenhang zwischen der Stufe der gesellschaftlichen Freiheit und der Stufe der gesellschaftlichen Freiheit und der Stufe der Freiheit der Frau besteht. Das die Befreiung der Frau schon jetzt realisier wird, zeigt, wie hoch die Stufe der Freiheit der PKK ist. Das betrachten wir als einen Indikator. Wir können das als ein herrvoragendes Beispiel der Verbundenheit der PKK mit der Freiheit verstehen.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, welche positiven und negativen Reaktionen auf internationaler politischen Ebene sind im Zusammenhang mit der Wahl des Nationalparlaments zu erwarten? Sind die Bedingungen vorhanden, daß es als offizielle Vertretung des kurdischen Volkes anerkannt wird?

Abdullah Öcalan: Das Nationalparlament wird nicht nur mit dem Ziel gegründet, um auf internationaler Ebene anerkannt zu werden. Ohne Zweifel kann das Nationalparlament vor allem bei den politischen und diplomatischen Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Das Nationalparlament kann eine Rolle spielen, die eine Guerilla oder gar die PKK nicht spielen könnten. Im Bereich diplomatischer und politischer Aktivitäten kann das Nationalparlament besser eingesetzt werden, da ist auch eine Entwicklung zu erwarten. Das Nationalparlament wird aber nicht nur deshalb gegründet, weil von einer Lücke im politisch-diplomatischen Bereich ausgegangen wird. Um eine ganz historische Lücke auszufüllen, will das Volk erst einmal für die Phase der Revolution des Nationalparlament auf seine Nation bezogen und später dann, daß es eine legitime und gesetzliche Grundlage bekommt. Das kurdische Nationalparlament auf seine Nation bezogen und dann später dann, daß es eine legitime und gesetzliche Grundlage bekommt. Das kurdische Nationalparlament wird das kurdische Volk repräsentieren und das auch auf internationaler Ebene tun.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, es wurden Ihnen schon oft Fragen zum Thema politische Lösung gestellt. Haben Sie vor, unter den heutigen Bedingungen eine konkrete Initative für eine politische Lösung zu unternehmen?

Abdullah Öcalan: Wir werden sehr oft gefragt, was wir über eine politische Lösung denken. Diese Frage muß unter Berücksichtigung der realen Lage des uns gegenüberstehenden Feindes betrachtet werden. Was er derzeit Kurdistan aufzwingt, das ist im allgemeinem erst einmal Kolonialismus und im besonderen der Spezialkrieg. Ganz zu schweigen vom Weg einer politischen Lösung, hat er noch nicht einmal die Existenz der kurdischen Identität als Nation wirklich akzeptiert. Zuerst hat die türkische Koalitionsregierung Demirel-Inönü gesagt, wir erkennen die kurdische Identität an, dann hat sie gesagt, es gebe keine Kurden. Am Anfang der Koalitionsregierung hat sie gesagt, es gibt eine nationale Frage, eine kurdische Frage, danach haben sie genau das Gegenteil vertreten. Deshalb stellt sich zunächst einmal weniger die Frage, ob wir zu einer politischen Lösung bereit sind, sondern vielmehr die Frage, ob sie denn überhaupt eine eigenständige Identität akzeptieren kann. Das die Frage die sich zuerst einmal stellt. Die Fragen müssen richtig gestellt werden. Wir hatten eigentlich dafür gesorgt, daß die nationale Identität einwenig akzeptiert wurde. Nachdem die Vertreter des Spezialkriegs das dann für etwas bedenklich hielten, wollte die Regierung mit einem Schritt zurück dagegen vorgehen. Es kann möglich werden, daß sie wieder durch ein paar unechte Reformbemühungen sagen werden Es gibt Kurden, es gibt eine kurdische Frage, aber wenn das wieder unter der Leitung des Spezialkriegs vor sich geht, dann ist das keine politische Lösung. Wir müssen hier klarstellen, daß es sich dabei um eine Jagdtaktik handelt. Das sind Mannöver um einige kollaborierende Kurden an die Staatspolitik, an den Spezialkrieg zu binden. Wir haben als eine der grundlegensten Haltungen das Angebot einer Lösung der Probleme auf politischem Weg vorgebracht...

Ich kann nur wiederholen, daß wir einer politischen Lösung offen gegenüberstehen. Ob aber die Gegenseite bereit ist, von ihrer Massakerpolitik Abstand zu nehmen? Wird dazu ein Waffenstillstand notwendig sein? Werden sie es akzeptieren können, die Probleme auf einer politischen Ebene in die Hand zu nehmen? Das hängt garantiert nicht von uns, sondern vom Spezialkrieg ab. Dieses Problem ist jedenfalls nicht von uns verursacht. Wir wollen schon immer den Schwerpunkt auf eine politische Lösung legen. Außerdem wäre das eine zivilisiertere Methode.

Özgür Gündem: Seit Jahren ist die Presse von Repression betroffen, aber innerhalb des letzten Jahres hat diese Repression noch massivere Dimensionen angenommen. Journalisten werden bei der Ausübung ihrer Arbeit umgebracht, Zeitungen, die etwas anders als die offizielle Staatsideologie schreiben, werden beschlagnahmt. Und das eskaliert immer mehr. Auch der Vertrieb der Zeitungen in der Region wird behindert. Allerdings kann nicht gesagt werden, daß die ganze Presse von dieser Repression betroffen wäre. Wie bewerten Sie diese Lage?

Abdullah Öcalan: In Kurdistan herrscht ein ganz massiver Spezialkrieg und diese von unbekannten Tätern begangenen Morde sind ein Teil dieses Spezialkriegs. Ein Ausdruck des Spezialkriegs sind auch die von der sogenannten Hizb-i-Kontra durchgeführten Angriffe. Ohne Zweifel sind das alles die Methoden ihres Spezialkrieg. Es ist kein Zufall, daß sie dafür den Namen Hizbullah gewählt haben. Denn die MHP kann in Kurdistan kaum greifen. Die MHP ist schon bloßgestellt und isoliert worden. Die MHP kann jetzt nurnoch in der Türkei eingesetzt werden. Früher haben sie auch manche unechten linken Kreise und Namen wie KDP oder KUK benutzt. Jetzt ist keine Basis mehr für den Einsatz all dieser Kräfte vorhanden. Es gibt einen gewissen Einfluß der iranischen Revolution. Es wird generell im Mittleren Osten mit dem Iran gearbeitet. Ich glaube, daß die Staatskräfte unter geschickter Ausnutzung religiöser Ge-

fühle des kurdischen Volkes und Infiltration vor allem mancher Kreise, die die Religion auf reaktionärer Basis anwenden, die sogenannte Hizb-i Kontra geschaffen haben. ...

Zuerst machten sie das verdeckt. Jetzt ist das alles ganz öffentlich geworden. Mitarbeiter von Zeitungen wie Özgür Gündem, Yeni Ülke und einigen anderen linken Publikationen werden Opfer dieser Morde. Warum? Nur deshalb, weil sie in ihren Publikatonen keine PKK-feindliche Berichterstattung machen. Dehalb werden sie zur Zielscheibe. Auch der Generalstabchef hat das ganz offen gesagt. Wenn sie den Spezialkrieg nicht unterstützen, dann sind sie eine Zielscheibe. Diese Morde müssen im Zusammenhang mit diesem Spezialkrieg betrachtet werden. Gegen die Massen gerichtete Massaker sind ebenfalls eine Notwendigkeit für den Spezialkrieg. Das haben wir ja vorher schon erklärt. Das ist die Konsequenz ihrer Politik, die zum Ziel hat, das Volk zur Migration zu bewegen.

Diese Morde von "unbekannten Tätern" werden eben zum einen begangen, um die Schicht der Intelligenz einzuschüchtern, und zum anderen, um zu verhindern, daß die Realität in der Öffentlichkeit bekannt wird. Es sind weitere solche Morde zu erwarten, genauso wie auch weitere Massaker an den Massen. Was getan werden muß, ist die Entwicklung eines Selbstverteidigungssystems des Volkes. Die Selbstverteidigung befindet sich auch bereits im Aufbau. So baut sich jeder so etwas wie Schutzräume oder Unterstände, um da reingehen zu können, wenn der Ort von den Staatskräfte unter Beschuß genommen wird. Das ist schon eine gute Schutzmaßnahmen, doch es ist notwendig, daß das Volk sich selbst organisiert und seine eigenen Verteidigungseinheiten aufbaut. Es müssen in allen Städten und Dörfern Verteidigungseinheiten vorhanden sein. Die Patrioten müssen sich draußen vorsichtig bewegen. Wenn sie irgendwohin gehen, müßen sie also dem Moment, wo sie aus der Haustür gehen, vorsichtig sein. Solche Vorkehrungsnahmen können in einem gewissen Maße die Zahl dieser Morde verringern.

Özgür Gündem: Welche Maßnahmen haben Sie vor zu ergreifen, für den Fall, daß trotz all dieser Vorkehrungsmaßnahmen dieses Morde nicht abnehmen und die Massen in eine ganz schlimme Lagen kommen?

Abdullah Öcalan: Wenn das Volk ganz massiv in Bedrängnis gerät, muß es sich entweder in die von der Guerilla kontrollierten Gebiete oder in andere sichere Gebiete, die es gibt, zurückziehen. Auch das sind Maßnahmen, die ergriffen werden können. Unser Volk muß das alles noch umfassender analysieren. Darüberhinaus müssen die patriotischen Intellektuellen und verschiedene andere Persönlichkeiten, die potentiell Zielscheibe solcher Mordanschläge sind, sich vor Augen führen, daß der Spezialkrieg sehr hinterhältig und auf Massaker ausgerichtet ist. Sie müssen dazu übergehen, die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen sofort zu ergreifen,um dem Spezialkrieg nicht zum Opfer zu fallen. Ich möchte auch klarstellen, daß es auch möglich sein kann, daß Leute, die vielleicht keine Ahnung von dieser oben beschriebenen Staatspolitik haben und nicht wissen, daß die Staatskräfte dahinter stecken, von ihnen unter der Maske Hizbullah angeworben und zum Morden eingesetzt werden. Wir möchten sie noch einmal warnen. Diejenigen, die sich von dieser Mörderbande als Werkzeug haben ausnutzen lassen und gutgesinnt sind, sollen mit diesem Morden aufhören. Außerdem wird unsere Partei auch auf eine systematischere Weise gegen dieses illegale Konterguerillanetz vorgehen. Wir werden versuchen einige wirksamere Methoden dagegen zu entwickeln. Wir werden sowohl als Reaktion auf die Politik der Vertreibung des Volkes als auch als Reaktion auf die wurde von unbekannten Tätern unsererseits auf systematichere und effektiverer Weise Angriffe gegen die Vertreter dieses Staates entwickeln. Wir haben auch bereits angefangen, in diese Richtung etwas zu entwickeln und werden noch wirksamerer Aktionen gegen alle Verteter diese Staates in den Städten vorbereiten. Dann ist es ja so, daß die Staatskräfte den Vertrieb von Publikationen behindern. Wir werden als Gegenmaßnahme nun versuchen, den Vertrieb der dem Spezialkrieg dienen der Presse überall zu verhindern. Sie werden von nun an nicht mehr so ungestört wie früher arbeiten können. Wenn sie den Spezialkrieg in diese Richtung weiterhin steigern, dann werden wir darauf so reagieren, daß wir unseren revolutioären Krieg und unseren eigenen Maßnahmen gegen die steigern, um ihre Untaten nicht unbeatwortet zu lassen.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, welche möglichen Auswirkungen kann die Wahl Clintons zum US-Präsidenten in diesem Land haben?

Abdullah Öcalan: Die Wahl Clintons ist eigentlich ein symbolischer Ausdruck der Reaktion auf die vor allem in den letzten 15 bis 20 Jahren sich immer schneller entwickelten Welle der noch reaktionären rechten konservativen Politik vor allem diese extrem rechte reaktionäre Politik des Kapitalismus und Imperialismus hat massive Konsequenzen gezeigt, von der Umweltverschmutzung in den imperialistischen Metropolen bis hin zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern, hat alles in eine politische Krise gestürzt. Diese Wahl ist ein Ausdruck der Suche nach einer weichen Lösung gegen den Kapitalismus, der die Welt in einen unbewohnbaren Zustand bringt. Wie sehr das realisierbar ist, das ist eine andere Frage, doch für die Massen in den USA ist diese Wahl als ihre Entscheidung gegen einen Bush, der sich als Held des Golfkriegs aufspielt, von großer Bedeutung. In der US- amerikanischen Gesellschaft herrscht eine hochgradige Verarmung, die immer weiter fortschreitet. Die USA stecken in einer ökonomischen und sozialen Krise, die durch außenpolitische Erfolge nicht mehr zu kompensieren ist. Die Antwort darauf war Clinton. Wie weit sich das auf die Monopole auswirken kann, wie weit das ihre konservative Politik überwinden kann, das ist natürlich eine andere Frage. Aber eine solche Einschätzung dürfte nicht ganz unrealistisch sein.
Wie wird sich das auf internationaler Ebene auswirken? Es ist, sowohl was die Bestrebungen der USA, alleine die Weltordnung zu bestimmen, als auch was die Fortführung der rechtskonsevativen Tendenz anbelangt, eine Abschwächung zu erwarten, Wir sind der Ansicht, daß diese US-Regierung vor allem keine so heftigen Angriffe auf die Menschenrechte oder Angriffe auf die Rechte der unterdrückter Nationen unterstützen wird, wie die vorherige. Sie wird wohl eine etwas liberalere Haltung an den Tag legen. Und vor allem was die Rechte einiger Minderheiten und Nationen anbelangt, wird Clinton, wenn er sie auch nicht gerade unterstützen wird,

sie doch nicht von sich aus so unterdrücken wollen, wie die vorherigen US-Präsidenten. Wir müssen hier auch anmerken, daß gerade in Bezug auf Kurdistan, wo es sowohl um die Frage der ganz massiven Verletzung der Menschenrechte als auch um die nationale Frage geht, vor allem die besondere persönliche Beziehung zwischen Bush und Özal sehr negative Auswirkungen für Kurdistan hatte. Wir sprachen in diesem Zusammenhang von einer wegen Kurdistan entstandenen Freundschaft zwischen Bush und Özal. Die folgenschwere Konsequenz zeigte das in der Form eines auf internationaler Ebene entwickelten Komplotts gegen Kurdistan und den Befreiungskampf unter der Führung der PKK. Bush unterstützte dieses Komplott von Anfang bis Ende. Er unterstützte auch Talabani, Kohl, Frankreich und eine Reihe verschiedener kleiner Staaten. Wie wir ja wissen hat er 1992 für das Zustande kommen einer diplomatischen Allianz auf dieser Basis gesorgt. Hinter der schlimmsten Massakerpolitik steckte immer der US-Imperialismus. Der türkische Staat wollte für seine Massaker immer die persönliche Zustimmung und Unterstützung von Bush. Die Frage, was die Clinton-Regierung für die Türkei bedeuten wird, muß im Zusammnenhang mit der Frage der besonderen Beziehung zwischen Bush und Özal analysiert werden. Sie steckten auch hinter dem 12. September-Regime. Bei der Antwort auf diese Frage müssen wir uns vor Augen halten, daß die USA nun ein Regime wie das 12. September-Regime und seine Überreste nicht mehr so stark wie früher unterstützen können. Ich bin der Ansicht, daß sie bereits jetzt damit Schwierigkeiten haben. Mit der Regierungsüberanhme Clintons besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Türkei nicht mehr so einseitige Unterstützung vor allem für ihre jegliche Menschenrechte und Rechte der Kurden verletzenden Angriffe bekommen wird wie früher. Ist es möglich, daß jetzt von den USA vor allem eine politische Lösung angestrebt wird? Es gibt manche positiven Einschätzungen in diesem Zusammenhang. Es ist mögliche, daß die USA der Türkei eine politische Lösung der kurdischen Frage empfehlen oder daß die USA sie dazu zwingen wollen. Dann ist es möglich, daß sie die Türkei im Bereich der Frage der Menschenrechtsverletzungen etwas unter Druck setzen und auch Südkurdistan etwas mehr Unterstützung leisten. ...



Serfirazkin - Wir werden Siegen!

Die Wahl Clintons kann sich auch als ein Schritt in Richtung der Auflösung der bestehenden Allainzen zeigen. Wir müssen jedoch hier noch einmal betonen, daß die Stufe der Entwicklung unseres Kampfes in unserem Land selbst ausschlaggebend und entscheidend sein wird. Eine noch schnellere Entwicklung unseres Kampfes kann die USA mehr dazu zwingen, auf eine politische Lösung hinzudrängen. Eine noch massivere Verletzung der Menschenrechte kann dazu führen, daß die Türkei noch mehr in Bedrängnis gerät. Das erwarten wir jedenfalls. Aber wir sind davon überzeugt, daß das Wesentliche unser eigener Kampf ist. Es ist nur der revolutionäre Kampf selbst, der letzendlich die Massaker und jede Art von Menschenrechtsveletzungen stoppen kann.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, es gibt in verschiedenen europäischen Ländern Appelle zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage. In der Schweiz gibt es eine von 48 Abgeordneten ausgehende Initiative, die auch eine Einbeziehung der PKK für eine Lösung auf politischer Ebene verlangt. Außerdem gibt es auch ähnliche Initiativen in der BRD. Aber neben all diesen Entwicklungen herrscht in Europa doch ein generelles Desinteresse in Bezug auf die kurdische Frage. Wie ist dieses Desinteresse zu erklären?

Abdullah Öcalan: Um genau zu verstehen, was sowohl die Initiative für friedliche Lösungswege als auch das Deinte resse zu bedeuten hat, müsen wir die Lage berücksichtigen, die die Türkei vor allem 1992 durch Demirel-Inönü und Hikmet Cetin geschaffen hat, nämlich daß sie dafür gesorgt haben, daß auf diplomatischer Ebene eine totale Isolation gegen Kurdistan aufgebaut wurde. Auch die Vertreter der südkurdischen Kurdistanfront haben sich für diese Isolation einspannen lassen. Ihnen wurde gesagt: Erklärt Europa, wie demokratisch die Türkei und wie terroristisch die PKK ist, und wir können dann eine Allianz gründen. Wir werden euch dann Möglichkeiten eröffnen. Darauf sind diese kollaborierenden kurdischen Kräfte eingegangen. Sie kamen nach Europa und arbeiteten zusammen. Hikmet Cetin erklärte an Europa gerichtet: Ich bin Kurde. Wir denken an einige Reformen für die Kurden, aber beseitigen wir doch diese schreckliche PKK. Dafür wollen wir Unterstützung von euch oder zumindest euer Stillschweigen.

Das totale Schweigen von 1992 hängt ein wenig mit der gemeinsam betriebenen Diplomatie Hikmet Cetins und einiger kurdischer Kollaborateure zusammen. Das Schweigen steht auch in einem engen Zusammenhang mit den westlichen Kre-

diten, die die TR das ganze Jahr 1992 über bekommen hat. Außerdem leisteten Bush, die englische Regierung und die deutsche Regierung Sonderunterstützung. Später baute die TR dann Beziehungen zu Frankreich und einigen kleineren Ländern wie Schweden, Österreich, Holland auf und bekam auch von ihnen Sonderunterstützung. Dieses totale Schweigen muß in diesem Zusammenhang gesehen und aufgedeckt werden. Um die Politik des Westens besser zu verstehen und um genauer zu erkennen, wie der Westen die Massaker an den Kurden im Hintergrund unterstützt, muß das genau untersucht werden. Wie ich ja erklärt habe, kann dieses Schweigen vielleicht mit den Wahlen in den USA langsam überwunden werden.

Es scheint wahrscheinlich, daß ab dem nächsten Jahr die kurdische Frage erneut auf die Tagesordnung in Europa kommt und auf ziemlich realistische Lösungswege gedrängt wird. Unseren Informationen zufolge werden einige Anstrengungen dahingehend unternommen. Vor allem wurde erneut das kurdische Institut auf den Plan gebracht. Sei denken an Versammlungen in Ankara und in Istanbul. Dann gibt es auch Vorstellungen, daß die PKK und die TR Verhandlungen beginnen sollten oder daß bei Verhandlungen Kräfte aus Europa oder Sprecher, die auf der Seite der PKK stehen, beteiligt sein müßten.

Zuerst war eine Politik vorherrschend, die auf die Vernichtung der gesamten PKK abzielte. Nachdem die PKK nicht zu vernichten war und klar wurde, daß das kurdische Volk ohne die PKK und ein Kurdistan ohne PKK undenkbar ist, entwickelte sich dann die Tendenz zu versuchen, die PKK von ihrer Linie abzubringen. Das ist keineswegs neue Politik. Das wurde auch schon 1978 und 1988 versucht. Sie sagten: die PKK soll reformistisch werden und sich an einer politischen Lösung beteiligen. Das was sie politische Lösung nannten, war im Grunde nicht mehr als kulturelle Autonomie. Sie sagten mir offen Wenn ihr euch nicht darauf einlaßt, werdet ihr vernichtet werden. Die Bedrohung meiner Person durch die Provokateure 1988 ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Nachdem das nicht fünktionierte, sagten sie dann Apo geht oder Ja zur kurdischen Sache, nein zu Apo. Sie wandelten das auch in die Parole Ja zu einer reformistischen PKK, nein zu einer PKK Apos um. Ich glaube jetzt wird aber auch Apo und auch die PKK bei einer politischen Lösung doch eine gewisse Rolle spielen müssen. Wir müssen daran auch beteiligt sein. ...

Ich kann hier im Zusammenhang mit einer politischen Lösung etwas beitragen, in dem ich etwas hinzufüge. Diese Art von politischer Lösung, die sich die TR und der Westen vorstellen, ist eigentlich gar keine Lösung sondern vielmehr nur eine kulturelle Autonomie, die noch nicht einmal eine Verwaltungsautonomie erreicht. Aus diesem Grund können wir das nicht als eine politische Lösung bezeichnen. Das kann als kulturelle Lösung bezeichnet werden. Es ist nicht möglich, eine so umfassende nationale Frage wie die kurdische durch kulturelle Lösung oder auch eine Verwaltungsautonomie, die einen etwas weiteren Schritt als eine kulturelle Autonomie darstellt, zu lösen. Das können wir nicht eine politische Lösung nennen. Das können wir reformistische Kollaborationslösung nennen. Das können wir eigentlich noch nicht einmal richtig als Kurdenreform bezeichnen. Reform beinhaltet unseres Wissens nach auch ein paar politische Gewinne. Bei diesen Lösungsvorschlägen gibt es aber keinen politischen Gewinn. Darin ist für Kurdistan kein verfassungsmäßiger Ausdruck, kein gesetzlicher Ausdruck wie Recht auf Parteigründung, Recht auf den Kampf einer freien Partei, Recht auf ein Referandum etc. vorgesehen. Sie sagen nur: Es gibt Kurden, es gibt eine kurdische Kultur, sollen sie doch sprechen, sollen sie doch schreiben.

Selbst wenn einige Städte selbstverwaltet wären, wäre das noch keine politische Lösung. Deshalb ist auch das, was sie uns auf dieser Basis aufzuzwingen versuchen, keine politische Lösung, sondern eine Lösung, die sie sich entsprechend den Erfordernissen der Kollaboration und ihres Spezialkrieges vorstellen. Eine solche Lösung können wir nicht akzeptieren. Wir halten Konferenzen, die das kurdische Institut auf einer solchen Basis durchführen will, und sogenannte kurdische Intellektuelleninitiativen dieser Richtung für gefährlich und warnen vor solchen Initiativen und warnen diejenigen, die sie vorantreiben. Sie dienen dem Spezialkrieg und stehen mit ihm im Zusammenhang und haben nichts mit einer politischen Lösung zu tun. Noch dazu sind sie weit entfernt von demokratischen Herangehensweisen.

Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, letzte Woche veröffentlichte die Zeitung Hürriyet die Tonbandaufzeichnungen eines Telefongesprächs zwischen Ihnen und der HEP. Es wird behauptet, Sie würden die HEP leiten und ihr Direktiven geben. Eine weitere Behauptung ist die, daß Sei auch unserer Zeitung Direktiven geben würden. Was sagen Sie zu diesen Behauptungen?

Abdullah Öcalan: Verschiedene Zeitungen und politische Menschen wollen mit mir Gespräche führen. Es haben auch viele von ihnen in der Vergangenheit und in der Gegenwart Kontakt mit mir aufgenommen und viele wollen das. Von Zeit zu Zeit wollen auch Leute mit mir sprechen, die sich als HEP-Leute ausgeben. Wenn jemand von der HEP mit mir telefoniert, bedeutet das nicht, daß ich ihr Direktiven gebe. Wenn jemand von der SHP mich anruft, dann spreche ich mit ihn und stelle ihm meine Meinung dar. Es kommen ja schon Leute von verschiedenen Parteien zu mir und es können auch in Zukunft Leute von verschiedenen Parteien kommen. Dabei können einige Meinungen ausgetauscht werden. Wenn mich jemand nach meiner Meinung über Özal fragt, dann dann sich meine Meinung über ihn darstellen. Und wenn Özal persönlich mit mir sprechen wollte, dann würde ich auch ihm meine Meinung sagen. Das würde nicht bedeuten, daß ich Özal einige Direktiven gebe. Die Presse übertreibt hier mächtig. Ich habe es weder nötig, der HEP Direktiven zu geben, noch wäre das praktisch möglich . Denn die HEP ist keine Organisation, die in der Lage wäre Direktiven von mir umzusetzen. Die HEP ist von ihrer Organisationsstruktur her auch eine Organisation, die kaum in der Lage wäre, meinen Direktiven entsprechend zu erarbeiten. Sie ist keine so flexible Organisation. Das ist sowohl unter dem inhaltlichen als auch untere dem gesetzlichen Aspekt so; und das ist mir auch klar. Ich habe jedoch meine Meinung und Vorschläge in Bezug auf die HEP dargestellt, die ich ja ohnehin auch schon der Presse gegenüber geäußert habe. Fragen wie die, was die Bedeutung der HEP ist, ich mit HEP-Leuten genauso rede wie ich ja auch direkt der Öffentlichkeit meine Meinung dazu bekannt gebe. Zu diesem Thema muß ich feststellen, daß

es schon jetzt beabsichtigt ist, die HEP durch den Spezialkrieg auszusachalten. Sie wollten die HEP durch Angriffe von innen und von außen, durch Ermordung mancher Mitglieder und Bedrohung anderer Mitglieder einschütern. Jetzt haben sie auch einen Prozeß eröffnet, bei dem die Todesstrafe für HEP-Funktionäre gefordert wird. Sie wollen sie einschüchtern und liquidieren. ...
Wenn die derzeitigen Angriffe so weiter gehen, dann wird das ganze noch schwieriger. Es besteht ohnehin die Gefahr, daß die HEP verboten wird. ...
Die Hürriyet stellt aber die Informationen, die sie vom MIT bekommen hat - und mir ist schließlich klar, daß mein Telefon abgehört wird und entsprechend rede ich auch am Telefon - maßlos übertrieben dar. Sie haben vielleicht tonnenweise Tonbandaufzeichnungen von abgehörten Gesprächen. Sie können immer wieder solche informationen in der Öffentlcihkeit mit dem Ziel verbreiten, sie zu verdrehen. Eine gute Pressearbeit ist so etwas aber nicht gerade. Sie können die Tatsachen auch direkt von mir erfahren. Ich wäre immer bereit dazu. Revolutonäre haben es nicht nötig, ihre Meinungen zu verbergen. Wir gingen davon aus, daß durch solche Telefongespräche ernsthafte Beziehungen aufgebaut werden können, und nicht davon, daß die Leute dadurch in eine schwierige Lage kommen können. Aber ich werde trotzdem weiterhin meine Meinung sagen. Wenn zum Beispiel eine Gefahr besteht, daß manche exponierte Patrioten ermordet werden, werden dann sage ich allgemein, wie sie sich schützen müssen. Genauso sage ich einer bestimmten Person, wenn sie von mir etwas wissen will, was ich dazu denke. Wenn zum Beispiel ein HEP-Abgeordneter uns sagt Ich bekomme jeden Tag Morddrohungen und ich zu ihm dann sage Gehe nach Europa oder nach Südkurdistan, dann ist das ein Vorschlag für seine Sicherheit in seiner Lage der Lebensgefahr. Ich appelliere auch immer ganz offen an das Volk, denn es ist von der Gefahr von Massakern bedroht. Ich teile meine Meinung durch die Presse und auch meine Meinung über die Presse öffentlich mit. Denn es werden eine Reihe von Journalisten bedroht und ermordet. Natürlich werde ich meine Meinungen und Vorschläge sagen. Das bestreite ich nicht. Es ist meine Pflicht, die ich erfülle. Und das werde ich auch unter allen Bedingungen tun.



Özgür Gündem: Herr Vorsitzender, was möchten Sie zum Schluß noch mitteilen?

Abdullah Öcalan: Ich habe in den letzten Tagen eine Menge Anfragen bekommen, Interviews zu geben. Ich konnte nicht allen ein Gespräch ermöglichen. Aus diesem Grund habe ich versucht, Ihre Fragen etwas umfassender und ausführlicher als die Öffentlichkeit vielleicht erwartet zu beantworten, um dieser Phase intenviser Entwicklungen, die wir gerade erleben, gerecht zu werden. Es gibt aber sicherlich noch eine Reihe von Themen, die erläutert werden müßten. Ich hoffe, daß wir die Gelegenheit finden werden, diese dann bei den künftigen Entwicklungen zu erklären. In der letzten Zeit haben ich erlebt, daß direkt aufgrund unseres Kampfes die Repression gegen die Presse massiv verfschärft worden ist, vor allem die Repression gegen Özgür Gündem, und daß immer wieder Journalisten wegen ihrer Arbeit umgebracht und so zu Märtyrern werden. Ich möchte ihrer hier gedenken und meinen Respekt vor ihnen aussprechen. Gleichzeitig möchte ich auch sagen, daß die Journalisten in Zukunft vorsichtiger sein müssen. Die Repression kann ständig zunehmen. Es ist eine Notwendigkeit, daß sich der Journalismus den Problemen unserer Massen mehr annehmen muß, daß er die Wahrheit noch mutiger und umfassender öffentlich machen muß und daß er ehrlich sein muß. Es ist auf keinen Fall richtig, wegen der Repression die Wahrheit nicht mehr zu schreiben. Wir wissen auch, daß Dogan Güres (Generalstabschef der türkischen Armee, d.Red.) selbst erklärte, daß die Journalisten der bürgerlichen Presse des Spezialkriegs wie Kämpfer arbeiten, die von Front zu Front eilen und besser kämpfen würden, als die Soldaten. Die Mitarbeiter der Presse der Werktätigen oder die das Volk ansprechenden Pressearbeiter müssen es dagegen als Notwendigkeit ihrer Verbundenheit zu ihrem Volk verstehen, eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Realität des Krieges unter allen Aspekten zu machen. Die Pressevertreter des Volkes müssen genauso furchtlos arbeiten wie die bürgerliche Presse. Dazu möchte ich noch kurz etwas sagen. Es fand ein ganz massiver Krieg staat. Das hat sich in der Presse nicht so sehr wiedergespiegelt, darüber wurde nur sehr eingeschränkt berichtet. Es wurden eine Menge Massaker verübt, darüber ist auch nur sehr wenig und ziemlich kurz berichtet worden. Das muß mehr beachtet werden.
Wir wollten die uns angebotene Unterstützung, vor allem die der Presse einschließlich der bürgerlichen Presse, nicht ungenutzt lassen. Aber leider wurde unsere ehrliche Herangehensweise versucht, im Rahmen des Spezialkriegs zu mißbrauchen. Als wir diese Haltung erkannten, wollten wir nicht mehr so viele Erklärungen oder Interviews geben. Ich möchte jedoch noch einmal erklären, daß wir denjenigen, die so wie Ihnen, die ehrlich arbeiten, von Zeit zu Zeit die notwendigen Erklärungen geben werden. An dieser Stellen möchte ich auch erklären, daß ich ihrer Arbeit großen Wert beimesse und Ihnen danken.

Özgür Gündem: Wir möchten, Ihnen auch im Namen aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unserer Zeitung dafür danken, daß Sie unsere Zeitung die Möglickeit zu diesem Gespräch geben haben. Auch wir messen der Erklärung Ihrer Ansichten und Aufklärung der Öffentlichkeit großen Wert bei.

Nach der erfolgreichen ersten Phase zur Gründung des Kurdischen Nationalparlaments, wo für die Wahl der Delegierten das kurdische Volk in 35 Bezirken Europas an die Urnen ging, wurden von den 350 Kandidaten 153 Delegierte gewählt. Vom 19.-20. Dezember 1992 wurde dazu die zweite Phase der Wahlen in Giessen durch geführt.

Wahlen zum Kurdischen Nationalparlament in Europa!



Am ersten Tag der Konferenz wurde zunächst die Diskussionsleitung gewählt. Anschließend wurden die Delegierten vorgestellt. Der Generalsekretär der PKK, Abdullah ÖCALAN, der Schriftsteller und Soziologe Ismail BESIKCI, die Schriftsteller Haluk GERGER und Yalcin KÜCÜK haben ihre Grußworte an die Konferenz geschickt. Die Grußworte, besonders die von Abdullah ÖCALAN, haben unter den Delegierten, anwesenden Gäste und der Bevölkerung große Symphathie gefunden.

Auch die anwesenden Gäste Abdurahman Düre, Feqi Hüseyin Sagnic, Ismet Serif Vali, Yusuf Serhat Bucak, Ahmede Gogė und Yasar Kaya bezeichneten in ihren Redebeiträgen das Kurdische Nationalpalament als einen historischen Schritt für das kurdische Volk.

Am zweiten und letzten Tag der Konferenz wurden die Namen der 153 Delegierten, die in der ersten Phase der Wahlen gewählt wurden vorgelesen und es stellte sich heraus, daß nur 144 Delegierte anwesend waren. Fünf von den nicht anwesenden Delegierten hatten die Gründe ihrer Abwesenheit schriftlich angegeben. Die anderen 4 konnten an der Konferenz nicht teilnehmen, weil sie von der deutschen Grenzpolizei an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgeschickt wurden. Dieses Verhalten der deutschen Polizei löste bei den Delegierten und allen Anwesenden großen Protest aus. Bevor die Delegierten zu den Wahlen übergingen, stellten sie ihre Thesenpapiere, die sie in den am ersten Tag gewählten Kommissionen erarbeitet hatten, vor und forderten zur Diskussion darüber auf.

Nach der erfolgreichen Diskussion und neuen Vorschlägen, wurden die Thesenpapiere mit absoluter Stimmenmehrheit angenommen.

Danach wurden in geheimer Wahl und offener Auszählung 15 Abgeordnete, darunter 3 Frauen, für das Kurdische Nationalpalament gewählt.

Es wurden gewählt:
Selim CÜRÜKKAYA, Timur SAYAN, Rifat CELEBI, Ismail SAYAN, Meryem COLAK, Masallah ÖZTÜRK, Robin REWSEN, Zeynep DERE, Ismail ÖZDEN, Metin CANSIZ, Celal ÖZKAN, Ismail GÖKSUNGUR, Melle MEHMET; Dilek KURT, Ilhan KIZILHAN.



In der zweiten Wahlperiode

Einschüchterung der Delegierten durch deutsche Behörden

In fast allen deutschen Städten, aus denen Delegierte zu den Wahlen benannt worden waren, verschickten die Ausländerbehörden Drohbriefe an sie. Die Delegierten wurden aufgefordert, den Wahlen zum Kurdischen Nationalparlament fernzubleiben, weil sie damit gegen das Ausländergesetz verstießen. Einerseits wurde als Begründung angegeben, daß die Hoheitsrechte der BRD mißachtet würden, daß die Delegierten sich in unerlaubter Weise politisch betätigten und außerdem würde diese ganze Angelegenheit den Interessen der BRD widersprechen.

Bleibt die Frage, was Menschen tun sollen, die erst aus ihrem Land wegen ihrer politischen Ansichten vertrieben wurden, dann dort, wohin sie geflohen sind, zum Stillschweigen verurteilt werden und, wenn sie alle Energie aufbringen, die Ursachen - nämlich die Unterdrückung in ihrer Heimat - politisch zu lösen, kriminalisiert werden?!

Die Delegierten aber, wie aus dem oben genannten Bericht ersichtlich, haben sich nicht einschüchtern lassen und ihre Aufgabe, die ihnen per Abstimmung von tausenden von kurdischen Landsleuten übertragen worden war, gewissenhaft erfüllt.

"Es gibt keine belegbaren Anhaltspunkte für eine direkte oder indirekte Verwicklung der PKK in den Rauschgifthandel."

Dieses Zitat ist einem Schreiben der Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz der Stadt Hamburg entnommen. Dieses wollen wir dokumentieren, um diejenigen, die sonst immer für die Diffamierung der PKK sorgen, mit Aussagen aus ihrem eigenen Apparat zu konfrontieren.

"Europarat verurteilt die Türkei wegen Folter"

So lautete eine Schlagzeile in der Presse kurz vor Weihnachten. Eine Abordnung der europäischen Menschenrechtskommission hatte einen ungewöhnlich kritischen Bericht über die Situation in den türkischen Polizeiwachen veröffentlicht. Darin berichten sie, daß in verschiedenen Polizeiwachen Folterwerkzeuge und Folterkammern gefunden wurden. Gleichzeitig wurde wiederum deutlich, daß diese Berichte wohl kaum zu einer veränderten Haltung des Europaparlaments gegenüber dem türkischen Regime führen werden. Die Rolle, die die Türkei als Nato-Wachhund im Südosten gegenüber den islamischen Staaten und gleichzeitig als Türöffner für den europäischen Markt in die GUS-Staaten spielt ist von zu großer Bedeutung. Für die imperialistischen Staaten sind Menschenrechte nämlich nicht gleich Menschenrechte.

Weil es den imperialistischen Interessen dient, wird über Massenvergewaltigungen in Bosnien tagtäglich berichtet, während die Vergewaltigungen an Frauen in Kurdistan und in türkischen Polizeiwachen so gut wie keine Öffentlichkeit finden. Es ist eine widerliche Tatsache, daß überall dort, wo Krieg herrscht, also auch in den Ländern Lateinamerikas, in Asien, in Afrika die Frauen in besonders widerwärtiger Weise von den kriegführenden Männern erniedrigt werden.

Nur wenn es die Menschen selber machen, wenn sie sich im Widerstand organisieren, werden die Menschenrechtsverletzungen jemals ein Ende finden können.

Noch mehr Unterstützung für die türkische Konter-Guerilla

Zu den Abmachungen der besonderen Art gehört auch diejenige, daß zwischen dem bundesdeutschen Außenminister Kinkel und seinem türkischen Amtskollegen eine Vereinbarung über vertiefte Ausbildung der türkischen Polizei durch die bundesdeutsche "Muster-Anti-Terror-Gruppe" GSG 9 getroffen wurde. Lange Zeit wurde diese Art der Zusammenarbeit auch in der bundesdeutschen Linken immer wieder bezweifelt. Die Dreistigkeit ist so groß, daß dieses Abkommen mit unverhohlenem Stolz bekannt gegeben wurde. Es reicht offensichtlich der Bundesregierung noch nicht, daß Bomben deutscher Machart in den Bergen Kurdistans eingesetzt werden sollen, daß deutsche Schäferhunde, Gewehre, Panzer gegen den Befreiungskampf in Kurdistan eingesetzt werden - der gesamte deutsche Repressionsapparat soll umfassend exportiert werden.

Jede Protestaktion dagegen ist wichtig, so war es erfreulich, daß 300 Menschen vor der Waffenfabrik in Liebenau bei Nienburg protestierten.

Interview der kurdischen Zeitung Berxwedan mit einem Abiturienten (Erdal) in der Akademie Mahsum Korkmaz

"Sich für den bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan vorzubereiten, das war schon seit langem mein Wunsch"



Ausbildung bei der PKK: Lernen, ein neuer Mensch zu werden

Berxwedan: Wie heißt du denn?
Abiturient: Mein Name ist Erdal.

Berxwedan: Woher kommst du?
Erdal.: Ich komme aus Deutschland und habe zuletzt in Köln gewohnt.

Berxwedan: Und warum bist du hierher gekommen?
Erdal.: Ich habe seit mehreren Jahren den Wunsch, Deutschland zu verlassen. Und ich denke, das ist der Hauptgrund. Der Hauptgrund ist der Widerspruch zwischen der Sozialisierung in Deutschland und der Sozialisierung innerhalb des Befreiungskampfes. Und das was mich angezogen hat und wo ich auch meine Persönlichkeit wiederfinden wollte, war die Sozialisierung innerhalb des Befreiungskampfes. Und deshalb bin ich hierher gekommen.

Berxwedan: Fällt dir das hiesige Leben nicht schwer?
Erdal.: Nein, ganz im Gegenteil. Man fühlt sich hier sehr frei, unabhängig. Probleme - kleinere Probleme, die einen in größeren Metropolen oder in Europa beschäftigen – die verlassen dich alle. Du hast nur ein Problem: dich selbst zu befreien, eine freie Persönlichkeit zu entfalten. Ein anderes Problem hast du nicht. Und ich denke, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Berxwedan: Kannst mir ein bißchen etwas über den Tagesablauf sagen?
Erdal.: Also der Tag beginnt morgens um halb sechs, während man in der Nacht Wache hält, eine Stunde lang. Oder wie unser Regiment, das hier 24 Stunden lang am Haupttor Wache hält. Dann steht man um halb sechs auf, um sechs Uhr beginnt der Morgensport, eine Stunde lang. Zwischen sieben und acht Uhr hat man Zeit für das Frühstück, sich für den Unterricht vorzubereiten. Um acht beginnt der theoretische Unterricht, der bis 12 Uhr geht. Dann ist zwischen zwölf und zwei Uhr eine Mittagspause, schließlich ist zwischen zwei und 18 Uhr militärischer Unterricht. Und nach 18 Uhr ist man frei: Abendessen, Diskussion innerhalb der Gruppen oder auch der Besuch anderer Gruppen hier in der Akademie und zum

Teil auch manchmal Abendsitzungen, also Plattformen, wo Diskussionsmöglichkeiten für die gesamten Teilnehmer, für die gesamten Befreiungskämpfer hier in der Akademie bestehen. So kann man kurz den Ablauf darstellen. Den ganzen Tag über gibt es an wichtigen strategischen Punkten um die Akademie, Wachposten. 24 Stunden lang. Und nachts beginnt dann eine verschärfte Wache, wobei auch Kontrolleure die ganze Nacht lang unterwegs sind, damit hier kein Freund, der an einem Wachposten steht, einschläft.

Berxwedan: Willst du, wenn du hier fertig bist, wieder nach Deutschland zurückkehren?
Erdal.: Nein, ich bin schon 15 Jahre lang in Deutschland gewesen, und seit vier Jahren möchte ich Deutschland verlassen. Ich denke, nun ist der Zeitpunkt gekommen, sich für den bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan vorzubereiten. Das war schon seit langem mein Wunsch. Und ich denke, hier kann ich den jetzt endlich erfüllen. Ich denke nicht daran, nach Deutschland zurückzukehren, ganz im Gegenteil, ich möchte jetzt nach Kurdistan.

Berxwedan: Ja, Möchten oder Wünschen - und die Realität ist etwas anderes. Zum Beispiel könntest du eigentlich die Befreiungsbewegung auch in Deutschland weiterführen, indem du diplomatisch-politische Beziehungen aufnimmst. Du hast ja jahrelang deutsch gelernt und dort gelebt. Du kennst die Deutschen sehr gut. Und jetzt möchtest du kämpfen gehen. Kämpfen kann eigentlich jeder, der militärische Gewohnheiten hat. Und bei dir sehe ich, daß du körperlich auch nicht so ausgerüstet bist. Das heißt, du bist eine sehr zierliche Person. Nun, was denkst du darüber? Warum unbedingt kämpfen? Kämpfen beinhaltet nicht nur Waffen. Man könnte auch auf anderen Ebenen tätig sein. Wie kannst du das erklären?
Erdal.: Ich denke, vorweg ist das schon eine richtige Feststellung. Zwischen Wünschen und Realität bestehen immer wichtige Unterschiede und auch Unterschiede, die sein sollten, manchmal. Aber man muß davon ausgehen, daß der Mensch ein ganz besonderer Faktor auf diese Welt ist. Wenn er zu einer Sache steht und den Willen dazu hat, spielt die Äußerlichkeit keine große Rolle. Sie hat zwar einen Einfluß darauf, aber es ist zum einen nicht der entscheidende Punkt. Zum zweiten: Warum der Wunsch, unbedingt zuerst nach Kurdistan zu gehen? Ich denke, mein Wunsch wäre es natürlich, für immer dort zu bleiben. Aber wenn natürlich die Forderungen des Befreiungskampfes es notwendig machen, daß man auch an anderen Orten - so wie in Europa - auf diplomatischer Ebene aktiv sein muß oder sein sollte, damit der Befreiungskampf vorankommt, dann wäre ich natürlich auch bereit, für den Befreiungskampf diese Aktivität zu übernehmen. Nur denke ich, diese Aktivität kann nur dann für den Befreiungskampf effektiv werden, wenn man wirklich diese freie Persönlichkeit, diese freie Person, die wir im Befreiungskampf zu gewinnen versuchen, erlangt hat. Wenn man diesen Punkt erreicht hat, denke ich, ist es überhaupt kein Problem mehr, auch sehr weit weg von Kurdistan diese Person in Energie und Aktivität umzusetzen. Und solange man diese freie Persönlichkeit nicht entwickeln kann, und so den Befreiungskampf nicht in diesem Sinne verstehen und den Feind nicht in diesem Sinne kennenlernen kann, denke ich, hat es wenig Sinn, diplomatische oder irgendwelche Aktivitäten zu übernehmen. Es ist zuerst einmal sehr wichtig, sich, seine Realität, die kurdische Realität unseres Befreiungskampfes kennenzulernen und auf dieser Basis eine freie Persönlichkeit zu entwickeln.

Berxwedan: Ja, was sagst du zu den europäischen fortschrittlichen Bewegungen? Wie können sie die kurdische Befreiungsbewegung unterstützen, oder wo unterstützen sie sie? Reicht deren Unterstützung oder wie schätzt du sie ein? Was sagst du über europäische Intellektuelle, Demokraten, Sozialisten, überhaupt europäische Menschen, die die Befreiungsbewegung unterstützen könnten?
Erdal.: Ich denke, der Zusammenbruch des Realsozialismus hat auch seinen größten Einfluß auf die europäischen Linken oder fortschrittlichen Kreise gehabt. Es gibt zwar noch sehr wenige radikale Kreise, ich denke aber, die Unterstützung oder zumindest unser Ausgangspunkte für das Gewinnen der Unterstützung müßte darüber hinaus gehen. Man müßte sogar - taktisch gesehen - ganz andere Kreise für die Unterstützung dieses Befreiungskampfes gewinnen. Was aber jetzt die solidarische, die Linke oder die fortschrittlichen Kreise in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern tun, ist zuwenig. Wenn man denkt, was es für eine Bewegung für Lateinamerika Anfang der 80er, Ende der 70er Jahre gab, und dann einen Vergleich zieht zwischen damals und heute, sieht man, wie schwach diese Solidaritätsbewegung ist. Wobei ich aber nicht außer acht lasse, daß damals ganz andere Voraussetzungen und Gleichgewichte auf der Welt bestanden. Trotzdem glaube ich, daß der Gedanke des Sozialismus, der Glaube an den Sozialismus unendlich ist. Und deshalb müßte auch die Linke in Deutschland oder die Linke in Europa eine Erneuerung durchführen. Nur auf dieser Basis sind sie in der Lage, Befreiungsbewegungen anderswo auf der Welt zu unterstützen, mit ihnen solidarisch zu sein. Solange sie sich nicht erneuern, glaube ich nicht daran, daß es eine stärkere Solidarität gibt - wobei es aber auch ein bißchen von der Aktivität der kurdischen Seite abhängt, inwieweit sie auch taktisch gesehen Kreise für die Solidarität, für die Unterstützung - sei es materiell, sei es ideel - des Befreiungskampfes gewinnen kann.

Berxwedan: Was denkst du über Europa überhaupt? Wie können die Beziehungen von der Befreiungsbewegung aus gesehen laufen? Werden irgendwelche Beziehungen gewünscht von dieser Seite? Wie kann das realisiert werden? Gibt es solche Möglichkeiten oder Arbeiten, die bevorstehen?
Erdal.: Europa spielt heute im imperialistischen System eine sehr wichtige Rolle. Und in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund unseres antiimperialistischen Kampfes denke ich, stellen die europäischen Länder einen Gegenfaktor zu unserem Befreiungskampf dar, den sie auch in Zukunft darstellen werden. Wobei es Ausnahmen in politischen Kreisen geben könnte, aber die generelle politische Haltung ist gegen uns. Man hat es an den Prozessen in Deutschland gesehen, man hat es an den Komplotten in Schweden gesehen, an den Verfolgungen in Frankreich, man sieht es an der andauernden Diskriminierung der kurdischen legalen Einrichtungen, also den Vereinen. Man sieht das daran, wie von staatlicher Seite versucht wird, die Bewegungs - und Handlungsmöglichkeiten politisch aktiver Kurden von soweit wie möglich einzuengen. Wobei aber zum Beispiel verschiedene europäische Staaten, ich denke da an

die Schweiz, an Österreich, eine Zwischenrolle für unseren Befreiungskampf spielen können, wenn man das richtig angeht. Im diplomatischen Sinne meine ich das. Sei es im Rahmen der KSZE. Aber es hängt ein bißchen davon ab, inwieweit wir selbst diese Kreise für uns gewinnen können. Wobei aber generell die europäischen Staaten zur Zeit eine Blockade für unseren Befreiungskampf darstellen.

Berxwedan: Was bedeutet für dich auf der philosophischen Ebene das Leben hier und in Europa?
Erdal.: Ich denke, das Leben hier hat seine Basis in der marxistischen Philosophie. Sie ist die Grundlage. Die Art und Weise, mit der wir versuchen, hier unser Leben zu entwickeln und zu entfalten, wird soweit wie möglich auf dieser Basis aufgebaut. Wobei wir aber doch darauf hinweisen müssen, daß sie aus verschiedenen Schichten, Kreisen und Ländern und Gegenden kommen, und das hat natürlich auch eine hemmende Rolle. Doch die Annäherung an diese Lebensweise ist sehr ernsthaft. Jeder versucht, auch wenn er in seiner Vergangenheit ein religiöses oder feudales Leben hatte, auf dieser Ebene eine neue Persönlichkeit zu entwickeln. Ich denke, das ist der Hauptunterschied zu Europa. Diese Einfachheit und Seriosität in der Herangehensweise ist ein großer Unterschied zwischen hier und dem was man in Europa tut. Wobei dort das meiste nur auf theoretischer Ebene bleibt, aber deren Umsetzung in das praktische Leben, diese Notwendigkeit des Zusammenhangs von Theorie und Praxis, daß das eine das andere bedingt und daraus folgt, ist in Europa nicht sichtbar. Hier hingegen muß alles, was theoretisch besprochen wird, einen Effekt auf das praktische Leben haben. Sonst glaube ich und das glaubt hier jeder - kann man nicht vorankommen. Ich denke nicht, daß hier ein einheitliches Bild besteht. Es gibt natürlich noch viele Menschen unter uns, von denen ich sagen würde, daß sie sich sehr schwer tun, überhaupt voranzukommen. Es gibt manche, die es nicht schaffen, und dann auch offen sagen, daß sie es nicht mehr können, die das Feld verlassen und sich in ihr altes Leben zurückziehen. Aber der größte Anteil der Menschen hier versucht auch auf der philosphischen Ebene, das, was theoretisch besprochen wird, auch im praktischen Leben umzusetzen, diesem treu zu bleiben und nicht nur Phrasen aufzustellen, sondern eine praktische Antwort auf das theoretische Leben zu finden. Und ich denke, das ist ein sehr wichtiger Unterschied zwischen hier und dort.

Berxwedan: Meinst du, daß du ein neuer Mensch geworden bist? Oder kurz gefragt: Was bedeutet es für dich, ein neuer Mensch zu sein?
Erdal.: Also was mich persönlich betrifft, könnte ich noch nicht sagen, daß ich vollkommen eine neue Persönlichkeit entwickelt habe. Aber mein Ziel ist es, eine neue Persönlichkeit zu entwickeln. Ich denke, schon hier in der Akademie gibt es sehr viele lebende Vorbilder, kann ich an ihnen sehen, daß dies möglich ist. Und auch an den vielen Befreiungskämpfern, die in diesem Befreiungskampf gestorben sind, deren Vergangenheit vielleicht weiter zurück ist als meine, aber sie trotzdem in diesem Kampf eine neue Persönlichkeit entwickelt haben. Und ich denke, das müßte das Ziel sein.



Guerillas tragen Wasser zum Camp

Berxwedan: Was verstehst du unter einer Führung? Was bedeutet für dich die PKK Führung?
Erdal.: Ich denke, eine Führung ist einmal aus der Sicht Kurdistans eine Antwort und einmal eine marxistisch-leninistische Avantgarde. Ich denke, daß ist der zweite wichtige Punkt. Wenn man die kurdische Geschichte näher betrachtet, sieht man, daß der Hauptgrund der Niederlage, der

Unterjochung des kurdischen Volkes in der Führungslosigkeit lag, oder besser ausgedrückt: im Verrat der kurdischen Führung. Nämlich einer Führung, die bisher ihre eigenen egoistischen Interessen vor die Interessen des Volkes, der Allgemeinheit, gestellt hat. Die PKK ist zuerst einmal eine Kritik dieser Führung, und deshalb ein sehr wichtiger Faktor. Dabei geht es nicht nur darum, die Befreiung von einem Stück Land zu erreichen, sondern die Sozialisierung einer Gesellschaft voranzubringen. Und deshalb ist sie als marxistisch-leninistische Avantgarde sehr wichtig, denn der Klassenkampf innerhalb der kurdischen Gesellschaft spielt in diesem Befreiungskampf einen zweiten sehr wichtigen Faktor. Wenn man sich die Geschichte der PKK anschaut, sieht man, daß ihre ersten Kämpfe nicht gegen den Staat sondern gegen die Feudalkompradorengesellschaft Kurdistans gerichtet waren.



Berxwedan: Was appellierst du an kurdische Jugendliche oder an Kurden, die in Europa leben?

Erdal.:.Vorweg möchte ich sagen, daß es aus unserer Sicht keinen Zwang für eine Rückkehr geben kann. Und auf dieser Grundlage appelliere ich natürlich an alle in Europa oder in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen, die Basis ihrer Entwicklung zu bewerten und auf dieser Grundlage einen Vergleich zwischen ihrem und dem Leben der Guerilleros im kurdischen Befreiungskampf zu ziehen. Ich denke, das könnte eine sehr wichtige Rolle für ihre Zukunft spielen. Eine Familie oder ein Jugendlicher, dessen Eltern aus einer recht strengen feudalen Gesellschaft nach Deutschland gekommen sind, können nicht behaupten, daß sie eine freie Entwicklung durchleben konnten. Denn die freie Entfaltung vor diesem Hintergrund, also der herkömmlichen gesellschaftlichen Form, und der Lebensweise in Europa, also der recht bürgerlichen Lebensweise, ist nicht möglich. Ich denke, dieser Vergleich ist sehr wichtig, und jeder, der ehrlich an diese Sache herangeht, wird sehen, daß die Entwicklung einer fortschrittlichen Persönlichkeit heute - und das meine ich auch bezogen auf die ganze Welt - eine nicht zu verpassende Chance für die kurdischen Jugendlichen darstellt. Sie können eigentlich das Glück erleben, Mitglieder einer Nation zu sein, die es geschafft hat in einer Zeit, wo jeder heute auf Ideale, menschliche Ideale, den Sozialismus, schimpft, eine Nation zu sein, die sich an den Sozialismus bindet; eine Befreiungsbewegung als Avantgarde zu haben, die es mit ihrer Praxis bewiesen hat, wie man diese Ideale als Person, als Mensch für sich umsetzen kann. Und ich denke, das sind sehr wichtige Punkte, die man für seine Zukunft vor Augen haben sollte. Jeder, der diese Bewertung vornimmt, davon bin ich fest überzeugt, wird zu demselben Schluß kommen, zu dem ich gekommen bin. Sollte man ansonsten vielleicht nicht die Möglichkeit haben egal aus welchen Gründen, selbst aktiv im bewaffneten Befreiungskampf seinen Platz einzunehmen, gibt es soviele Aktivitäten und Arbeit in Europa, die man für diesen geschichtlichen Befreiungskampf tun kann. Ich sage bewußt und deshalb geschichtlich, weil er eine sehr wichtige Rolle auch für die allgemeine Menschheit spielen kann. Denn es ist ein Befreiungskampf, der es geschafft hat, in einer Zeit, wo die menschlichen Werte mit den Füßen getreten werden, wo Menschlichkeit keine Rolle mehr spielt, diese wieder zu verteidigen und neu aufzubauen. Und für diese auch in Europa aktiv zu sein, ist eine ehrenvolle Arbeit, ist auch ein wichtiger Punkt für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Berxwedan: Möchtest du noch etwas sagen oder hast einen Wunsch?

Erdal: Ich habe eher einen strengeren Aufruf an die Kreise oder die Menschen, die Freunde, mit denen wir zusammen in Europa aktiv waren. An die, die im Grunde genommen die Antwort auf die vorige Frage sehr gut kennen, die den Vergleich zwischen ihrer europäischen Realität und der Realiltät in Kurdistan ziehen können. An die, die sehr gut wissen, wie man diese menschlichen Werte verteidigen kann. An diese habe ich natürlich den Aufruf,endlich einen größeren Schritt zu tun und nicht mehr weiter mit sich selbst im Zwiespalt zu sein. Ich denke, das läßt sie hinter den Entwicklungen zurückbleiben und stellt einen Riß in ihrem Leben dar. Die Zeit schreitet in Kurdistan voran, während sie auf einer Stelle treten und nicht die Schritte voran tun. An diese habe ich den Aufruf, uns in einem unabhängigen, freien und für die Zukunft mit einer sozialistischen Perspektive lebenden Kurdistan zu treffen und gemeinsam mit uns die Waffen gegen den Kolonialismus, den Imperialismus und die gesellschaftliche Reaktion zu erheben.

Berxwedan: Vielen Dank.

Erdal: Keine Ursache.

Die Zeitung Özgür Gündem veröffentlichte Mitte November in vier Folgen ein Gespräch, daß Redakteure der Zeitung mit einem Offizier der Konterguerilla geführt hatten. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus diesem Gespräch.

"Vedat Aydin haben wir getötet, Sirnak angezündet"

Geständnisse eines Konter-Guerilla Offiziers:

Hier sind die Erläuterungen eines ehemaligen Offiziers der Konter-Guerilla, dessen Namen wir geheimhalten: Die Hizbullah.Organisation befindet sich unter Kontrolle der Konter-Guerilla. Die Abteilung für besondere Kriegsführung (ÖHD) hat Mitglieder der Hizbullah in den Iran passieren lassen; sie hat sie sogar ausgebildet. Jeder Unteroffizier der einen Bart trägt, ist ein Hizbullah. Er führt seinen Auftrag durch und wird dadurch zum Hizbullah. Die Vorfälle in Sirnak und Göle waren ein idealer Plan, der mit allem Drum und Dran unter unserer Kontrolle durchgeführt wurde. Es erfreute die ÖHD sehr, als Demirel, Inönü, und Güres die Ereignisse in Sirnak guthießen. Man unterscheidet das A-und das B-Team. In den Anfangsjahren hatte das A-Team große Verluste.

Wir, die Nachrichtenzentrale Gündem, die frühere und aktuelle Aktivitäten der Abteilung für besondere Kriegsführung, auch bekannt als Konter-Guerilla, sehr sorgfältig recherchiert und veröffentlicht haben, verfügen inzwischen über neue Informationen. Wir haben mit einem Unteroffizier eine Unterredung gehabt, der bei der Abteilung für besondere Kriegsführung tätig war. Er wurde aufgrund seiner Beförderung zum Kommandant der Sonder-Streitkräfte nach dem Motto der Transparenz der Presse vorgestellt. Laut Preseerklärung ist er mit der Bekämpfung der separatistischen Terrororganisation im Südosten beauftragt.
Der Unteroffizier, dessen Name von uns nicht preisgegeben werden kann, sagt von sich, daß er seit 1977 in den Orten Trakya, Bingöl, Hakkari, Diyarbakir und Mardin tätig war. Aufgrund der ständigen Mißerfolge habe die ÖHD ihren Namen geändert. Auch wegen dem Versagen des MIT (türkischer Geheimdienst) werde es öffentlich mit neuem Namen, der Hizbullah-Organisation aktiv werden. Er behauptete, daß sich die Hizbullah-Organisation, die



Ehemaliger Unteroffizier der Kontr-Guerilla

unter Namen Hizbi-Kontra bekannt ist, zu ca. 90 % von den Konter-Guerilla überwacht. Die Hizbullah wurde durch ÖHD-Angehörige aufgebaut. Unter der Kontrolle der ÖHD wurde verwirklicht, daß sie bis in den Iran gelangen und auch ausgebildet werden konnten.
Nach Aussagen des Unteroffiziers wurde Vedat Aydin, HEP-Parteivositzender von Diyarbakir, von der Konter-Guerilla entführt und gefoltert. Während der Folterung wurde er sogar fotografiert und anschließend ermordet. Die Angehörigen der ÖHD befinden sich in einem Blutrausch. Wenn sie innerhalb von 48 Stunden niemanden umgebracht und kein Blut vergossen haben, bekommen sie einen hysterischen Anfall, sagte der Unteroffizier. Wir unterhielten uns dann noch über die Aktivitäten der ÖHD, deren Existenz in den 70er Jahren in Zypern öffentlich bekannt geworden war und jetzt im Südosten der Türkei neue Anwendung finden.

Das A-Team und die Operation Sonne

***Frage:** Wie läßt sich die Tätigkeit der ÖHD im Osten und Südosten beschreiben?*
Unteroffizier: Es gab sie dort schon immer. Aber mit dem Beginn der Aktivitäten der PKK im Jahre 1984 kam für die ÖHD ein Wendepunkt. Die Abteilung übernahm Sonderaufgaben. In den Anfangsjahren begann in diesem Gebiet die Tätigkeit der Abteilung für besondere Kriegsführung als sogenanntes A-Team. Bis 1987 führten sie Etappenoperationen durch. In diesen Jahren gab es große Verluste. Das A-Team besteht aus Unteroffizieren und Offizieren. Das B-Team umfaßt auch Soldaten und es existiert erst seit dem lezten Jahr. In den folgenden Jahren jedoch stellten die ÖHD-inszenierten Pläne und Programme den Kernpunkt dieser Operation Sonne dar. Das Dorfschützerystem, das im Fernen Osten und in Südamerika angewandt wird, fand aufgrund des Drucks der ÖHD und durch die Vermittlung des Staatssicherheitsrates (MGK) die Zustimmung der Regierung. Zunächst wurde von diesem Dorfschützersystem viel erwartet, aber das Gegenteil traf ein.
Als das Dorfschützersystem erfolglos blieb, verstärkte das ÖHD den psychologischen Krieg. Fast jede Phase trug den Stempel der ÖHD. Die Religion war das Hauptpropagandamittel. Eine Folge davon war, daß die PKK Angehörigen als Armenier, Ungläubige und als nicht beschnitten bezeichnet wurden.

Hizbullah unter der Kontrolle von ÖHD

Die Abteilung für besondere Kriegsführung hatte im Südosten unter der Zivilbevölkerung keinen Rückhalt. Sie begann unter den Kurden Unterstützung zu suchen. Zu dieser Zeit war in Afghanistan immer noch Krieg. Aus der Türkei gingen sehr viele islamische Gruppen nach Afghanistan. Diese unterhielten sowohl mit den iranischen als auch mit den afghanischen Glaubenskämpfern Beziehungen. MIT und ÖHD entdeckten, daß sie diese Situation ausgezeichnet für sich nutzen konnten. Ab 1980 ließen sie die islamischen Gruppen die Grenze passieren. Entsprechend den Informationen, die ich aus verschiedenen Quellen habe, wurden die ersten Einschleusungen in die islamischen Gruppen 1987 durchgeführt. Das war erfolgreich und es wurden neue Gruppen und Zellen errichtet. In jeder Zelle befindet sich ein ÖHG Angehöriger. Das Einschleusen und das Organisieren der Glaubenskämpfer erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 1989. Aus meinen eigenen Erfahrungen möchte ich noch folgendes hinzufügen: Nach dieser Zeit drückten sie mehr als nur ein Auge zu, als diese Glaubenskämpfer nach Afghanistan und in den Iran gingen, sie ermutigten sie sogar noch dazu, und dies alles unter der Kontrolle der ÖHD. Ihr Ziel bestand darin, die islamischen Gruppen auszunutzen und so befaßten sie sich mit den radikalsten Gruppierungen. Zu der Zeit gab es zwei Hauptgruppierungen, die eine islamische Revolution ähnlich der iranischen anstrebten. Während sich eine an die Tradition der Sunnetischen Islambrüder hielt, folgte die andere dem Weg von Hizbullah. In dieser Situation enschied sich ÖHD für Hizbullah.

Das ÖHD hat Hizbullah aufgebaut

Die Abteilung für besondere Kriegsführung folgte folgender Taktik: Für die islamische Revolution ist die Anwendung von Gewalt Voraussetzung. Die PKK erreichte ihr heutiges Stadium durch Gewalt. Diese Gewalt kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf den Begriff des Heiligen Krieges stützt und durch ihn gerechtfertigt ist. Deshalb war die PKK ein Hindernis und mußte beseitigt werden. Ich möchte die Gespräche, die ich mit den hierfür Verantwortlichen hatte, erläutern: Die ÖHD, unter deren Kontrolle die Hizbullah stand, fing an Dabatten darüber zu führen, ob man zuerst in Punkto Gewalt mit der PKK konkurrieren sollte oder ob man, falls erforderlich, mit massiver Gewalt gegen die PKK vorgehen sollte. Die Inszenierung des Hizbullah-PKK Kampfes wurde in allen Einzelheiten bei ÖHG geplant. Ich möchte die Beispiele noch einmal detaillierte erzählen: Hizbullah wurde von uns aufgebaut. Bis auf ein paar Gruppen befinden sich alle unter unserer Kontrolle. Ein Teil unserer Abteilung befaßt sich speziell mit der Ausbildung dieser Organisation. Die Angaben des ÖHD Kommandanten, der für den Hizbullah Bereich verantwortlich war, sind wie folgt: Jeder meiner Offiziere und Unteroffiziere war, wenn erforderlich, ein bärtiger Hizbullah im Osten und Südosten. Sie führen einen Auftrag im Namen von Hizbullah durch und verschwinden.



Die Stadt Sirnak nach den Angriffen zwischen den 18. und 21. August

Wir haben Vedat Aydin gefoltert, fotografiert und getötet

Frage: Das heißt, daß die ungeklärten Morde und die rätselhaften Vorfälle im Südosten von ÖHG ausgeführt wurden?
Unteroffizier: Nicht nur ausgeführt. Die ÖHD hat es offen zugegeben. Ich habe mit einem hochrangigen Verantwortlichen in dem Gebiet gesprochen. Er gab die Ermordung von Vedat Aydin, HEP-Parteivorsitzender von Diyarbakir, zu und sagte: "Wir waren es." Darüber hinaus hat er die Ermordung von Vedat als das großartigste Ereignis der letzten Jahre bezeichnet und besonders hervorgehoben, daß Vedat vor seiner Ermordung gefoltert und während der Folterung fotografiert wurde.

Sirnak ist ein Beispiel für vorzügliche Arbeit

Frage: Ist Sirnak dann auch ein Werk der ÖHD? **Unteroffizier:** "Vollkommen richtig. In den letzten Tagen prahlten die ÖHD Angehörigen unter sich damit: Sirnak war von Anfang bis Ende ein vorzüglicher Plan und seine Durchführung war perfekt. Wir haben es geplant und durchgeführt und hatten außerdem die Zustimmung der Regierung dafür.
Obwohl einer der Beteiligten folgendes sagte: "Die PKK versuchte nach Sirnak einzudringen. Wir hatten schon vorher für den Fall Vorkehrungen getroffen." Aber er hat nicht genau gesagt, ob die PKK nach Sirnak kam oder nicht; stattdessen sagte er nur: Sie versuchten es. Sie waren soeben aus diesem Gebiet zurückgekehrt und sahen sehr müde aus. Aber die ÖHD Angehörigen freuten sich darüber, daß das Ereignis in Sirnak die Zustimmung von Demirel, Inönü und des Chefs des Generalstabes Dogan Günes fand und daß die Soldaten dort als unschuldig darge-

stellt wurden. ÖHD hat nach dem Ereignis in Sirnak folgende Methode entwickelt: Man kopiert die Vorgehensweise der PKK, d.h. Guerilla-Aktivitäten und Propaganda und Anwendung offener Gewalt. Das wurde von der ÖHD fortan zum Grundsatz erhoben. Die Ereignisse in Kulp, Göle und Sirnak sind auch Beweise hierfür. Und nicht nur das; ein ÖHD Mitglied, der in Göle beteiligt war, sagte, daß die Ereignisse dort von Anfang bis Ende von ihnen gesteuert wurden und jederzeit unter Kontrolle waren".

TEIL 2

Demirel läßt der Konter-Guerilla freie Hand

Der Konter-Guerilla Unteroffizier betonte, daß die ÖHD in allen Städten organisiert war, durch das Entstehen der PKK wurde aber der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten nach Osten und Südosten verlagert. Er sagte folgendes: "ÖHD bestand früher nur aus Offizieren und Unteroffizieren. Jetzt umfaßte es jedoch fast alle Bereiche der Gesellschaft und es gibt sogar Richter, Ärzte und Juristen dabei. Unter dem Kommando des Generalstabes wurden verschiedene Sondereinheiten gebildet, und dem Namen nach gibt es 300 Angriffskräfte. Diese führen sowohl interne als auch externe spezielle Sonderaufgaben durch. Die Gendarmerie-Kommandanten für die öffentliche Ordnung werden von uns kontrolliert. Die Zentrale der Konter-Guerilla ist im Regierungsviertel in Ankara. Es werden dort sogar Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Im Osten haben sie Stützpunkte in Mardin, Kiziltepe, Elazig, Erzurum und Kars".

Nachrichtenzentrale Gündem: Als die Abteilung für besondere Kriegsführung letzte Woche der Presse den Kommandant der Sondereinheiten vorstellte, betonte sie insbesondere, daß es eine Organisation mit der Bezeichnung Konter-Guerilla nicht gäbe. Aber die Erläuterungen des Konter-Guerilla Offiziers bestätigen die Tatsache, daß insbesondere im Südosten seit Jahren systematisch Konter-Guerilla Aktivitäten durchgeführt werden. Laut Aussage des Unteroffiziers hat die Abteilung für besondere Kriegsführung, die in den 70er Jahren in fast allen Städten organisiert war, sich nicht mehr auf den Staats- und Militärsbereich beschränkt, sondern beherrscht inzwischen auch die sensibleren Bereiche.

Unteroffizier: Die Gendarmerie-Kommandantur für öffentliche Ordnung wird von uns kontrolliert. Der Unteroffizier brachte zum Ausdruck, daß Ministerpräsident Demirel Spielraum für die Aktionspläne der ÖHD läßt und daß nach seiner Meinung die Konter-Guerilla Angriffsaktionen bewundere, die denen der israelischen ähneln. Es gäbe 300 Angriffskräfte, die vom Generalstab für Sonderaufgaben ausgebildet sind. Demirel kann sooft sagen, wie er will, daß die Soldaten unter dem Kommando der Zivilverwaltung ständen. Dieser Demirel ist wirklich sehr komisch. Die Gouverneure haben überhaupt keine Funktion. Die sind unter unserem Kommando. Demirel hat für unsere Pläne einen Spielraum gelassen. Demirel macht entweder Politik oder traut sich nicht, dies zu sagen.

Die in der Zeit im Osten und Südosten neu entstandenen Kommando-Einheiten stellen Ersatz für die Konter-Guerillas dar, indem sie insgesamt einer beschleunigten Sonderausbildung unterzogen werden. Die ÖHD hat auch die fachliche Ausbildung für das Kommando übernommen. Das Ausbildungsteam trägt rote Baskenmützen und hat einen Bataillonskommandeuer und sechs Unteroffiziere. Das Verhalten dieser jungen Leute, die dieser beschleunigten Ausbildung unterzogen werden, wird über eine lange Zeit beobachtet. Es werden Nachforschungen über ihre Familien und Vorfahren bis sieben Generationen zurück angestellt. Diejenigen, die sich nach Ansicht der Abteilung als sauber herausstellen, werden als Kanditaten für die ÖHG ausgewählt. Sie sind jung, kräftig und ohne Verstand. Auf jeden Fall dürfen sie nicht politisch aktiv sein. Ferner müssen sie einen starken Hang zum Abenteuer haben, d.h. sie müssen eine Vorliebe haben für Angreifen-Schlagen-Umbringen. Solche Leute sind nach Ansicht von ÖHD ideale Leute und werden dafür ausgebildet, in allen möglichen Bereichen (schmutzig, sauber, geheim, offiziell usw.) eingesetzt zu werden.

Die Mitglieder der Spezialkriegseinheiten sind wie eine Familie

Frage: Wie sind die Beziehungen unter den ÖHD-Angehörigen?

Unteroffizier: Nachdem sie einmal ausgewählt sind und sich das Vertrauen gefestigt hat, sind die ÖHD-Angehörigen wie eine Familie. Wie die Mafiafamilie erstellen sie eine besondere Gruppe dar. Zum Beispiel soll ein Untergebener seinen Vorgesetzten nicht mit Kommandant und der Vorgesetzte den Untergebenen nicht mit Soldat ansprechen. Der Kommandant sagt zu seinem Untergebenen mein Sohn, der Soldat erwidert mit ja bitte. Sie haben unter sich ein besonderes Vertrauensverhältnis. Ein Untergebener geht sogar von Zeit zu Zeit zu seinem Kommandant und erzählt ihm von seinen persönlichen und familären Problemen. Zum Beispiel erzählt er ihm über seine sexuellen Probleme in der Ehe oder, wenn er ledig ist, über seine sexuellen Begierden nach einer Frau. Falls es erforderlich ist, findet der Kommandant für das sexuelle Verlangen des Soldaten eine Frau und bringt sie mit ihm zusammen.

Die Konter-Guerilla Zentrale befindet sich im Regierungsviertel in Ankara

Frage: Was machen die ÖHD-Angehörigen? Wieviel verdienen sie und wie leben sie?

Unteroffizier: Die wichtigsten Ausbildungszentren befinden sich in Güvercinlik, Gölbasi und im Regierungsviertel in Ankara. Ein Teil wird verdeckt ausgebildet. Es kommt auch schon mal vor, daß sie in Diyarbakir, Mardin, Erzurum ausgebildet werden. Ihnen werden Militärunterkünfte in Ankara, besonders im Regierungsviertel und in anderen Gebieten zur Verfügung gestellt. Sie leben in ihrer eigenen speziellen Welt. Selbst, wenn ein ÖHD-Angehöriger dienstlich nach Südosten oder in ein anderes Gebiet geht, wird für ihn die zur Verfügung gestellte Unterkuft freigehalten. Sie gehört dann ihm. Normalerweise verdienen sie gut. Wäh-

rend ein Oberleutnant zum Beispiel 4.5 Millionen TL verdient, verdient ein ÖHD-Angehöriger, der nach Osten geht, 10 Millionen TL. Dies ist auch ein wesentlicher Anreiz.
Die Zahl der Angriffskräfte, die direkt dem Generalstab unterstellt sind, lag früher zwischen 70 - 80 Personen. Jedoch, wie ich schon bereits erwähnte, hatten sie viele Verluste durch die gemeinsamen Operationen mit Israel im Libanon. Ich glaube, daß die verschiedenen Militäreinheiten in der Türkei verstreut sind und daß die Zahl der Angriffskräfte, die direkt dem Generalstab unterstellt sind, aus 300 Personen bestehen. Früher wurde ein ÖHD-Angehöriger nach seinem Ausbidlungsgrad und seiner Flexibilität ausgewählt. Stattdessen werden jetzt die Angriffskräfte nur noch namentlich für Sonderaufgaben eingeteilt. Da sie sich an Blutvergiessen gewöhnt haben, sind ereignislose Tage für sie sehr langweilig. Man kann sie auch Blutabhängige nennen. Als ich zum Beispiel in Hakkari war, bekamen die ÖHD-Angehörigen fast einen hysterischen Anfall in der Zeit, als sie niemanden töten konnten. Als wieder nichts passierte, nahm z.B. einer von ihnen 300 Kugeln, stellte sich auf einen Hügel mit Ausblick und schoß insbesondere auf lebende Ziele (Mensch oder Tier). Der Tod eines Menschen war ihm völlig gleichgültig.

Mardin, Erzurum und Elazig sind Stützpunkte der Konter-Guerilla

Die Zentrale der ÖHD ist in Ankara. Die Operationsabteilung der Polizei ist eine der Zentralen der ÖHD. Im Südosten unterhalten sie jedoch Standorte in Mardin, Erzurum, Kars, Bingöl und zuletzt auch in Elazig. Den Standort in Mardin habe ich gesehen. Auch das Gendarmerieregiment in Kiziltepe wird als Stützpunkt von Konter-Guerilla benutzt. Es gab auch einen Stützpunkt in Diyarbakir, der aber jetzt aufgelöst wurde. Achtet auf Elazig! Obwohl die Zielorte der meisten Militäreinheiten bekanntgegeben werden, wird die Stationierung der Einheit, die in das Gebiet Palu/Agin geht, aus irgendeinem Grund nicht bekanntgegeben. Da spielt sich irgend etwas ab. Die Zentrale wird dorthin verlegt. Es ist kein Zufall, daß die Aktivitäten der Hizbullah auf einmal in das Gebiet von Ergani und Cermik bei Elazig verlegt werden.

Der MIT mag die Zivilbeamten des ÖHD nicht

Frage: Das ÖHD arbeitet mit dem MIT zusammen. Wie sind ihre Beziehungen zueinander?
Unteroffizier: Zunächst einmal mag das ÖHD den MIT und seine Angehörigen, insbesondere seine Zivilbeamten nicht; und die MIT-Beamten mögen wiederum die ÖHD-Angehörigen nicht. Dieser Konflikt zwischen den Militärs und Zivilisten hat in diesem Gebiet erschreckende Ausmaße erreicht. Die gegenseitigen Beschuldigungen sind maßlos. Während die Zivilisten die Soldaten der Arroganz beschuldigen, betrachten die ÖHD-Angehörigen die Mitarbeiter des MIT als nutzlos, nachlässig und träge. Bei der Überprüfung der Qualifikation werden beim MIT keine besonderen Anforderungen gestellt, während bei den ÖHD-Angehörigen großer Wert auf die Qualifizierung gelegt wird. Während beispielsweise der Rang eines MIT-Angehörigen, dem eine Truppe unterstellt ist, Bataillonskommandant ist, muß der Rang eines ÖHD-Angehörigen, dem ebenfalls eine Truppe unterstellt ist, Oberleutnant sein.

Die Abteilung für spezielle Kriegsführung bewundert Israel

Frage: Was sind die Nah- und Fernziele der ÖHD? **Unteroffizier**: Früher sollte sie nach den Methoden der USA in Vietnam vorgehen. Heute sind aber die israelischen Angriffskräfte ihr Vorbild. Immer wieder heißt es: Seht wie Israel zugeschlagen hat, seht wie erfolgreich Israel ist, seht wie Israel aufgeräumt hat. Das hat sich nach und nach so entwickelt. Früher gab es den amerikanischen Geheimdienst CIA. Aber als der geheime Waffenverkauf an den Iran (Irangate) und eine Reihe von geheimen Tätigkeiten in Lateinamerika ans Tageslicht kamen, nahm seine Bedeutung ab. Deshalb wurde eine Sondereinheit Delta vorbereitet. Sie bestand aus amerikanischen Angriffskräften. Doch auch sie blieben erfolglos. Während des Golfkrieges wurde eine noch speziellere Truppe als Delta aufgestellt. Diese Kräfte konnten


Vedat Aydin

sich halten. Sie waren hoch angesehen. Noch heute haben sie große Bedeutung. Nun, wenn wir uns die Türkei vornehmen, ist der türkische Geheimdienst (MIT) in den 70er Jahren schwach geworden. Das Dorfschützersystem wurde bekannt. Heute versuchen sie es mit der Hizbullah. Aber ich glaube nicht, daß die sich halten können. Die Situation heute braucht neue, braucht stahlharte Kräfte, so wie die israelischen Sondereinheiten. Damit die Abteilung für spezielle Kriegsführung ungestört und gut arbeiten kann, dürfte die Regierung diesen Plan auf keinen Fall behindern. Wenn die Regierung keine Schwierigkeiten macht, könnten wir die kurdische Frage und das Problem PKK innerhalb eines Jahres klären.
Es müßten Wege für eine umfassende Vernichtung erforscht werden.
Die ÖHD-Offiziere diskutieren Lösungen gegen die PKK und die kurdische Frage nach folgender Logik: Wir werden nach dem Beispiel von ASALA vorgehen. Wie? Indem wir die gesamten Grundlagen der PKK zerstören. Das heißt, wir werden ihre wirtschaftliche Unterstützung unterbrechen und die Quellen, aus denen die Unterstützung kommt, zerstören. Alle legalen und rechtsgültigen Vereine, alle Institutionen (Presse, Personen etc.) müßten kurz und bündig zum Schweigen gebracht werden. Das ist aber nur möglich, wenn sie sofort vernichtet werden. Um zum Kern der Sache zu kommen,

müssen dort, wo die Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist, Wege gefunden werden, die zur Vernichtung führen und das Gebiet isolieren. Neben den Operationen im Inland müssen auch Operationen im Ausland durchgeführt werden. Der Kampf müßte auch nach außen hin übertragen werden. Ich möchte ein Beispiel geben: 1979 wurde in das Auto eines amerikanischen Priesters, der ASALA unterstützte, 25 kg Sprengstoff gelegt. Danach konnte man nicht einmal mehr die zerfetzten Teile des Mannes finden. Es dürfen auch keine Gefangenen mehr gemacht werden wie bei der Operation in Göle. Stattdessen müssen Gefangene direkt getötet werden, außer denen, die noch verhört werden sollen.

Die dichtbevölkerten Städte müssen angegangen werden

Parallel zu den umfassenden Vernichtungsplänen im Südosten hat die ÖHD Pläne für den westlichen Teil der Türkei entwickelt. Die Kurden, die insbesondere in Städten wie Izmir, Istanbul, Mersin, Adana, Balikkesir und Edirne in der Überzahl sind, sollen aufgrund einer Hetzkampagne zwischen Türken und Kurden zum Umsiedeln gezwungen werden. In diesen sogenannten kritischen Gebieten versucht das ÖHD mit häufigen Operationen gegen die kurdischen Arbeiter, kurdischen Stadtviertel und kurdischen Jugendlichen bei der Bevölkerung ein Image von Kurden zu schaffen, die gesetzwidrig und illegal handeln. Obwohl dieser Plan noch keinen konkreten Namen hat, reden die ÖHD-Angehörigen oder die Urheber dieser Pläne intern von der Reduzierung der Bevölkerungszahl im Westen. Durch diese hetzerischen Aktionen beabsichtigen sie, die gesamten Kurden aus den Städten zu vertreiben. Sie wollen die Massen durch die Ermordung von wichtigen kurdischen Persönlichkeiten, Intellektuellen oder auch durch die Benachteiligung kurdischer Geschäfts- und Kaufleute zu Aufständen und in den Bürgerkrieg treiben, um dann Massaker durchzuführen. Die Ereignisse in Fethiye neulich waren möglicherweise eine Probe hierfür oder auch der Trauerzug in Trabzon.

Die Soldaten geben die Leichen nach eigenem Interesse zurück

Wo ich schon dabei bin, möchte ich gerne einen Punkt erwähnen. Die toten und verletzten Soldaten werden tatsächlich heimlich weggebracht. Zum Beispiel werden Tote oder Verletzte einer Einheit, die sich an Kämpfen an zwei 5 km entfernten Orten beteiligte, per Hubschrauber zu einem ganz anderen Ort zur Behandlung gebracht. Die Soldaten selbst sollen die tatsächliche Zahl der Toten oder Verletzten nicht erfahren. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist folgende: Wie sie mit den Leichen umgehen richtet sich nach den Personalien des Toten. Angenommen er heißt Aydin, kommt aus Antalya oder Burdur und ist ein armseliger Bauer aus einem Dorf auf dem Berg von Kastamon, dann wird seine Leiche ohne Aufsehen seiner Familie übergehen. Oft wird seine Leiche überhaupt nicht den Familien übergeben. Begründung dafür ist: "Er starb als Märtyrer, wir begruben ihn da und da ..." oder es heißt: "Wir konnten seinen Leichnam nicht mehr finden." Aber wenn die Familie in der Stadt lebt und etwas fundamentalistisch eingestellt ist oder der MHP (fundamentalistische Rechtspartei) angehört, wenn also Aussicht auf Empörung und für eine Demonstration gegen die Kurden besteht, werden die Leichen der Soldaten umgehend in ihre Heimat gebracht. So soll damit erst recht Aufsehen hervorgerufen werden.



Türkische Sonderkommando-Einheiten

TEIL 3

Zur Ermordung von Apo bereiteten wir uns vor, aber es klappte nicht

Der Konterguerilla-Offizier sagte bei seinem Bekenntnis folgendes: "Wenn Apo sterben würde, wäre schon die halbe PKK vernichtet. In den letzten 10 Jahren bereiteten wir 10 verschiedene Pläne zur Vernichtung der PKK vor. Sie wurden aber nicht gebilligt".

Nachrichtenzentrale Gündem: "Vor langer Zeit wurden in Hürriyet Berichte über Verhandlungen und Pläne zur Ermordung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in Syrien und Libanon veröffentlicht. Um die Liquidation des PKK-Vorsitzenden zu besprechen trafen sich die ÖHD-Leiter mit der Islamischen Bruderorganisation und mit Gruppen der syrischen Opposition. Sie verhandelten miteinander. In der gleichen Zeitung wurde auch berichtet, daß sich Regierungsvertreter einschließlich Özal diesem Attentatsplan mit der Begründung wiedersetzten: Falls Apo getötet wird, könnten wir den Rest nicht

unter unsere Kontrolle bringen. Sie würden noch schärfere Racheaktionen ausüben."
Der Konterguerilla-Offizier sagte, daß die Konterguerilla 10 verschiedene Pläne gegen den PKK-Vorsitzenden aufgestellt hatte. Özal und die anderen Regierungsvertreter hatten aber Angst vor einer Bloßstellung vor der Weltöffentlichkeit für den Fall, daß dieser Plan scheiterte. Der Unteroffizier behauptete, daß von den Hizbullah-Angehörigen, die vom ÖHD kontrolliert werden, ein Teil in Großstädte wie Istanbul, Ankara, Izmir versetzt werden. Es gäbe Angriffspläne gegen türkische und kurdische Intellektuelle und Demokraten in den Großstädten, die schon sehr bald ausgeführt werden sollten. Dieses ÖHD-Mitglied erwähnte, daß sich sehr viele Offiziere an ASALA orientierten stelle für die Zusammenarbeit zwischen ÖHD und Regierung kein Hindernis dar. Die Regierung stelle Gelder zur Verfügung und ließ ihnen freie Hand. An die Zeit denke ich noch sehr oft. Würde die jetzige Regierung uns keine Schwierigkeiten bereiten, könnten wir diese Angelegenheit innerhalb eines Jahres lösen. Die PKK wurde anmaßend. Der Parteivorsitzende Abdullah Öcalan ist das Hauptziel unserer Vernichtungsoperation gegen die PKK im Ausland. Ein ÖHD-Offizier sagte zu mir: Unser größtes Ziel ist es, an Apo heranzukommen und ihn zu töten. Eigentlich ist das sehr einfach. Hauptsache, die Regierung ist damit einverstanden. Wenn wir ihnen die vorbereiteten Pläne vorlegen kriegen sie es mit der Angst. Die Regierung meint, diese Pläne seien schwer auszuführen. Sie könnten sich aufgrund eines Attentatsmißerfolgs nicht vor der ganzen Welt bloßstellen. Viele Offiziere aus meinem Kreis sagen, daß durch die Tötung von Apo die PKK stark geschwächt würde. Selbst unser Oberst ist der Ansicht, daß, wenn Apo erledigt wäre, es keine kurdische Frage mehr gäbe. Die höherrangigen Vertreter der Militärs wollen ohnehin, daß die Sache vor allem auf militärischem Weg gelöst wird.

Ein anderes ÖHD-Mitglied, das neulich aus dem Südosten zurückkehrte, erzählte zwei wichtige Sachen: 1. Diejenigen Hizbullah-Angehörigen, die Abitur haben, werden bevorzugt nach Istanbul oder Ankara geschickt. Begründung ist, daß sie an den Universitäten ausgebildet werden sollen. 2. Sie planen Angriffe gegen Vereine, Institutionen und Personen, die die PKK unterstützen. Ich weiß aber nicht, ob dies von der Konterguerilla oder von den Hizbullah-Angehörigen, ausgeführt wird. Aber über eins bin ich mir sicher: Zielscheiben sind Institutionen und Personen, die in Istanbul, Izmir, Ankara und Adana das kurdische Volk verteidigen und sich


Konter-Guerilla in "Jägerpose"

für die Menschenrechte einsetzen. Ich unterhielt mich mit einem anderen ÖHD-Offizier, der gerade aus dem Südosten zurückgekehrt war und solche Attentate plante. Er machte mich auf sich aufmerksam, indem er sagte, "Wir haben das Mitglied von '2000e Dogru' getötet. Wir haben sie zur Strecke und zum Schweigen gebracht. Nun sind die von der PKK geförderten Publikationen dran ....". Er machte auch Andeutungen über das Vorgehen gegen die HEP-Partei. Der Chef des Generalstabes sagte, daß die Landstreitkräfte sich bei den Gefechten im Südosten nicht einmischen würden und daß es sich hier im Grunde um Gendarmerie handle, die bei den Angriffen beteiligt wären. Das ist eine Lüge. Im Grunde wird der größte Teil der Kräfte, die im Osten kämpfen, aus den Streitkräften der Armee. Sie werden jedoch einer beschleunigten Ausbildung unterzogen und als Gendarme in das Gebiet geschickt. Warum? Wenn behauptet wird, daß das Gendarmeriekommando die Gefechte ausführt, bedeutet dies, daß die kurdische Frage nur eine innere regionale Angelegenheit ist. Es ist eine Sache der öffentlichen Ordnung. Es gibt keine zwei Kräfte, die miteinander kämpfen. Es gibt nur die Kräfte für öffentliche Ordnung, deren Aufgabe es ist, aus Sicherheitsgründen gegen Verbrecher vorzugehen. Wenn aber die Armeestreitkräfte kämpfen, müßte man von einem Frontkampf reden und damit wäre die Regierung gezwungen, die Gegenpartei offiziell als Kriegsgegner anzuerkennen. Dann muß beispielsweise eine verhaftete Person als Kriegsgefangener entsprechend der Kriegsregelung behandelt werden. Wenn Dogan Günes behauptet, daß die Armeestreitkräfte sich an den Gefechten nicht beteiligen würden, möchte er die gesamte Menschheit hinters Licht führen. Ich möchte ein Beipiel bezüglich der Unterdrückung von Bürgeraufständen geben.
Hier ist ein weiteres Zitat aus unserem Gespräch: "Bie den Negeraufständen in Los Angeles wurden alle Sprechanlagen an ein Mikrophon und Megaphon gebun-

den. Die zentralen Befehle lauteten dann: 'Wer sich nicht innerhalb von 3 Minuten hinlegt wird erschossen'. Was sie dann auch tatsächlich taten. Sollte sich ein Aufstand bei uns hier abspielen, werden wir das gleich tun ...". Jetzt setzen sie dieses Beispiel in die Praxis um. In diesem Zusammenhang wurden in Europa hergestellte wirkungsvolle Militärfahrzeuge und in Ostdeutschland hergestellte BTR-Panzer gekauft, um sie gegen die Bevölkerung einzusetzen.

Jedes eingesetzte Team besteht aus 30 Personen. Die Gesamtzahl liegt zwischen 220 und 240. Außerdem wurden 2 Battaillone aus Urfa, 1 Panzer-Battaillon aus Tatvan und 1 Battaillon aus Erzurum, Kars und Agri in den Südosten verlegt. Nach dem neuen Konzept sollen auf jeden Fall Panzer bei der Massenunterdrückung, (insbesondere bei städtischen Aktionen) verstärkt eingesetzt werden. Die Armee ist in einer schlechten Verfassung, weil die untersten Ränge erschöpft und dieser Sache überdrüssig sind. Deshalb wird psychologische Kontrolle und Behandlung angewandt, was es früher nur in der Theorie gab. Der Truppenarzt führt die psychologische Untersuchung monatlich durch. Für die Zunahme der Selbstmorde werden fadenscheinige Gründe angegeben. Die Anstalten für Geisteskranke, die es früher nur vereinzelt gab, haben sich gegenwärtig vermehrt. Zum Beispiel werden in der Anstalt in Diyarbakir, die aus einer alten und neuen Abteilung besteht, überhaupt keine Zivilisten zugelassen. Dort werden nur Soldaten psychologisch behandelt. Weitere solcher Anstalten sollen in Malatya, Van und Elazig eröffnet werden. Ankara-Gülhane möchte ich gar nicht erwähnen. Überlegen sie einmal, ein Soldat, der früher 50-54 Schießpatronen für die Ausbildung pro Jahr erhielt, bekommt jetzt nichts mehr. Die gesamte Munition wird in den Südosten geschickt. Kann so eine Armee in einer guten Verfassung sein?

Frage: Das Thema ÖHD soll jetzt etwas zur Seite gelegt werden, wir wollen die allgemeine Lage der Armee erläutern. Wie betrachtet die Armee die kurdische Frage?

Unteroffizier: Alle bis zum obersten Rang sind für eine endgültige Lösung der kurdischen Frage. Das soll mit Gewalt und schnell geregelt werden. Sie begründen diese Ansicht folgendermaßen: 'Wenn wir das Recht der Kurden anerkennen, würden demnächst auch andere kommen und ihre Rechte fordern.'Im Grunde ist die Armee gespalten. Der eine Teil besteht aus den hochrangigen Bereichen der Regimentskommandeure und Brigadegeneräle und ist in einer guten Verfassung. Sie bevorzugen eine militärische Lösung. Bemerkenswert ist es, daß sie sich nicht direkt an den Kämpfen beteiligen. Diese Generalstabskader planen und kümmern sich um das Gebiet hinter der Front. Der andere Teil besteht aus den niederen Rängen, den Unteroffizieren und gewöhnliche Soldaten, die sich an den Gefechten beteiligen und in vorderster Front ihr Leben riskieren. Ihre Situation ist lebensgefährlich und ihre Moral ist schlecht. Außerdem bekommen sie wenig Anerkennung, sie werden sogar verachtet. Für den Offizier ist ein Unteroffizier nur ein Mittel zum Zweck. Nach der Meinung eines Unteroffizies ist er nicht mehr als ein Depot und befugt, jederzeit jeden zu beschimpfen. Die Armee im Südosten ist blockiert. Bei erfolgreichen Operationen, bekommen die Vorgesetzten die Auszeichnung. Bei Verlusten muß der Unteroffizier dafür büßen. Ein hundertprozentiger Erfolg bedeutet 3 Verluste pro Kompanie. Dies ist der erste Unterschied. Der zweite Unterschied ist, daß es ja Bestandteil der kurdischen Frage ist, daß diejenigen kurdischer Herkunft sich von denjenigen türkischer Herkunft von selbst schon unterscheiden. Sogar die Kantinen und Aufhenthaltsräume sind getrennt. Sie kommen nicht zusammen und wollen das auch gar nicht. Angenommen, eine Operation oder eine Aktion wird durchgeführt. Bei der Diskussion darüber wird entweder die Regierung oder die PKK verantwortlich. In dieser Situation hält jeder zu einer Seite und richtet den Haß gegen den anderen. Aus diesem Grunde ist es besser, wenn die Soldaten nicht zusammenzukommen. Von Zeit zu Zeit widersprechen die Soldaten kurdischer Herkunft ihren Offizieren oder beschweren sich bei ihnen. Zum Beispiel gibt es viele, die sagen Du machst das nur, weil ich ein Kurde bin.

TEIL 4

Die Erläuterungen des Konterguerilla-Offiziers hinsichtlich der Namensänderung der Abteilung für spezielle Kriegsführung (ÖHD) und die Aufstellung neuer Einheiten, die dieser Institution angeschlossen sind, bestätigen, was die ÖHD der Presse unter dem Namen Kommandant der besonderen Streitkräfte vorstellte. Ein anderes Beweisstück für die Bestätigung der Aussagen des Unteroffiziers ist die Bekanntmachung, daß diese Streitkräfte in den Südosten geschickt werden. Diesbezüglich sagte der Unteroffizier, daß die Grünen Einheiten und die Kerntruppen für einen eventuellen Aufstand oder zur Vorbereitung des Bürgerkriegs in den kritischen Gebieten der Türkei aufgestellt wurden. Diese Milizorganisation seien ein Werkzeug der besonderen Kriegsführung. Er erwähnte, daß die Konterguerilla, die im Rahmen der Neustrukturierung der Armee aufgestellt wurden ebenso wie die Zivileinheiten, die eine Erweiterung der Konterguerillas darstellen, noch weitere Kompetenzen erhalten werden. Die ÖHD sei ein 'Blutimperium'. Der Unteroffizier sagte bezüglich der professionellen Armee folgendes: Kriegsunteroffiziere werden abgelöst und in den Kriegsschulen wird das amerikanische Westpoint System eingeführt.

Vergifteter Kaffee für das Generalkommando

Unteroffizier: Ich möchte gern zwei Beispiele für die Unruhe bei den Armeeangehörigen geben. Mein Dienstkollege erzählte folgendes: Jemand hat vor einem Monat Gift in den Kaffee des Generalkommandos getan und ist dann geflohen. Dieses Ereignis wurde vor der Presse verheimlicht. Die Zeitungen haben darüber nichts geschrieben. Dieser Vorfall hat sich tatsächlich ereignet. Aus diesem Grunde wurden alle Teekocher aus den Quartieren abgeräumt. Zur Begründung hieß es, sie seien für die Benutzung in den Quartieren nicht geeignet wären. Obwohl sie jahrelang dafür tauglich gewesem waren, mußten sie plötzlich, innerhalb eines Tages, ausgewechselt werden. Aber der wahre Grund ist der Giftanschlag. Ein anderer Fall: Ein kurdischer Soldat schien von irgend jemand erfahren zu haben, daß der kurdische Abgeordnete Hatip Dicle erschossen wurden wäre. Ich sah, daß er

ziemlich wütend war. Daraus konnte ich folgende Schlußfolgerung ziehen: wenn Hatip Dicle wirklich erschossen worden wäre, wären diese Kurden in der Lage gewesen, alles Mögliche anzurichten. Die Armee, die das berücksichtigen mußte, änderte das gesamte Wachdienstsystem. Zwei Kurden, zwei Landsmänner oder zwei Bekannte dürfen nicht gemeinsam Wache stehen. Früher bestand die Wache nur aus einer Person. Außerdem wurden kritische Soldaten kurdischer Herkunft seitdem nicht mehr an sensiblen Stellen eingesetzt (Lager, Munitionslager, Aktenräume, Archiv etc.). Die Sicherheitsmaßnahmen wurden verdreifacht. Es gibt Bestechlichkeit in der Armee und bis zu einem Punkt auch Ausbeutung. Ein Beispiel: Obwohl ein normales Telefongespräch für einen Konterguerilla bei der Post 380 Lira kostet, kostet es in den Quartieren 500 Lira. Aus diesem Grunde bekommt ein Soldat in einem Battaillon täglich 13 Millionen TL um so die zusätzlichen Gebühren eines Telefongespräches bezahlen zu können. Das ist doch ein guter Gewinn oder nicht?



Auf dem Gebiet Gewalt sind die Angehörige des Amtes für Spezialkriegsführung (ÖHD) Profis, Kopfgeldjäger.

150 Soldaten im Dienst des Kommandanten

Frage: Ist die Begründung hierfür nur auf moralischen Niedergang zurückzuführen?

Unteroffizier: Nicht nur das. Im Grunde hat es mit der veränderten Armeestruktur zu tun. Bei den Umstrukturierungen wurden bestimmte Teile der Armee verringert, und dies stiftet Unruhe. Dafür möchte ich Beispiele geben: 1. Wie sie wissen, hat die Armee eine schlechte und schwerfällige Struktur. Wenn sich eine Division von einem Ort zum anderen bewegt, gehen mindestens 30 Soldaten dabei drauf, Karren- und Maschienenpannen möchte ich schon gar nicht erwähnen. Die alte Struktur brachte eine ausgeprägte Bürokratie mit sich. Es profitierten viele von dieser Sache. Sie haben ein korruptes System geschaffen. Stellen sie sich vor, im Hause eines Kommandaten, der eine Brigade führt, arbeiten 10 Soldaten und 4 Chauffeure. Außerdem überwacht eine Leibgarde, bestehend aus einem Offizier, 3 Unteroffizieren und 20 Soldaten, den Kommandanten. Für den Kommandant eines Battaillons gibt es einen eigenen Postboten, Leibwächter und Chauffeur. Darüber hinaus ist diese Leibgarde, die in Ankara eine besondere Ausbildung erhalten hat, nicht nur verpflichtet, ihren Kommandanten zu beschützen. Sie hat auch den Auftrag, die von auswärts kommenden Gäste hin- und zurückzubringen und Schutz zu leisten. Dementsprechend erhöht sich die Anzahl der Chauffeure, Postboten und Leibwächtetr. Deshalb gibt es eine Menge Armeekader, ca. 150.000 Personen, die unter dem Kommando des Generalstabs stehen. Zu einer solch sinnlosen und komplizierten Struktur kommen die Kommandanten mit ihren Bediensteten noch hinzu. Falls die Modernisierung tatsächlich durchgeführt wird, werden sich die Kommandanten entweder untereinander einigen müssen oder aber sie werden dagegen opponieren...

Unteroffiziere sollen entlassen werden...

Am Ende werden die Abiturienten nicht mehr in den Armeeschulen aufgenommen. Stattdessen wird versucht werden, die arbeitslosen Jugendlichen, die zum Wehrdienst müssen, durch verstärkte Propaganda als Obersoldat bei der Armee zu verpflichten. Selbst wenn die Jugendlichen auf solche Propaganda nicht hereinfallen, werden sie sich doch aufgrund ihrer Lebenssituation darauf einlassen müssen. Zwei Jahre sollen sie sich vertraglich binden. Wenn der Kommandant es für richtig hält, kann er den Vertrag noch um zwei Jahre verlängern. Die Altersobergrenze liegt bei 35 Jahren. Soldaten, die während ihrer Ausbildung eine spezielle Ausbildung zum Hauptmann erhalten haben, werden nach ihrer Entlassung aus der Armee in speziellen Sicherheitsbereichen eingesetzt werden. Die Unteroffiziere, die diese Art von Armeestruktur ablehnen, werden voraussichtlich abgeschafft werden. Also wundern Sie sich nicht, wenn Sie hören, daß einige Unteroffiziere überwacht werden, verhaftet oder aus der Armee ausgestoßen wurden. Nach dem Modernisierungsprogramm soll der Bereich der Unteroffiziere, der als schwerfällig angesehen wird, abgeschafft werden. Nach einem Test sollen die Unteroffiziere die Möglichkeit haben zum Offizier ausgebildet zu werden. Aber auch das sorgt für Unzufriedenheit.

Das Westpointsystem in den Kriegsschulen

Die Türkei hat vor, das berühmte Westpointsystem aus Amerika an den türkischen Kriegsschulen einzuführen. Während es früher mehr als 1000 Schüler gab, sollen zukünftig nicht mehr als 300 Schü-

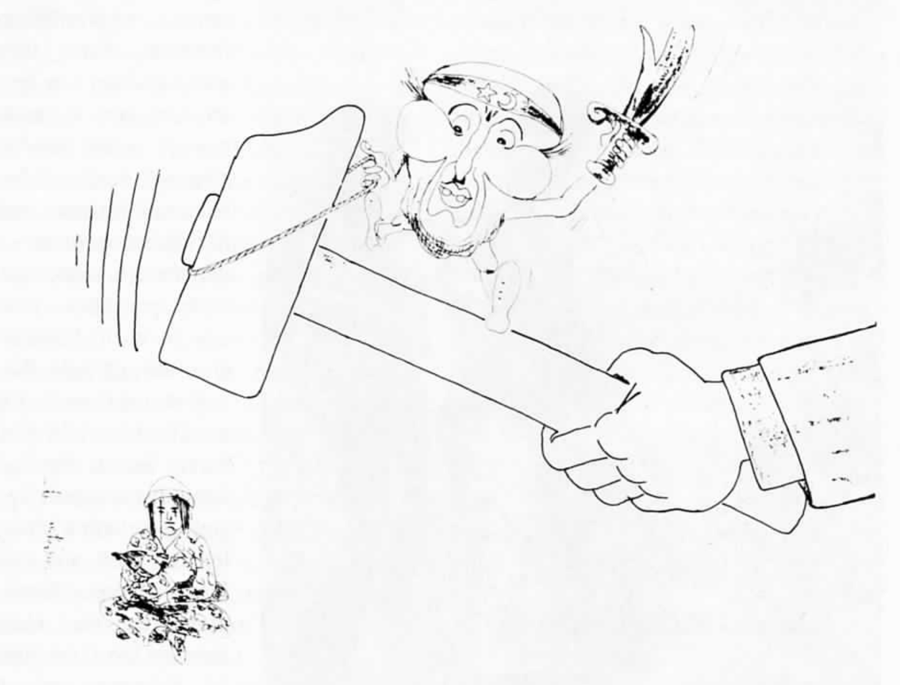
ler aufgenommen werden. Zweifelsohne wird dieses neue System auch Einschränkungen mit sich bringen. Es war vorgesehen, daß sich bis zum Ende des Jahres 27.000 Soldaten für eine Spezialausbildung vertraglich binden, bisher haben sich aber nur 7.000 Personen angemeldet. Bis zum Ende des Jahres werden es nicht mehr als 12. bis 13.000 sein. Die vorgessene Zahl für eine modernisierte Truppe im Jahr 1995 umfaßt allerdings 80.000. Unübersehbar ist das Problem der spezialisierten Elitesoldaten aufgrund der vorher genannten Hindernisse im Südosten oben auf der Tagesordnung. Es wird nach einer Lösung gesucht.

Neue Einheiten für die spezielle Kriegsführung werden aufgebaut

Langfristig gesehen könnten diese speziell ausgebildeten spezialisierten Elitesöldner aus dem Volk als Ersatz für die ÖHD betrachtet werden. Dafür bedarf es nur einer kleinen Änderung der Vorschriften. Unter den Bedingungen, wie sie in der Türkei herrschen, wäre nichts einfacher, als diese Personen wunschgemäß einzusetzen. Für diejenigen Soldaten, die vor keinem Mord vor keinem Massaker zurückschrecken, ist der Weg zum Offizier oder auch Unteroffizier offen. Überlegen Sie mal, ein speziell ausgebildeter Gefreiter verdient heute 3 Millionen TL, ein spezialisierter Elitesoldat dagegen 3,5 Millionen TL. Für arbeitslose Jugendliche ist das wie ein lebensnotwendiger Rettungsring...

Die Grünen Einheiten als Werkzeug des Spezialkrieges

Ein wichtiger Teil der Armee-Neustrukturierung sind die Grünen Einheiten und diejenigen Kerntruppen, die im heißen Krieg eingesetzt werden. Die Grünen Einheiten verfügen über ausreichende militärische Mittel, Waffen und Material. Aber sie sind sehr klein. Die Kerntruppen, die zum Einsatz kommen, bestehen meist aus ca. 44 Personen. Manchmal sind es auch weniger. Die Kreis- oder Bezirksgendarmerie sowie die Gebietssekretäre von diesen Einheiten sind vorgesehen einzugreifen, wenn es zu einem Aufstand oder einem Bürgerkrieg kommt. Die Zentrale der Gebietsgendarmerie wird von ÖHD-Mitgliedern kontrolliert. Sie verfügt über alle möglichen Waffen zur Vernichtung der Bevölkerung. Die meisten Lager der Gendarmerie sind vielmehr Munitionslager und es wird offensichtlich, daß von dort im Falle eines Aufstands oder um die Bevölkerung zu unterdrücken, umgehend die faschistischen Einheiten bewaffnet werden sollen. Hinzuzufügen ist, daß dort auch die Ausbildung von zusätzlichen Einheiten



erfolgt, die auch mit der Zivilbevölkerung zusammenarbeiten sollen. Diejenigen ÖHD-Mitglieder, die für die Kreis-Gendarmerie-Kommandantur ausgesucht werden, sind Offiziere und Unteroffiziere, die in Ankara ausgesucht und ausgebildet wurden. Sie werden dem Schnellprogramm der ÖHD unterzogen. Von den 18 Kompanien, die bisher dieses Schnellprogramm absolviert haben, wurden bisher 16 in den Südosten verlegt, zwei wurden im Gebiet von Erzurum und Kars stationiert. Jede dieser Kompanien umfaßt 240 Personen. Die meisten dieser Einheiten sind für den Bodeneinsatz vorgesehen.

Blutimperium

Unteroffizier: Der beste Weg, diese Regierung, die die Zahl der getöteten Soldaten verheimlicht, bloßzustellen ist es, die Personalien der Getöteten zu veröffentlichen. Wenn das nicht geht, ist es auch möglich, die Seriennummern ihrer Waffen zu veröffentlichen. Vorausgesetzt, sie wurde nicht gefälscht, hat jede Waffe der türkischen Armee eine eigene Seriennummer. Wenn beispielsweise die PKK die Seriennummern der Waffen bekanntgäbe, anstatt die Zahl der toten Soldaten, könnte damit die Situation bei der gestürmten Gendarmeriewache in Derecik noch viel eindringlicher beschrieben werden. Ich möchte abschließend noch folgendes sagen: Die Abteilung für den Spezialkrieg, ÖHD, ist das eigentliche Hirn der finsteren Aktivitäten in der Türkei. Dieses Hirn lenkt die Türkei vom Südosten aus. Gewaltanwendung ist ein Muß für die ÖHD-Angehörigen, sie sind Kopfjäger. Ich bezeichne diese Struktur als Blutimperium, diese blutsaugenden Parasiten können nicht genug Blut bekommen. Sie begrüßen die absolute Geheimhaltung und fürchten nichts so sehr, als daß ihre Aktivitäten aufgedeckt werden könnten. Um diesen Krieg zu beenden, muß vor allem den Angehörigen der ÖHD die Maske vom Gesicht gerissen werden. Sie müssen bekannt und bloßgestellt werden. Erst dann kann sich die Situation entspannen. Dann werden die Menschen kluge und politische Lösungen für die aktuellen Probleme finden. Wenn die Presse ihre Aufgabe wirklich erfüllen würde, wäre das ein großer Dienst für die Türkei."

Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen

Özgür Gündem Verteiler Halil Adnir wurde bei lebendigem Leib verbrannt

Der 32-jährige Taxifahrer Halil Nadir, der in Batman die Zeitung Özgür Gündem vertrieb, wurde am 1. November von der Konterguerilla deshalb grausam ermordet. Gegen 14.00 Uhr stiegen drei Männer in sein Taxi und schlugen ihn nach einem Kilometer bewußtlos. Dann verschlossen sie die Türen, übergossn das Taxi mit Benzin und setzten es in Brand, so daß der Vater von fünf Kindern, der freiwillig die Kioske mit Özgür Gündem belieferte, bei lebendigem Leib verbrannt wurde.

Am nächsten Tagen streikten in Batman aus Protest gegen diesen brutalen staatlichen Mord alle Taxifahrer. Der Vertrieb der Zeitungen Yeni Ülke, Özgür Gündem, Welat wird vor allem in Batman, Diyarbakir, Mardin, Bingöl und Mus seit einigen Wochen ganz massiv behindert. Der BBD-Vertrieb wurde an der Auslieferung der Zeitungen mit Gewalt gehindert, worauhin er den Vertrieb aufgab. Am 12. November wurde in Diyarbakir, das Lieferfahrzeug verbrannt und der Fahrer zusammengeschlagen. Seit drei Wochen vertreibt Özgür Gündem die Zeitungen mit Hilfe der Eigeninitiative von Lesern selbst. Auch sie werden ständig bedroht und angegriffen. So wurden am 20. November in Batman vier Jugendliche im Alter von 12 und 14 Jahren, die die Zeitungen in der Stadt an Abonnenten zustellen, von jeweils drei bis fünf Hizbi-i Kontra-Männern geschlagen und mit dem Tod bedroht, wenn sie weiter diese Zeitungen vertreiben und Kioske, die diese Zeitung verkaufen, werden zunehmend massiver bedroht. In Mus-Varto wurde am 13. November der Zeitungskiosk von Cemalettin Sener aus diesem Grund vom einem Gendarmariepanzer zerstört. In Diyarbakir wurde das Bulvar Büsfesi angezündet und es wurde versucht, daß Dilan Büfesi anzuzünden. Eine weitere Brandstiftung gegen das Sehitlik Büfesi wurde von Nachbarn vereitelt. Seit dem 21. November werden von 22 Kiosken im Stadtteil Baglar von Diyarbakir und von Kiosken in Mus wegen der ständigen Bedrohungen, jetzt überhaupt keine Zeitungen mehr verkauft. Am nächsten Tag wurden alle Besitzer der 22 Kioske zur Polizei geladen. Sie wurden bedroht und aufgefordert, die anderen Zeitungen weiterhin zu verkaufen und den Kunden, die Gündem verlangen, zu sagen, diese Zeitung sie nicht gekommen. Auch die Kioske in Nusaybin haben am 22. November beschlossen, zwei Wochen lang überhaupt keine Zeitungen mehr zu verkaufen. In Mus wurden Leser von Özgür Gündem und Yeni Ülke vor dem Laden von Polizeikräften verprügelt. Die Redaktion von Gündem in Diyarbakir wird laufend telefonisch bedroht und Mitarbeiter werden auf der Straße häufig von Zivilpolizisten umringt und bedroht. Am 23. November wurden Hasan Özgün, Mitarbeiter von Özgür Gündem und der Gündem-Reporter Mehmet Senol am Morgen in Diyarbakir bei der Auslieferung der Zeitung von drei bewaffneten Konterguerillasauf der Straße angegriffen. Hasan Özgün wurde bei dem Überfall durch Schüsse verletzt. Die Polizei kam erst nach eineinhalb Stunden. Sie verhaftete die beiden Angegriffenen. Zuvor wurden Mitarbeiter von Özgür Gündem in Diyarbakir von Polizisten mit dem Tod bedroht, falls sie ihre Zeitung ausliefern sollten. Die Kioske von Diyarbakir verkauften vom 2. bis zum 5. Dezember aus Protest gegen die Angriffe gegen Journalisten und Mitarbeiter des Vertriebs und des Verkaufs von Zeitungen, wie Yeni Ülke, Özgür Gündem,


Angriffe von türkischen Soldaten auf kurdische Frauen



Alltag in Kurdistan

Welat, Gercek, 2000'e Dogru überhaupt keine Zeitungen, was weitere Repressionsmaßnahmen der Staatskräfte zur Folge hatte. Nach drei Tagen Boyokottaktion sicherte der Innenminister Schutz vor weiteren Angriffen zu und die Polizei schützte des Vertriebsbüro von Gündem in Diyarbakir.

In der Nacht des 29. November wurde der Kleinlastwagen des Kioskbesitzers Siam Asma in Van von der Konterguerilla angezündet, nachdem er in der Woche zuvor mehrmals bedroht und aufgefordert wurde, die Zeitungen nicht mehr zu verkaufen.

Am 3. Dezember wurde der Zeitungsladen von Esref Yasa in Diyarbakir von der Konterguerilla angezündet, weil er diese Zeitungen verkaufte. Enver Yasa, der zu dem brennenden Laden kam, wurde von der Polizei festgenommen.

Am gleichen Tag wurde das Özgür-Gündem-Büro in Van gegen 23. 00 Uhr von drei Konterguerillas mit Steinen angegriffen.

Sükrü Gülmüs von Yeni Ülke sagte in einer Presserklärung am 1. Dezember: "Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, Yeni Ülke sei eine illegale Zeitung um sie von den Massen abzutrennen. Außerdem wollen sie dadurch, daß sie den Vertrieb auf jede erdenkliche Weise behindern, die alternative Presse nicht nach Kurdistan hineinlassen. Aber wir werden dafür sorgen, daß die Zeitung die Massen erreicht, unter welchen Bedingungen auch immer. Die Hochglanzpresse muß sich darüber klar sein, daß, wenn sie weiterhin die Repression, die heute in der Region herrscht, ignoriert und dieser Situation weiterhin zuschaut, es morgen passieren kann, daß sie keine einzige Zeitung dort mehr verkaufen kann. Yeni Ülke und andere Zeitungen der freien Presse können beschlagnahmt werden, können verboten werden, aber eins ist sicher: Yeni Ülke's (d.h. Neue Länder, d. Red.) werden leben." (Quelle: Yeni Ülke Nr. 48, 49 und Özgür Gündem)

Spezialteam vergewaltigte und folterte in Bakustan

In der Nähe des Dorfes Bakustan (Bagyaka) in Mardin-Savur überfiel ein Spezialteam nach einem Gefecht zwischen der ARGK und den Staatskräften am 12. November die unbewaffnete Zivilbevölkerung des Dorfes. Sie trieben die Männer zusammen und folterten sie. A. Latif Aydin (30 Jahre alt), M. Siddik Demir (25), Ahmet Fidan (18), Mürsel Fidan (23) und Nimet Kortak wurden nach der Folter im Zustand des Komas von Sicherheitskräften an einen unbekannten Ort verschleppt.

Während sie die Männer in einem Haus folterten, drangen andere Spezialteams in die Häuser ein und vergewaltigen die 15-jährige Zümrüt Aydin, Nazmiye Ermis, Emine Ermis und Nuriye Fidan und versuchten weitere Bewohnerinnen von Bakustan zu vergewaltigen. Die 17-jährige Kadriye Ermis erklärte gegenüber der Wochenzeitung Yeni Ülke: "Die Staatskräfte drangen, nachdem sie die Männer weggbracht hatten, unter dem Vorwand Hausdruchsuchungen durchführen zu wollen, in unsere Häuser ein. Sie wollten uns vergewaltigen und begannen uns die Kleider vom Leib zu reißen. Weil ich mich dagegen gewehrt habe, schlugen sie mich so, daß ich überall blaue Flecke habe." Die Witwe Sadice Günes erklärte: "Sie haben mein Haus bombadiert. Dann haben sie gesagt 'Bist du immer noch nicht tot?' und begannen mich zu schlagen. Ich habe mich gewehrt, da zogen sie mich an den Brüsten und schleiften mich über den Boden." Die vergewaltigte Nuriye Fidan erklärte: "Sie wenden so viel Repession gegen uns an, weil wir Kurden sind. Wenn es ein Verbrechen ist, Kurde zu sein, sollen sie das Allah sagen, daß er uns nicht als Kurden schaffen soll. Wir wollen nur eins, wir wollen, wie alle Völker der Welt, ein menschliches Leben führen können. Sie wollen, daß wir von hier weggehen. Sie sollen tun, was sie wollen, wir werden nicht weggehen und wenn wir sterben. Denn wir sind im Recht und wir werden siegen."

Befreiungsbewegungen und Völkerrecht

Das nachfolgende Referat hielt RA Michael Schubert (Freiburg) auf der Internationalen Konferenz Freiheit für das kurdische Volk, die am 2./3. Oktober 1992 in Wien stattfand

Thesen

1. Am 28. März 1992 meldet die Deutsche Presseagentur: Trotz einer parlamentarischen Sperre sind 15 deutsche Panzer vom Typ Leopard 1 noch bis zum Februar an die Türkei geliefert worden. Das bestätigten am Freitag Regierungssprecher in Bonn. SPD und FDP reagierten mit Empörung auf den Vorgang und forderten die Entlassung von Verteidigungsminister Stoltenberg (CDU). Der türkische Ministerpräsident Demirel verteidigte am Freitag die Aktionen gegen Kurden als Kampf gegen den Terrorismus. Weiter heißt es in der Meldung: Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums führte die Lieferung an die Türkei auf ein 'Versäumnis' von Beamten zurück. Regierungssprecher Vogel sagte, die Angelegenheit werde im Ministerium untersucht: 'Die Spitze des Ministeriums trifft an der nicht ausgeführten Weisung keine Schuld.' Nach den Worten des türkischen Ministerpräsidenten ist die Türkei im Kampf gegen den Terrorismus im Recht und mache das, was 'Deutschland gegen die Baader-Meinhof-Bande gemacht hat'. Sie verhalte sich wie andere Länder, in denen Terroristen mit Raketenwerfern, Mörsern, Granaten, Bomben und Maschinengewehren dem Staat den Kampf erklärten, sagte Demirel. Äußerungen von Bundesaußenminister Genscher über eine Verletzung der Menschenrechte halte er für das Ergebnis falscher Informationen. Die türkische Regierung blieb auch in anderen Erklärungen bei ihrer Haltung, daß sie lediglich gegen militante Kurden mit Waffengewalt vorgehe und die Zivilbevölkerung unbehelligt bleibe. In diesem Zusammenhang wurde von der Armee der Einsatz von Waffen aus ehemaligen Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR in dem Kurdengebiet nicht mehr grundsätzlich bestritten (dpa / Badische Zeitung vom 28.3.1992).

Einen Tag zuvor, am 27. März 1992, hatte der damalige Bundesaußenminister Genscher auf die Frage: "Darf man einem Land, das so eklatant gegen die Menschenrechte verstößt wie die Türkei, überhaupt noch Waffen liefern?" geantwortet: "Wenn die türkische Politik sich nicht grundsätzlich ändert: Nein." Und dann ausdrücklich: "Ich kann nur sagen, daß unter den gegenwärtigen Umständen eindeutig eine Verfolgung der kurdischen Minderheit stattfindet" (Stuttgarter Zeitung vom 27.3.1992, S. 2).

Was von derartigen Erklärungen und Beteuerungen zu halten ist, ist durch die tatsächliche Fortsetzung der Militärlieferungen durch die Bundesrepublik und den durch Delegationen inzwischen bestätigten massiven Einsatz deutscher Waffen und Munition gegen kurdische Zivilbevölkerung (vgl. u.a. den Bericht der Bremer Delegationsteilnehmer Oppermann, Helmke und Schultz vom 27.3.1992 über den Einsatz deutscher Schützenpanzer in der kurdischen Stadt Cizre) deutlich geworden. Ein halbes Jahr nach den regierungsoffiziellen Vertuschungen und Beschwichtigungen berichtet der Korrespondent Wolfgang Storz in der Badischen Zeitung vom 24.9.1992 wie folgt ich will diesen Artikel hier vollständig zitieren (es folgt jetzt der Artikel, auf dessen Wiedergabe wir hier verzichten /Red.).

Ein erstes Resümee ergibt: Gestützt auf die strategische Doktrin der NATO unterdrückt die Türkei mit Hilfe deutscher Waffenlieferungen den kurdischen Unabhängigkeitskampf unter Berufung auf Terrorismusbekämpfung. Die Waffenlieferungen der BRD sind kein Versehen von Beamten im Verteidigungsministerium, sondern entsprechen der NATO-Strategie. Deshalb handelt es sich auch nicht um ein spezielles Problem der Bundesrepublik auch wenn sie als stärkste Wirtschaftsmacht in der Türkei sicherlich eine zentrale Rolle spielt. Das Problem der Bundesregierung, ihrer EG-Partner und der NATO-Staaten ist, daß sie angesichts der bekannten Folterungen und anderer Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu Vertuschungsmanövern gezwungen sind, weil die Realität im türkisch beherrschten Teil Kurdistans den eigenen Menschenrechtsansprüchen der EG und NATO-Staaten Hohn spricht.

Das aktuelle taktische Dilemma besteht darin, daß die NATO-Staaten selbst aufgrund ihrer strategischen Interessen gegen die irakische Regierung die Kurden-Frage im Irak gegenüber der Unterdrückungspolitik Saddam Husseins thematisiert haben. Würden sie nicht jedenfalls pro forma Menschenrechtsbedenken gegenüber der türkischen Regierung äußern, würde offenkundig, daß sich ihre Politik nicht nach Menschenrechten sondern nach wirtschaftlich-strategischen Interessen richtet.

Deutlich wird dieser Entwicklung aber vor allem: Die Abwehr der Diskriminierung des Unabhängigkeitskampfes des kurdischen Volkes als Terrorismus und unter diesem Etikett gerechtfertigter Kriminalisierung und Verletzung von Menschenrechten ist heute ein wesentlicher Aspekt der Lösung der Kurdistan-Frage auf internationaler Ebene ebenso wie dies für fast alle anderen mehr oder weniger massiv mittlerweile von führenden Vertretern der NATO-Staaten als "terroristisch" verunglimpften Befreiungsbewegungen gilt. Es geht mir im folgenden darum, die völkerrechtlichen Grundlagen zu skizzieren, die m.E. zur Anerkennung und Behandlung des kurdischen Befreiungskampfes dort, wo er angesichts der kolonialen Unterdrükung mit Waffengewalt gefüht wird, als in-

ternationaler bewaffneter antikolonialer Konflikt führen muß und damit zur Respektierung nicht nur der allgemeinen menschenrechtlichen Bestimmungen sondern auch des humanitären Kriegsvölkerrechts. Bei der Konkretisierung meiner Thesen konzentriere ich mich dabei auf die Situation in dem von der Türkei beanspruchten Teil Kurdistans, also Nordwest-Kurdistan. Demgegenüber will ich in meinen Thesen einige Hinweise zur Verknüpfung der völkerrechtswidrigen Praktiken des türkischen Regimes gegen die Kurden mit der NATO-Strategie und parallelen Kriminalisierungsstrategien gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung insbesondere in der BRD geben. All das kann nur kursorisch geschehen.

2. Mit der *Genfer Konvention von 1864* nach der Gründung des Internationalen Roten Kreuzes , der *Brüsseler Erklärung von 15 europäischen Staaten von 1874 und den beiden Haager Landkriegskonventionen von 1899 und 1907* wurden die Grundlagen eines völkerrechtsvertraglichen Systems des humanitären Kriegsrechts geschaffen. Es ging dabei im wesentlichen von vorneherein um die Begrenzung der zulässigen Mittel des Krieges, die humanitäre Behandlung der Zivilbevölkerung und nicht zuletzt die humanitäre und den Status als politischer Gegner respektierende Behandlung des Feindes im Krieg. Das *IV. Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18 Oktober 1907* ist bis heute international geltendes Recht (in der BRD: RGBl 1910, S. 10). Bereits die zum IV. Haager Abkommen gehörende Haager Landkriegsordnung traf dabei interessanterweise Regelungen, die in gewissem Umfang Partisanenkämpfe als Kriegshandlungen berücksichtigten und Partisanen als Kombattanten erfaßten (vgl. Art. 1 und die Regelung zur sog. levee en masse in Art. 2). Kennzeichnend ist aber für die damaligen Regelungen noch die Vorstellung der klassischen Regularität des Krieges, also der klaren Unterscheidung von Krieg und Frieden, von Kombattanten und Nicht-Kombattanten und von Feind und Verbrecher, der Führung des Krieges von Staat zu Staat als Krieg regulärer staatlicher Armeen zwischen souveränen Trägern eines jus belli (Recht zum Krieg).

In der Entwicklung des 20. Jahrhunderts entfernt sich die Kriegsrealität immer weiter von den Regularitätsvorstellungen des "klassischen" Kriegsvölkerrechts. Die klaren begrifflichen Unterscheidungen erfassen das Geschehen zum großen Teil nicht mehr. Dieser Tatbestand wird von praktisch allen Völkerrechtlern übereinstimmend beschrieben und ein Hinterherhinken des heutigen Kriegsvölkerrechts konstatiert (vgl. *Ignaz Seidl-Hohenveldern,* Völkerrecht, 5. Aufl., Köln 1984, S. 397; *Peter Cornelius Mayer-Tasch,* Guerillakrieg und Völkerrecht, Baden-Baden 1972, S. 15; *Hans-Ulrich Scupin,* Freischärler, Guerilleros, Partisanen Gedanken zum Begriff des Kombattanten in: Internationales Recht und Diplomatie, Köln 1972, S. 201 ff.; *Lombardi,* Bürgerkrieg und Völkerrecht, Berlin 1976, S. 83/84 u.a.; *Jürg H. Schmid,* Die völkerrechtliche Stellung der Partisanen im Kriege, Zürich 1956). Kurz gesagt lassen sich die Veränderungen wie folgt beschreiben: Auflösung der Unterscheidung von Krieg und Frieden; soweit nicht totaler, die Welt umfassender Krieg, findet rund um die Erde ununterbrochener Kleinkrieg in verschiedenen Formen statt.

- Auflösung der Unterscheidung von innerstaatlichen und internationalen Kriegen auf dem Hintergrund von Weltwirtschaft und Einschränkung einzelstaatlicher Souveräntität.
- Auflösung der Unterscheidung zwischen Kombattanten (als Kriegsbeteiligten) und Zivilbevölkerung (als nach klassischem Völkerrecht nicht kriegsbeteiligt): alle sind in den Krieg einbezogen, alle werden auch für die jeweiligen Kriegsziele feindlicher Parteien zu mobilisieren versucht.
- Die Partisanenkampfform bzw. Guerilla gewinnt überragende Bedeutung als Kampfmethode v.a. der Unterdrückten das gesamte Bild des konventionellen Kriegs mit seinem begrenzten Charakter nach Umfang und Mitteln löst sich auf: V.a. von seiten der NATO-Staaten beinhaltet jeder Krieg die Möglichkeit zur totalen Kriegsführung, zur vollständigen Vernichtung nicht nur des Feindes sondern auch der Erde.

Ob überhaupt noch eine Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts und damit eine Sicherung humanitärer Mindestregelungen angesichts derartiger Umstände möglich ist, steht auf des Messers Schneide. Entscheidend ist jedoch, daß solche Regelungen nur effektiv sein könnten, wenn sie wirklich das ganze heutige veränderte Kriegsgeschehen umfassen würden. Als Ergebnis der erschütternden und vernichtenden Erfahrungen des zweiten Weltkrieges sind in den *vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949* immerhin einige wesentliche Fortschritte gemacht worden:

- Das dritte Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen (in der BRD BGBl 1954 II S. 838 die anderen Abkommen zum Teil wortgleich) enthält eine Ausweitung des Kriegsbegriffs für internationale Konflikte, weil jetzt ausdrücklich nicht mehr nur erklärte Kriege, sondern alle bewaffneten Konflikte zwischen Völkerrechtssubjekten i.a. also Staaten erfaßt werden, selbst dann, "wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird" (Art. 2).
- Als Kombattanten werden jetzt ausdrücklich auch die Mitglieder von Widerstandsbewegungen und zwar auch im Fall der bereits erfolgten Besetzung des betreffenden Landes anerkannt (Art. 4 nach klassischem Kriegsvölkerrecht bestand nach Besetzung kein Widerstandsrecht der Bevölkerung bzw. der bewaffneten Kräfte mehr). Allerdings werden die formellen Anforderungen der Haager Landkriegsordnung noch beibehalten.
- Als gänzlich neue Regelung beinhaltet der Art. 3 der Abkommen erstmals "völkerrechtlich verbindliche Mindestregelungen für einen bewaffneten Konflikt, der keinen internationalen Charakter hat und auf dem Gebiet einer der hohen Vertragsparteien entsteht" wobei eine Anerkennung der am bewaffneten Konflikt beteiligten Gegenpartei durch den betreffenden Staat jetzt nicht mehr erforderlich ist.
- Art. 12 ff. des dritten Abkommens enthalten dezidierte Regelungen zum Schutz der Kriegsgefangenen, so in Art. 21 ff. grundsätzliche Internierung und weitgehende Freizügigkeit von Kriegsgefangenen damit Verbot jeder

Form von Strafvollzug , in Art. 82 ff. Regelungen zu Kriegsgerichtsverfahren, die überhaupt nur zulässig sind, wenn der Kriegsgefangene nachweislich nicht eine zulässige Kriegshandlung (z.B. Tötung eines Feindes, Legen eines Hinterhalts etc.) begangen hat.

3. Von wesentlicher Bedeutung für die aktuelle Entwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts und seine Ausweitung auf bewaffnete Befreiungskämpfe ist die seit den 50er Jahren kontinuierlich von der überwaltigenden Zahl der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen aus den grundlegenden Bestimmungen der *Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945* (in der BRD: BGBl 1973 II S. 431; 1974 II S. 770; 1980 II S. 1252, s. Abdruck bei Berber, Völkerrechtliche Verträge, 1983, S. 17 ff.), insbesondere dem Aggressionsverbot in Art. 2 der Charta, vielfach gegen die Stimmen oder bei Stimmenthaltung der NATO-Staaten, entwikelte Position. Dies schlägt sich in zahlreichen Resolutionen der UN-Generalversammlung nieder und spiegelt die damalige Bedeutung der Unabhängigkeitsbewegungen für die internationale Entwicklung wider.

In der - grundlegenden - *Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker vom 14.12.1960* [A/RES/1514(XV)] heißt es u.a.:

"2. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihre politische Gestalt und streben frei nach wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung () 4. Alle bewaffneten Aktionen und Unterdrükungsmaßnahmen, gleich welcher Art, gegen abhängige Völker sind einzustellen, um ihnen die friedliche und freie Verwirklichung ihres Rechts auf volle Unabhängigkeit zu ermöglichen; die Unantastbarkeit ihres nationalen Territoriums wird beachtet."

In der Resolution 3103 der UN-Generalversammlung vom 12.12.1973 heißt es in konsequenter Fortentwicklung der Erklärung von 1960 und der ihr nachfolgenden Resolutionen:

"1. Der Kampf der Völker unter kolonialer und Fremdherrschaft und rassistischer Regimes für die Durchsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist legitim und in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts. 2. Jeder Versuch, den Kampf gegen koloniale und Fremdherrschaft und rassistische Regimes zu unterdrücken, ist unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen, mit der Erklärung über die Prinzipien des Völkerrechts, über die freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, der allgemeingültigen Erklärung der Menschenrechte und der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an Kolonialländer und -völker und stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar."

In dieser Resolutionspraxis wird also herausgearbeitet, daß nicht die unterdrückten Völker, die zu den Waffen greifen, Aggressoren sind, sondern vielmehr die Kolonialund Besatzungsmächte, die das Recht auf Selbstbestimmung polizeilich und militärisch unterdrücken (vgl. im einzelnen *Lombardi* aaO, S. 189 ff. und S. 332 ff. sowie auch die Resolution der UN-Generalversammlung vom 14.12.1974 (A/RES/ò 3314(XXIX)) Damit wird der völkerrechtliche Aggressionsbegriff mehr als eine äußerliche Beschreibung eines bewaffneten Angriffs: Er bezeichnet die aggressive und menschenverachtende Struktur eines Systems, für die der Einsatz der polizeilich-militärischen Unterdrückungsmaschinerie nur die äußere Erscheinung ist.

4. Es war unter diesen Umständen nur konsequent, daß durch zwei in langwierigen Verhandlungen wiederum gegen vielfache Verzögerung und Blockadeversuche der NATO-Staaten seit dem 12.12.1977 zur Unterzeichnung aufliegende *Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949* weitere entscheidende Fortschritte des humanitären Kriegsvölkerrechts festgeschrieben wurden. Das 1. Zusatzprotokoll betrifft dabei den Schutz der Opfer sog. "internationaler bewaffneter Konflikte", das 2. Protokoll den Schutz der Opfer sog. nicht internationaler Konfilkte (vgl. Nachdruck in Berber, Völkerrechtliche Verträge, aaO, S. 422, 483).

In dem für die hier zu diskutierenden Fragen m.E. maßgeblichen Zusatzprotokoll I wurden folgende wesentliche Fortschritte in der Bezugnahme auf die tatsächliche Kriegsentwicklung und ihren humanitären Schutz erreicht:

- Eine wesentliche nun völkerrechtlich verbindliche Ausweitung des Begriffs des internationalen bewaffneten Konflikts gegenüber der von den NATO-ò Staaten lange Zeit verfochtenen Beschränkung dieses Begriffs auf Kriege zwischen Staaten. In Art. 1 Abs. 4 des Zusatzprotokolls I heißt es diesbezüglich: "Zu den in Absatz 3 genannten Situationen" (d.h. bewaffneter internationaler Konflikt iSd Art. 2 des gemeinsamen Genfer Abkommens von 1949) "gehören auch bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in der Erklärung der Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen verbürgt ist."
- Hinsichtlich des Kombattantenstatus in solchen Konflikten wird zum einen jetzt klargestellt, daß dieser Status nicht (wie noch in den Genfer Abkommen von 1949) von der Zugehörigkeit zu einem Staat oder auch nur zu einer nicht anerkannten Regierung abhängt, daß vielmehr die Vertretung durch ein ggf. auch vom Kriegsgegner nicht anerkanntes Organ genügt (vgl. Art. 43 des Protokolls I; entsprechend auch *Frick*, Ein neues Kapitel im humanitären Kriegsvölkerrecht, in: Vereinte Nationen 76 182). Zum anderen werden die Anforderungen an die Unterscheidung der Kombattanten von der Zivilbevölkerung auf ein Minimum herabgesenkt und auch bei Nichteinhaltung der formellen Erfordernis ein dem Kriegsgefangenen entsprechender Status gewährt. Dementsprechend heißt es in Art. 44 Abs. 3 ZP I: "Um den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindse-

ligkeiten zu verstärken, sind die Kombattanten verpflichtet, sich von der Zivilbevölkerung zu unterscheiden, solange sie an einem Angriff oder einer Kriegshandlung zur Vorbereitung eines Angriffs beteiligt sind. Da es jedoch in bewaffneten Konflikten Situationen gibt, in denen sich ein bewaffneter Kombattant wegen der Art der Feindseligkeit nicht von der Zivilbevölkerung unterscheiden kann, behält er den Kombattantenstatus, sofern er in solchen Fällen a) während jedes militärischen Einsatzes seine Waffen offen trägt und b) während eines militärischen Aufmarsches vor Beginn eines Angriffs, an dem er teilnehmen soll, seine Waffen offen trägt, während er für den Gegner sichtbar ist."
Absatz 4 sodann: "Ein Kombattant, der in die Gewalt einer gegnerischen Partei gerät und die in Absatz 3 Satz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, verwirkt sein Recht, als Kriegsgefangener zu gelten; er genießt jedoch Schutzrechte, die in jeder Hinsicht den dem Kriegsgefangenen durch das 3. Abkommen und dieses Protokoll gewährten Rechte entsprechen ()."
Absatz 5: "Ein Kombattant, der in die Gewalt einer gegnerischen Partei gerät, während er nicht an einem Angriff oder einer Kriegshandlung zur Vorbereitung eines Angriffs beteiligt ist, verwirkt wegen seiner früheren Tätigkeit nicht sein Recht, Kombattant und Kriegsgefangener zu sein" (vgl. auch noch die weiteren Regelungen in Art. 45 und die klarstellende Regelung zur Zulässigkeit von Kriegslist im Sinne der Guerillakriegsführung in Art. 37 Abs. 2).
Materiellrechtlich wurde damit der antikoloniale und antirassistische Befreiungskampf dem Krieg (gleich: internationaler bewaffneter Konflikt) völkerrechtlich gleichgestellt, ebenso der Guerilla in einem solchen Konflikt durchweg dem regulären Soldaten. Irrelevant ist die Anerkennung dieser Tatsache durch den (kolonialistischen oder rassistischen) Staat. Irrelevant auch die Abgabe von Kriegserklärungen.
Den (wie zu zeigen sein wird in der Tat auch völlig unseriösen) Begriff des Terrorismus verwenden weder die Genfer Abkommen noch die Zusatzprotokolle zur Ausgrenzung aus dem Schutz des humanitären Kriegsvölkerrechts. Verlangt wird lediglich - bereits in Art. 4 des III. Genfer Abkommens - ein gewisses Maß an geordneter Kampfführung und die Einhaltung der Gesetze und Gebräuche des Krieges bei den Kampfhandlungen (Art. 4 A 2.d) des III. Genfer Abkommens). Selbstverständlich ist durch die Gesetze und Gebräuche des Krieges beispielsweise der Angriff auf der Kriegführung dienende Objekte des Gegners gedeckt, ebenso wie die Tötung feindlicher Kombattanten (im Fall der Türkei beispielsweise Soldaten und Polizisten (soweit letztere, wie häufig, in die antikurdische Kriegführung einbezogen sind)). Derartige Vorgänge haben mit Terrorismus überhaupt nichts zu tun, werden aber von seiten des türkischen Regimes mit jedenfalls indirekter Unterstützung beispielsweise von seiten der BRD ständig als "terroristisch" deklariert.
In formeller Hinsicht können die Regelungen des Zusatzprotokolls I gem. Art. 96 ZP I nur zu unmittelbarer Anwendung kommen, wenn die am Konflikt beteiligten Parteien durch das Protokoll gebunden sind. Dies geschieht bei Staaten durch Ratifizierung. Soweit mir bekannt, hat die Türkei bis heute das Protokoll nicht ratifiziert, allerdings die Genfer Abkommen von 1949. Die BRD wie wohl auch die meisten anderen NATO-Staaten hat die Protokolle zwar paraphiert, jedoch unter verschiedenen Vorwänden bis heute nicht ratifiziert die BRD beispielsweise nach Auskunft des Auswärtigen Amtes unter Berufung auf das Erfordernis eines sog. Nuklearvorbehalts, d.h. des Wegfalls der humanitären Schutzansprüche für die Zivilbevölkerung im Fall des Nuklearkrieges.
Für Befreiungsbewegungen, deren bewaffneter Flügel den Anforderungen an eine geordnete Kampfführung iSd Art. 43 ZP I entspricht, ist in Art. 96 Abs. 3 ZP I ein Verfahren der Hinterlegung einer Verpflichtungserklärung beim IKRK in Genf geregelt. Die Hinterlegung der Verpflichtungserklärung löst die unmittelbare Wirksamkeit der Genfer Abkommen und des Zusatzprotokolls I für das Organ aus, das ein Volk in einem antikolonialen Befreiungskrieg vertritt.
Um es vorwegzunehmen: Nach den mir vorliegenden Informationen werden diese formellen Voraussetzungen bislang von den Konfliktparteien im von der Türkei beanspruchten Teil Kurdistans nicht erfüllt wohl aber die materiellen Voraussetzungen (s.u.).

5. Gegen die hier skizzierte, der Realität der Entwicklung des Krieges und der völkerrechtlichen Verbürgung der Menschenrechte Rechnung tragenden Entwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts konnten sich die NATO-Staaten gegenüber der großen Mehrheit der Staaten der Welt trotz zahlreicher Lamentos in den völkerrechtlichen Gremien zumindest bis Ende der 80er Jahre nicht durchsetzen. Zugleich konnten sie, da sie sich ständig selbst auf die Menschenrechte beriefen und berufen, nicht offen für eine Einschränkung seiner Verbürgung auch in Kriegen auftreten. Da aber die Strategie der NATO-Staaten stets von den wirtschaftlich-strategischen Interessen ihrer führenden Mitglieder bis auf Japan zugleich die herrschenden kapitalistischen Mächte der Welt und ihres Anhangs (wie der Türkei) bestimmt war und ist wie sich m.E. gerade gegenwärtig an den völlig unterschiedlichen Verhaltensweisen im Fall Kuwait-Irak und ehemalige jugoslawische Länder einerseits, Palästina, Südafrika und nicht zuletzt Kurdistan andererseits zeigt , konnten und wollten sie niemals wirkliche Unabhängigkeit von Ländern des Trikont und auch von unterdrückten Völkern in ihren eigenen Staatsgebieten hinnehmen. Es entwickelte sich so seit Ende des zweiten Weltkriegs ein dubioses Nebeneinander von einerseits Lippenbekenntnissen der Außenministerien dieser Staaten, in denen sie sich stets vehement zu den Menschenrechten bekannten und sich geradezu als hervorragendste Bürgen für diese Menschenrechte herausstellten; andererseits aber tatsächlicher Praxis, gesteuert maßgeblich über ihre Verteidigungsministerien, die auf Ausschaltung und Unterdrückung von Unabhängigkeitsbewegungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hinauslief und -läuft. Was ich in meiner ersten These über die aktuelle Ent-

wicklung in der Bundesrepublik zu Kurdistan anhand der Presseberichterstattung dargestellt habe, entspricht eben dieser Dubiosität und ist keineswegs eine Marotte etwa des früheren Verteidigungsministers Stoltenberg oder unkontrollierbarer Beamter seines Ministeriums wie die (bezüglich dem Nachfolger Rühe interessanterweise gar nicht mehr auftauchenden) Rücktrittsforderungen von SPD und FDP an den Verteidigungsminister seinerzeit wohl vermitteln konnten.
Bei der Entwicklung der die menschenrechtlichen Verbürgungen und die Entwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts unterminierenden Gegenstrategie der NATO-Staaten spielt der Terrorismus-Begriff eine zentrale Rolle. "Bekämpfung des Terrorismus" ist heute die Faustformel, mit der Ausschaltung herkömmlicher rechtsstaatlicher Verbürgungen, etwa im Bereich des Straf und Strafprozeßrechts und des Asylrechts innerhalb der NATO-Staaten, wie auch Nichtanerkennung von Menschenrechten und humanitärem Kriegsvölkerrecht gegenüber Unabhängigkeitskämpfen gerechtfertigt wird (vgl. ausführlich hierzu *Janssen/Schubert*, Staatssicherheit. Die Bekämpfung des politischen Feindes im Inneren, Bielefeld 1990, dort insbesondere S. 85 ff. und S. 195 ff. mit zahlreichen Nachweisen). Hier nur einige Hinweise zu dieser Entwicklung der Strategie der NATO-Staaten:
Ausgangspunkt einer immer mehr auf Aufstandsbekämpfung sich orientierenden Strategie der NATO war im Anschluß an die Anfänge insbesondere der US-amerikanischen psychologischen Kriegsführung schon im zweiten Weltkrieg die Erfahrung mehrerer NATO-Staaten, v.a. USA, Frankreich, Großbritannien, schon seit den 50er Jahren mit Niederlagen in militärischen Auseinandersetzungen mit Befreiungsbewegungen in Ländern der "Dritten Welt" trotz gewaltiger wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit. Der französische Generalstäbler Andre Beaufre schreibt in seinem 1973 auch in deutscher Sprache erschienenen Buch "Die Revolutionierung des Kriegsbildes", gestützt auf seine eigenen Erfahrungen in Vietnam und Algerien:
"Die überraschenden Erfolge der Entkolonialisierungskriege lassen sich auf diese Weise erklären: Anscheinend siegt der Schwächere über den Stärkeren, doch tatsächlich lagen die Dinge in moralischer Hinsicht genau umgekehrt, was wiederum den Schluß erlaubt, daß der begrenzte Krieg in erster Linie auf dem Feld der Moral ausgefochten wird" (*Andre Beaufre*, Die Revolutionierung des Kriegsbilds, 1973, S. 34).
Der britische Generalstäbler Frank Kitson, seinerseits mit einschlägigen Erfahrungen aus Malaysia, Kenia und Zypern ausgestattet, kommt aufgrund seiner Untersuchung zahlreicher Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt, aber darüber hinaus auch der Entwicklung in Westeuropa Anfang der 70er Jahre zu dem Schluß:
"Obwohl Subversion und Aufruhr schon solange bekannt sind und man auch bedenken muß, daß ihre Bedeutung im Verlauf der Jahrhunderte sehr unterschiedlich war, scheint es dennoch, daß sie nie wirksamer eingesetzt wurden als in den letzten 25 Jahren. Überall auf der Welt haben Kämpfe dieser Art in einem solchen Ausmaß zugenommen, daß einige Beobachter hier schon von 'moderner Kriegführung' sprechen. Bezüglich dieser Konflikte wird sogar von einer neuen Dimension gesprochen" (*Frank Kitson*, Im Vorfeld des Krieges Abwehr von Subversion und Aufruhr, 1974, S. 34).
Charakteristisch für die Entwicklung der NATO-Position ist der Aufsatz von Sir Edward Peck in dem von der Informationsabteilung der NATO in Brüssel herausgegebenen NATO-Brief Nr. 3/1976 unter dem Titel "Die fünf Fronten der NATO". In diesem Aufsatz definiert Peck "die Subversion im Inneren" der NATO-Staaten als die "fünfte Front der NATO" und stellt ihre entscheidende Bedeutung für die gesamte Strategie des Bündnisses heraus (vgl. *Edward Peck*, Die fünf Fronten der NATO, in: NATO-Brief Nr. 3/1976). Die Entwicklung zahlreicher z.T. geheimer, zum großen Teil in Rechtsform nirgends fixierter operativer Einheiten innerhalb der NATO, der einzelnen NATO-Staaten und insbesondere auch zwischen den EG-Staaten spiegelt diese strategische Orientierung wider. Der 13 im neuen strategischen Konzept der NATO, auf den sich die Türkei heute bei ihrem Vorgehen gegen die Kurden mit Wissen und Billigung der deutschen Bundesregierung beruft, ist ebenfalls Konsequenz aus dieser Entwicklung der NATO-Strategie.
Die entscheidende taktische Konsequenz, die die NATO-Strategen aus den Niederlagen in den antikolonialistischen Befreiungskämpfen und inneren Unruhen in ihren eigenen Staaten gezogen haben, ist die Verlagerung des Schwergewichts der militärischen und der mit ihr immer enger verzahnten polizeilichen Operationen in den Präventivbereich:
Um sog. "Subversion", derer man ansonsten trotz gewaltiger technischer (sprich: waffenmäßiger) Überlegenheit angesichts ihrer politischen und moralischen Überlegenheit im Zustand einer Massenbewegung nicht mehr Herr werden könnte, frühzeitig einzugrenzen und aufzusplittern, bedarf es umfangreicher Vorfeldaufklärung und bedeutender Tätigkeit im psychologischen Bereich. Nicht umsonst ist in Militär und Polizeikreisen heute die "psychologische Kriegsführung" ein zentrales Schlagwort. Seit der ersten vom US -Verteidigungsministerium im Jahre 1963 durchgeführten "World Wide Psyops Conference" und dem ersten NATO-Symposium zur Frage der Verteidigungspsychologie 1960 in Paris wurde von den Führungsspitzen der NATO und zahlreichen Wissenschaftlern in ihrem Auftrag intensiv an psychologischen Gegenstrategien zur Abwehr von Aufstandsbewegungen gearbeitet (vgl. die ausführliche Darstellung und Untersuchung bei *P. Watson*, Psychokrieg Möglichkeiten, Macht und Mißbrauch der Militärpsychologie, Frankfurt 1985, u.a. S. 26 ff.).
Es geht dabei im Kern darum, die Aufstandsbewegung im Anfangsstadium moralisch so zu diskreditieren und mit psychologischen und repressiven Mitteln z.B. langer Isolationshaft so zu zermürben, daß eine nicht mehr beherrschbare und auch mit konventionellen Mitteln der Kriegsführung letztlich nicht mehr ausschaltbare Massenbewegung sich garnicht erst entfalten kann. Die Erklärung der Aufständischen zu "Terroristen" und

auf dieser Grundlage ihre strafrechtliche Verfolgung die dann angeblich mit Völkerrecht nichts mehr zu tun hat erweist sich in diesem Zusammenhang als besonders geeignetes Mittel. Der deutsche Verfassungsrechtler Prof. Ulrich K.ò Preuß hat zu diesem Vorgehen schon in seinem 1975 erschienenen Aufsatz "Anmerkungen zum Begriff des politischen Gefangenen" trefflich bemerkt:

"Das Strafrecht hat nicht nur die Funktion, die Angehörigen einer Bürgerkriegspartei zu 'Tätern' zu machen, sondern gleichzeitig auch, sie moralisch zu richten; in ihnen nicht den kriegerisch bekämpften Kriegsgegner, sondern den moralisch minderwertigen Kriminellen zu sehen. Beide Funktionen des Kriminalisierung politischen Handelns folgen aus der Legitimationskrises der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung. Die politische Ordnung kann den Anspruch auf materielle Allgemeinheit nicht mehr glaubwürdig durchsetzen und es mangelt ihr daher an Kraft, politische Gegner als solche anzuerkennen." (*Ulrich K.Preuß* in: Politische Prozesse ohne Verteidigung, Berlin 1975, S.18)

Es läßt sich meines Erachtens mindestens seit den 70er Jahren nachweisen, daß i.S. dieser NATO-Strategie die Diskriminierung von gegen ihre wirtschaftlich-strategischen Interessen gerichteten Unabhängigkeitsbewegungen und inneren Unruhen als terroristisch immer mehr ausgeweitet wurde und zwar durchaus im Bewußtsein der Kollision mit der Entwicklung des Kriegsvölkerrechts. So heißt es bereits in einer von Regierungsseite in Auftrag gegebenen Studie zu Militärstrategien in Westeuropa des Londoner "Institute for the Study of Conflicts" im Mai 1975: "Terroristen sollen, wo immer möglich, auf dem normalen Weg krimineller Anklagen angeklagt werden" und wie normale Kriminelle gefangen gehalten werden. Und Mitte 1977 erklärt die EG-Ministerkonferenz sich des völkerrechtlichen Problems angesichts der zugleich verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen offenbar durchaus bewußt : "Die Minister kamen überein, daß festgenommene Terroristen nicht als Kriegsgefangene i.S. der neuen Genfer Konvention behandelt werden sollen." (zitiert nach Stuttgarter Zeitung vom 01.06.1977). Während aber unter Berufung auf "Terrorismusbekämpfung" neue Strukturen innerhalb der NATO und der EG-Staaten und zugleich innerhalb verschiedener EG-Staaten grundlegende Verschärfungen des Strafrechts entwickelt werden, (vgl. zur Übersicht *Schubert*, Terrorismusverfolgung " - EG als Hebel repressiver Vereinheitlichung die BRD als treibende Kraft?" in 14. Strafverteidigertag 1990 in Frankfurt, Europa und Strafverteidigung, dort insbesondere S. 168 ff, gestützt auf die Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg; vgl. auch das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27.01.1977) sind sich die ständigen Anwender der Terrorismus-Kategorie über deren Nebulosität durchaus im Klaren. Man darf sogar annehmen, daß sie diese Unklarheit ganz bewußt einsetzen sie ist wichtig für Ausdehnungsfähigkeit, Übertragbarkeit auf immer neue Vorgänge, Verschleierung des Wesentlichen, auch und nicht zuletzt zur Gewährleistung der psychologischen Bedrohungswirkung, der Angst vor dem Unheimlichen, aus dem Hinterhalt sich immer mehr Ausbreitenden. Nur einige wenige Beispiele aus der Definitionspalette:

- W. Schwenk in: "Vereinte Nationen": "Der Begriff Terrorismus ist vielschillernd. Als gemeinsamer Nenner läßt sich sagen, daß es ein negativer Begriff ist. Das schließt nicht aus, daß ein und dieselbe Personengruppe als Terroristen und als Freiheitskämpfer eingruppiert werden können. Es kommt ganz auf den Standpunkt an" (*W. Schwenk* in: Vereinte Nationen 76 S. 97)
- Der britische Terrorismus-Experte Jenkins: "Wenn wir über Terrorismus reden, worüber reden wir dann eigentlich? Es gibt keine präzise oder allgemein akzeptierte Definition" an anderer Stelle dann aber unumwunden: "Terrorismus ist Kommunismus" (*Jenkins* zitiert nach H. Janssen, sind die Terroristen politisch motivierte Straftäter oder Terroristen?, in: Kriminalistik 1/1984, S. 17).
- Der damalige deutsche Generalbundesanwalt Rebmann 1985: "International konnte bisher keine Einigung erzielt werden, was unter dem Begriff 'Terrorismus' zu verstehen ist. Bis heute ist streitig geblieben, wo die Grenzen zwischen Terrorismus und kriegerischen Auseinandersetzungen, Aggressionen, Aufständen oder gerechtfertigten Widerstand von Völkern und Volksgruppen zu ziehen sind" (*Rebmann* in: Workpaper der Berlin Conference on the Law of the World vom 21.-26.07. 1985, Herausgeber: The World Peace through Law Center, Washington DC/USA).
- Der frühere US-Präsident Reagan meint, "Terrorismus" gehe zurück auf "ein einziges kriminelles Phänomen den fanatischen Hass auf die USA, unser Volk, unseren 'way of life', unsere internationale Bedeutung" (*Reagan*, The new network of terrorist states, in: Current Policy Nr. 721/ 1985, Herausgeber: United States, Department of State, Bureau of Public Affairs).

Welch brutale Konsequenzen aus den immer mehr ausgeweiteten Terrorismus-Horror-Szenarien bei NATOund Regierungsstrategen zumindest gedacht werden, verdeutlicht ein Artikel eines früheren Mitarbeiters des Nixon-Stabes in International Herald Tribune vom 09.11.1985 unter dem Titel: "Terrorismus: eine Angelegenheit für neue Regeln." Price fordert darin u.a. die Einrichtung eines internationalen "Terroristen-Gerichtshofs", der ausschließlich die Todesstrafe "für die Mitschuld an einem terroristischen Akt" verhängen kann und die bewußte Anwendung "außergesetzlicher Maßnahmen" durch die Staatsmacht (vgl. *Raymond Price*, Terrorism: A Case for New Rules, in International Herald Tribune vom 09.11.ò 1985 eigene Übersetzung der Passagen). Der Mediziner Prof. Turan Itil, der viele Jahre an den Universitätskliniken in Tübingen und Erlangen und dann in Missouri (USA) Gehirnforschung betrieben hat, äußert auf einem nichtöffentlichen NATO-regierungskonformen Symposium zum Thema Rehabilitationsmöglichkeiten von Terroristen am 23.01.1985 in Istanbul, für das Werden zum Terroristen gäbe es "entsprechende genetische Gründe", die

sie mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zum Mörder machen würden, während die politische Haltung nur vorgeschoben sei (Prof. *Turan Itil*, zitiert nach Nokta 6/85 vom 17 Dezember 1985). Das sind Gedankengänge nach dem Muster faschistischer "Volksschädlings"-Theorien.

6. Angesichts dieser dargelegten Entwicklung der NATO-Strategie und des Vorgehens durch und innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten genügt es nicht, die ungerechtfertigte Anwendung des Terrorismusvorwurfs und damit begründeter Kriminalisierung und polizeilicher und militärischer Operationen nur als Einzelvorgänge, gar nur als Vorgehensweise einzelner Mitgliedsstaaten, etwa der Türkei zu kritisieren. Vielmehr wird eine Kritik m.E. nur wirksam, wenn für die maßgeblich in den Vereinten Nationen in den 60er bis 80er Jahren entwickelten Positionen zum Selbstbestimmungsrecht einschließlich dem Recht auf Unabhängigkeitskampf für kolonial und rassistisch unterdrückte Völker und für die Geltung des humanitären Kriegsvölkerrechts für jede Art von derartigen Unabhängigkeitskämpfen auf der Basis der Zusatzprotokolle von 1977 klar und öffentlich eingetreten wird. Zugleich müßte auf dieser Grundlage die tatsächliche gegen solche Unabhängigkeitskämpfe gerichtete vorgebliche Antiterrorismus-Strategie der NATO-Staaten kritisiert werden. Dafür genügt es allerdings wohl nicht, nur die Nebulösität und Uferlosigkeit der von seiten dieser Staaten verwendeten Terrorismus-Definitionen anzuprangern. M.E. wäre es von erheblicher Bedeutung, wenn gerade Menschen, die die Weiterentwicklung der Menschenrechte und der völkerrechtlichen Verbürgungen von Selbstbestimmung und humanitärem Kriegsvölkerrecht unterstützen wollen, dem ihren eigenen Standpunkt zur Frage des Terrorismus entgegensetzen. Ich halte die Aussagen, die in dieser Hinsicht in der *Genfer Deklaration zum Terrorismus vom 21.3. 1987* am Ende der damaligen Konferenz der International Progress Organisation (IPO) gemacht wurden, für wichtig und brauchbar. Dort heißt es u.a.:
"Die Völker der Welt befinden sich in einer grundlegenden Anzahl von Kämpfen für eine gerechte und friedliche Welt, basierend auf fundamentalen Rechten, die heute innerhalb einer ganzen Reihe von breit unterstützten internationalen Konventionen als unumstößlich angesehen werden."
Und nach einer Skizzierung der aktuellen Konfrontationen:
"Vor diesem Hintergrund von Leid und Kampf wird die internationale Debatte über den Terrorismus in den Medien und anderswo von den Herrschenden gelenkt und manipuliert: Die Öffentlichkeit wird dazu verleitet, Terrorismus ausschließlich als Handeln der Opfer dieses Systems zu sehen. Wir wollen versuchen klarzumachen, daß Terrorismus in überwältigendem Umfang ein Ausdruck dieser Herrschaftsstrukturen ist und nur ganz selten mit den Kämpfen, die aus berechtigtem Widerstand erwachsen, verbunden ist. Laßt uns verstehen, daß das kennzeichnende Merkmal des Terrorismus Furcht ist und daß diese Furcht durch die unterschiedslosen und entsetzlichen Formen von Gewalt, die sich überall gegen die einfache Bevölkerung richtet, stimuliert wird. Die schlimmste Form des internationalen Terrorismus besteht in den Vorbereitungen zu einem atomaren Krieg, insbesondere in dessen Expansion in den Weltraum sowie in der fieberhaften Entwicklung von Erstschlagwaffen. Terrorismus beinhaltet die Aussicht auf staatlich organisierte Holocausts an den Völkern der Welt. Der Terrorismus moderner staatlicher Macht und ihrer hochtechnologisierten Bewaffnung übersteigt in vielfacher Hinsicht das Ausmaß der politischen Gewalt durch Gruppen, die Unterdrückung beseitigen und Freiheit erreichen wollen" (Auszug aus "Genfer Deklaration zum Terrorismus" vom 21.3.1987, abgedruckt in deutscher Übersetzung in: *Janssen/ Schubert*, Staatssicherheit, aaO, S. 187 ff.; Erstunterzeichner der Erklärung waren u.a. der Friedensnobelpreisträger und frühere irische Außenminister Sean MacBride, der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, Prof. Dr. Johan Galtung, Friedensforscher von der Princeton University, USA, und Prof. Dr. Richard Falk, ebenfalls Princeton University, USA).

Ich meine, daß die hier gegebene Definition und Einordnung des Terrorismus zutreffend ist und mit den kriegsvölkerrechtlichen Kriterien in völliger Übereinstimmung steht. Das humanitäre Kriegsvölkerrecht verbietet ja gerade die unterschiedslose Anwendung von Gewalt gegen unbeteiligte Zivilbevölkerung mit dem Ziel der Verbreitung von Furcht. Auch wenn nicht zu leugnen ist, daß es auch im Rahmen von Befreiungsbewegungen immer wieder Vorgänge gegeben hat, wo politische Ziele durch Einsatz von Gewalt mit dem Ziel der Verbreitung von Furcht gegen völlig unbeteiligte Personen zu erreichen versucht wurden m.E. trifft das z.B. auf Flugzeugentführungen durchweg zu , kann doch nicht bestritten werden, daß im wesentlichen die bewaffneten Unabhängigkeitskämpfe gegen den Kolonialismus durch mit dem modernen Kriegsvölkerrecht durchaus übereinstimmenden Mitteln der Guerillakriegsführung gegen Objekte und Personen der kolonialistischen Kriegsführungsmaschinerie verfolgt werden. Es kann nicht hingenommen werden, daß derartige Operationen, wie dies gerade durch die türkische Regierung gegenüber den Operationen der ARGK (des bewaffneten Arms der PKK) geschieht, als terroristisch bezeichnet werden.
Tatsächlich steht die offizielle Debatte zur Frage des Terrorismus geradezu auf dem Kopf: Während die wirklichen terroristischen Gefahren, wie sie in der Deklaration richtig als Ausdruck der bestehenden Herrschaftsstrukturen gekennzeichnet werden, verschwiegen und beschönigt werden, wird der Terrorismus-Vorwurf gegen Befreiungsbewegungen uferlos ausgeweitet mit dem wirklichen Ziel ihrer Ausschaltung.
Nicht vermischt werden mit der Frage der Gerechtfertigtheit bewaffneter Operationen von Guerillas im antikolonialen Unabhängigkeitskampf durch das Kriegsvölkerrecht darf die grundsätzliche politische und moralische Frage nach Sinn und Erfolgsaussichten von Gewaltanwendung. Hierzu heißt es in der Genfer Deklaration zum Terrorismus:
"Um es deutlicher zu sagen: Wir bevorzugen, wo immer möglich, gewalt-

freien Widerstand und wir erkennen die langen Bemühungen der Befreiungsbewegungen in Südafrika und anderswo an, in ihrem Streben nach Gerechtigkeit Gewaltanwendung zu vermeiden. Wir verdammen alle jene Kampftaktiken und -methoden, die unschuldigen Zivilisten als solchen Gewalt zufügen. Wir wollen keinerlei Art von Terrorismus, aber wir müssen darauf bestehen, daß Terrorismus aus dem Nuklearismus, aus kriminellen Regimes, Staatsverbrechen, Angriffen mit hochtechnologisierten Waffen auf Dritte-Welt-Völker und aus systematischen Verweigerungen von Menschenrechten entspringt. Es ist eine grausame Ausdehnung der terroristischen Geißel, den Kampf gegen den Terrorismus mit dem Etikett 'Terrorismus' zu verhöhnen. Wir unterstützen diese Kämpfe und fordern eine Bereinigung der politischen Sprache zusammen mit einer Befreiung der Menschen" (Genfer Deklaration zum Terrorismus aaO).

Noch eine Randbemerkung zum Thema Terrorismus: Es ist bezeichnend, daß angesichts der gegenwärtig in der BRD tobenden Welle ausländerfeindlicher Pogrome, die schon zum Tod mehrerer völlig unbeteiligter Menschen und schwersten Verletzungen geführt haben, die offiziellen Stellen und die Medien im Unterschied zu dem in bezug auf linke Bewegungen in der BRD geradezu uferlosen Gebrauch des Terrorismus-Begriffs (bis hin zum "Ökoterrorismus" und "geistigen Terrorismus" !) den Begriff des Terrorismus nicht benutzen. Gerade dieser Tage habe ich die Übersetzung eines Lied-Textes der englischen Skin-Band Screw Drivers, deren Sänger Ian Stuart, führendes Mitglied der National Front ist, gelesen, ein Text, der nichts anderes als Aufforderung zum Terrorismus ist. Hier nur ein kurzer Auszug: "Immer wenn ich etwas gegen diese Untermenschen tun kann, kämpfe ich und laß das Blut dieser Juden fließen; mit Stiefeln, Stöcken und Messern, bis sie verrecken. (Refrain:) Wir werden Sieger bleiben in diesem Land und kämpfen für Stolz und Ehre. Die Mütter erschlagen, die Kinder vergewaltigen, bis sie dahin zurückgehen, wo sie hingehören" (Auszug nach einer Übersetzung aus einem Leserbrief an die Saarbrücker Zeitung von Dezember 1991). Derartige Gruppen können in der Bundesrepublik auftreten die Screw Drivers beispielsweise in St. Ingbert bei Saarbrücken, begrüßt von 400 kahl geschorenen uniformierten Neonazis mit zum Hitlergruß erhobenen Armen.

7. Auf der Grundlage der vorherigen Thesen hier noch einige Einschätzungen und Hinweise zur aktuellen Entwicklung in dem von der Türkei beanspruchten Teil Kurdistans. Der faktische Kriegszustand in diesem Teil Kurdistans mit Einsatz von Panzern, Bombardierungen von Städten durch Flugzeuge etc. durch die türkische Armee wird von niemandem mehr bestritten. Die Operationen von türkischem Militär und Polizei gerade in den vergangenen Monaten so die Massaker unter unbewaffneten, feiernden Menschen am 21.3. 1992, dem Tag des kurdischen Newroz-Fests (vgl. dpa / Badische Zeitung vom 23.3. 1992), die Bombardierung der Stadt Sirnak am 24.3. 1992 (vgl. Frankfurter Rundschau vom 25.3.1992), die erneuten Angriffe auf Sirnak am 18.8.1992 unter dem selbst von der türkischen Presse angezweifelten Vorwand eines Angriffs der PKK auf die Stadt und die Vertreibung der meisten der 20.000 Einwohner von Sirnak (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 24 August 1992, taz vom 26.8.1992 undd Süddeutsche Zeitung vom 22 September 1992), die Vertreibung der Bevölkerung ganzer kurdischer Dörfer in den Grenzgebieten zum Irak und die Tötung von mehr als 50 politisch mißliebigen Menschen von sog. Todesschwadronen mit enger Verbindung zur türkischen Polizei seit Juli 1991 (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8.5.1992 und Pressemitteilung von amnesty international, Sektion der BRD, vom 8.5. 1992, stehen exemplarisch für die tatsächlich im oben 6. definierten Sinn terroristischen Vorgehensweisen von seiten des türkischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung.

Die jüngste Entwicklung hat sogar einige deutsche Verwaltungsgerichte (insbesondere Stade, Braunschweig, Stuttgart und Hannover) zur Anerkennung einer teilweisen asylrechtsrelevanten Gruppenverfolgung der Kurden unter türkischer Herrschaft bewogen. In einem Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 8 April 1992 wird die Lage zutreffend charakterisiert:

"Aus den zuvor zitierten Berichten ergibt sich, daß die türkischen Sicherheitskräfte gegenüber unbewaffneten Frauen und Kindern, also gegenüber an terroristischen Aktivitäten ersichtlich nicht beteiligten Personen, Waffengewalt ausgeübt haben, indem sie auf diese geschossen haben. Dieses Klima der Gewalt und der Willkür herrscht nach den zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemachten Unterlagen offensichtlich in allen Provinzen des Ausnahmezustandes. Unabhängig davon, wie man das Verhalten der PKK einerseits und der türkischen Sicherheitsbehörden andererseits politisch einstufen will, muß bezüglich der an terroristischen Aktivitäten unbeteiligten kurdischen Bevölkerung festgestellt werden, daß objektiv die Gefahr besteht, daß jeder in den Ausnahmezustands-Provinzen ansässige kurdische Volkszugehörige jederzeit politisch motivierter Verfolgung durch die türkischen Sicherheitsbehörden ausgesetzt sein kann"

"Durch die Übergriffe soll die kurdische Bevölkerung davon abgehalten werden, nach Unabhängigkeit zu streben und dieses Streben nach außen durch Demonstrationen und andere Willensäußerungen kenntlich zu machen. Das hat aber mit Terrorismusbekämpfung nichts mehr zu tun. Das ist Staatsterror zur Unterdrückung politischer Meinungsäußerung" (VG Braunschweig vom 8.4. 1992 AZ: 5 A 5087/91, S. 6/7).

Doch nicht nur bei seinen Militäraktionen beruft sich das türkische Regime auf die NATO-Doktrin der "Terrorismusbekämpfung". Vielmehr hat es gerade kürzlich erst, nämlich durch das sog. Antiterrorgesetz (ATG) vom 12.4.1991 (Gesetz Nr. 3713, Amtsblatt-ò Nr. 20843) die Kriminalisierung des bewaffneten Befreiungskampfes und seiner Unterstützung auf die Spitze getrieben (vgl. auszugsweisen Abdruck in deutscher Übersetzung in InfAuslR 91 289) zur Kritik vgl. Rumpf (Max-ò Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und

Völkerrecht in Heidelberg) (InfAuslR 91 285). Dieses Gesetz ist eine in Teilen geradezu peinliche Nachahmung der in der BRD bereits seit den 70er Jahren existierenden und ausgebauten Vorschriften zur sog. Terrorismusbekämpfung im Straf und Strafverfahrensrecht und ähnlicher Vorschriften in anderen europäischen Staaten, die alle gekennzeichnet sind durch folgende mit rechtsstaatlichen Grundsätzen schwerlich zu vereinbarenden Elemente:

- Ausdehnung der Strafbarkeit auf bloße Organisationsmitgliedschaft, also sog. Vorverlagerung des Strafrechtsschutzes vor eine tatsächliche Tatbegehung.
- Schaffung von Sondergerichtsbarkeit und besonderen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungszuständigkeiten (in der BRD einige wenige Sondersenate von Oberlandesgerichten, Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt).
- Einführung von Kronzeugenregelungen mit weitgehenden Privilegien und Strafmilderungen bei belastenden Angaben.
- Praktizierung besonderer Haftbedingungen durchweg Isolationshaft (vgl. die Übersicht zu den Antiterrorismusgesetzen in Großbritannien, Frankreich, Spanien und BRD in: *Schubert/Janssen*, Staatssicherheit, aaO, S. 99 ff.).

Das türkische Antiterrorgesetz, das jetzt insbesondere anstelle der früheren berüchtigten Art. 140, 141, 142 und 163 türkisches StGB als zentrales Instrument gegen gefangengenommene kurdische Unabhängigkeitskämpfer, v.a. auch aus den Reihen der PKK, ERNK und ARGK, dient, weist eben diese Elemente in sozusagen potenzierter Gestalt auf.

- Der in Art. 1 aufgeführte "Begriff des Terrors" ist, was die darunter gefaßten Mittel angeht, praktisch uferlos: Bereits die Anwendung von Mitteln des Drucks, was bekanntlich schon Streiks oder Presseartikel sein können, reicht. Spezifisch ist er nur insofern, als Ziel solchen angeblichen Terrors die Veränderung der bestehenden politischen Ordnung der Türkei und der bestehenden unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk sein müssen. Schließen sich zwei oder mehr Personen in diesem Sinne zusammen, bilden sie bereits eine terroristische Organisation (Art. 1 Abs. 2 ATG).
- Mit Art. 2 wird jede Person als "terroristischer Straftäter" definiert, die Mitglied einer so definierten Organisation ist wobei für die Strafbarkeit Straftaten nicht begangen sein müssen. "Terroristische Straftäter" sind darüber hinaus sogar Personen, die nicht Mitglied einer solchen Organisation sind, sondern nur in ihrem Namen Straftaten begehen (Art. 2 ATG).
- In Art. 7 sind drastische Strafandrohungen nicht nur für Mitgliedschaft, sondern auch für bloße Unterstützung oder Propagandamachen im Zusammenhang mit dieser Organisation (im letzteren Fall ein bis fünf Jahre Zuchthaus und 100 bis 300 Mio. türkische Pfund Geldstrafe) angedroht.
- In Art. 8 werden gleich noch schriftliche und mündliche Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen, die mit welchen Mitteln, Zielen und Ideen auch immer die Zerstörung der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zum Ziel haben, verboten und mit Zuchthaus von zwei bis fünf Jahren und schwerer Geldstrafe von 50 bis 100 Mio. türkischen Pfund bestraft. In Art. 8 Abs. 2 werden mit Strafe wegen dieser Propagandastraftat auch gleich noch sämtliche Beteiligte an Presseerzeugnissen bedroht.
- Art. 9 ATG regelt die Sonderzuständigkeit des Staatssicherheitsgerichts für alle unter das ATG fallenden Straftaten und die damit verbundenen Sonderbedingungen.
- Art. 10 regelt (in offensichtlicher Anlehnung an die bundesdeutsche Regelung in 137 StPO) die Verteidigung durch höchstens drei Rechtsanwälte und in Eskalation der bundesdeutschen Regelung zur Post und Gesprächsüberwachung in Fällen des 129 a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, vgl. 148 II StPO) , die Möglichkeit, daß Gespräche zwischen Untersuchungs oder Strafhäftlingen und Verteidigern unter der Aufsicht des Anstaltspersonals geführt werden eine Regelung, die in ihrer Verhöhnung des Rechts auf Verteidigung kaum noch zu überbieten ist.
- Art. 11 räumt für gemeinschaftlich begangene Straftaten im Sinne des ATG bis zur Vorführung vor dem Richter sage und schreibe fünfzehn Tage ein.
- Art. 12 ff. enthalten ähnlich anderen sog. Antiterrorismus-Gesetzen Regelungen zur Abschottung von Zeugen.
- Im dritten Teil des ATG, Art. 16, werden ganz wie bei den Vorbildern aus Westeuropa besondere Vollzugsanstalten und Kontaktsperre festgelegt.
- Im vierten Teil, Art. 19 ff., werden Belohnung für Mithilfe bei der Aufklärung terroristischer Straftaten und Schutzmaßnahmen bis hin zur Vergabe einer völlig neuen Identität an Mitglieder des öffentlichen Dienstes geregelt.

Man hat mit diesem Gesetz das krasse Gegenteil von dem vor Augen, was das humanitäre Kriegsvölkerrecht als Standards für Kriegsgefangene regelt und was auch die allgemeinen Menschenrechtskonventionen an rechtsstaatlichen Mindeststandards verbürgen. Das Gesetz erlaubt praktisch den Ausschluß sämtlicher rechtsstaatlicher Verteidigungsrechte und gibt Spielraum für jegliche Art von Terror und Isolation durch die Staatsmacht. Die oben erwähnte Vision von Raymond Price für einen Terroristengerichtshof usw. (International Herald Tribune, 9.11. 1985) ist zwar noch nicht ganz erreicht aber weit entfernt ist das Gesetz nicht mehr davon.

8. Stellt sich somit die Operationsweise des türkischen Regimes gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung als die brutale Quintessenz der seit Jahrzehnten systematisch entwickelten Strategie der Aufstandsunterdrückung unter dem Deckmantel der "Terrorismusbekämpfung" dar, so stellt sich auf der anderen Seite die Frage, ob die Unabhängigkeitsbewegung im türkisch beanspruchten Teil Kurdistans und der von ihr, maßgeblich durch die Guerillaeinheiten der ARGK, geführte bewaffnete Kampf entgegen der interessierten Darstellung durch das türkische Regime (und vieler NATO-Strategen) die Merkmale eines internationalen bewaffneten Konflikts im Sinne des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1977 und insbesondere die ARGK den Kom-

battantenstatus erfüllen. Von verschiedener Seite ist inzwischen, wie ich meine überzeugend, begründet worden, daß die materiellen Voraussetzungen gemäß den Genfer Abkommen und dem Zusatzprotokoll I erfüllt werden (vgl. Ralf D.H. Ferting/Patricia Krommer in ihrem Bericht an die Kommission zum Schutz von Minderheiten und Schutz vor Diskriminierung, Unterkommission der Menschenrechtskommission der UN, auszugsweise zitiert in: Kurdistan-Report Nr. 45, 46/1992, S. 51 ff. und Rechtsanwalt Eberhard Schultz, Bremen, in seiner Untersuchung vom 10.7.1992). Insbesondere scheint mir naheliegend, daß folgende Kriterien erfüllt werden:

- Vorliegen eines internationalen bewaffneten Konflikts iSd Art. 2 des Genfer Abkommens iVm Art. 1 Abs. 4 ZP I, hier in Gestalt eines antikolonialen (u.U. sogar auch antirassistischen) Befreiungskampfs des kurdischen Volks: Insbesondere handelt es sich bei den Kurden historisch, kulturell, von Größe und Bedeutung her um ein Volk. Es liegt eine koloniale Beherrschung durch die Türkei vor, die durch die Leugnung jeder Identität des kurdischen Volkes (sie wurden und werden als "Bergtürken" bezeichnet) rassistischen Charakter hat, und die maßgeblich durch ARGK-Einheiten mit breiter Unterstützung geführten bewaffneten Kämpfe haben eine solche Breite angenommen, daß nicht mehr von vereinzelten bewaffneten Aktionen gesprochen werden kann.
- Die vorliegenden Informationen sprechen auch dafür, daß jedenfalls bezüglich der ARGK von einer solchen Organisation und zentral verantwortlich geleiteten Entscheidungsbefugnis und von einer solchen Kontrolle im Sinne der Gewährleistung der Einhaltung der Bestimmungen des Zusatzprotokolls auszugehen ist, daß die Anforderungen an den Kombattantenstatus iSd Art. 4 A Nr. 2 des Genfer Abkommens iVm Art. 44 ZP I erfüllt sind.
- Die PKK hat mittlerweile nach vorliegenden Informationen auch wiederholt dem türkischen Staat die gegenseitige Einhaltung der Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts angeboten und die Behandlung der von ARGK gefangengenommenen Soldaten entsprechend den Genfer Abkommen in Verbindung mit Zusatzprotokoll I zugesichert sowie die Akzeptierung des Austausches von Gefangenen unter den Bedingungen des Internationalen Roten Kreuzes (vgl. Ferting/Krommer aaO).

Letztlich kommt es m.E. für die politische Auseinandersetzung und die Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit auf die abschließende Klärung von juristischen Detailfragen materieller und formeller Erfordernisse der Genfer Abkommen und des Zusatzprotokolls I nicht an. In jedem Fall sollte bereits jetzt die Einstellung der Kriminalisierung als Terroristen und die Behandlung als Kriegsgefangene verlangt werden - wie dies die gefangengenommenen Kurden gegenüber dem türkischen Regime selbst immer wieder geltend machen.

9. Nicht vergessen werden darf bei aller Befassung mit der Politik des türkischen Regimes und seiner gerade Anfang Juli in einer Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wieder angeprangerten menschenrechtswidrigen Praktiken gegen die kurdische Bevölkerung und die kurdischen Unabhängigkeitskämpfer, daß sie ohne die Waffenlieferungen der NATO-Staaten, ganz besonders der BRD, aber auch ohne die Operationen gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbewegung in diversen europäischen Staaten selbst und ihre Diskriminierung als Terroristen innerhalb dieser Staaten nicht möglich wäre. Die BRD spielt auch in letzterer Hinsicht seit Jahren die Vorreiterrolle, insbesondere mit einer jahrelangen Propagandakampagne der Bundesanwaltschaft gegen die PKK als terroristische Vereinigung, einer Unzahl von Razzien in Wohnungen von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik und vor allem zwei Großverfahren gegen Kurdinnen und Kurden, die zur PKK gerechnet werden, vor Sondersenaten des OLG Düsseldorfs und des OLG Celle. Es würde in diesem Referat zu weit führen, die nach Ansicht der Verteidigung in diesen Verfahren abenteuerliche Anklagekonstruktion einer terroristischen Vereinigung wobei die Gruppierung, die angeblich eine terroristische Vereinigung darstellen soll, allein in Düsseldorf diverse Male umdeklariert wurde im einzelnen darzulegen. Ebensowenig kann hier über die zahlreichen Sondermaßnahmen, wie anfängliche Abschottung der Angeklagten im Düsseldorfer Prozeß hinter einer Glastrennwand sogar von ihren Verteidigern, Isolationshaftmaßnahmen usw., detailliert berichtet werden. Hingewiesen werden soll allerdings dennoch darauf, daß neben der Anklage der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, 129 a StGB, wegen verschiedender Vorgänge in der BRD selbst, zwei Angeklagte im Düsseldorfer Prozeß auch wegen Vorgängen im Camp der ARGK im Libanon "Mazum Korkmaz" des Mordes angeklagt sind (vgl. im einzelnen Schultz/Schubert, Von Stammheim nach Düsseldorf, Kiel 1989). Die Bundesanwaltschaft hat sich damit unmittelbar in Vorgänge im Zusammenhang mit dem kurdischen Unabhängigkeitskampf eingemischt und sieht sich dazu berufen, eine Art Weltstaatsanwaltschafts-Funktion wahrzunehmen und dem türkischen Regime sozusagen durch "Mitmischen" bei der Strafverfolgung an der Heimatfront unter die Arme zu greifen. In einem solchen Vorgang steckt die offenkundige Gefahr einer internationalen Kriminalisierungsbetätigung gerade der Verfolgungsorgane der stärksten NATO-Staaten.

- Es wird von entscheidender Bedeutung für eine effektive Unterstützung des Rechts des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung sein, daß gegen über Menschenrechtsbeteuerungen von Außenministern und Regierungschefs der NATO und EG-Staaten die wirklichen Praktiken dieser Staaten nach innen und nach außen enthüllt und angeprangert werden. Ohne ihre Hilfe könnte das türkische Regime den kurdischen Unabhängigkeitskampf nicht unterdrücken. Ich hoffe, daß mein Beitrag dazu helfen kann, auch in diesem Sinn eine konsequentere Unterstützung des kurdischen Unabhängigkeitskampfes zu ermöglichen.

* * *

Zur Diskussion

Auch in dieser Ausgabe des Kurdistan-Report wollen wir einen Beitrag "zur Diskussion" stellen. Es handelt sich um einen "kleinen Abriss" der Geschichte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Der Autor, Hüseyin Celebi, fiel im Oktober 1992 an der Haftanin-Front im Kampf für ein befreites Kurdistan (s. auch Kurdistan-Report Nr. 53).
Hüseyin Celebi schrieb diesen "kleinen Abriss" wie er es nannte, während seiner Gefängnis-Zeit 1988. Damals war er als 129a-Gefangener der Bundesrepublik inhaftiert. Es handelt sich um Briefe, die er an einen anderen inhaftierten kurdischen Freund schrieb. Im Jahr 1988 herrschte eine lebhafte Diskussion über die Rolle von IWF und Weltbank, viele werden sich noch an die vielfältigen Behinderungsaktionen eines breiten Bündnisses gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin erinnern. Wir denken, daß dieser Beitrag an seiner Aktualität nichts verloren hat, wie die weltweite Entwicklung zeigt.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, Teil 1

von Hüseyin Celebi

Vorbemerkung:
Dies ist nur ein kleiner Abriss über die Geschichte, Struktur und die Aufgaben von IWF und Weltbank. Es soll zum Grundverständnis dienen, um die spätere Politik und deren Auswirkungen zu verstehen.



Hüseyin Celebi im ARGK-Camp Haftanin (September 1992)

Als am Ende der zweiten Phase der allgemeinen zyklischen Krise des kapitalistischen Systems, deren Ausdruck der 2. imperialistische Aufteilungskrieg war, das System schwere Niederlagen hinnehmen mußte und die alten Mächte sich im gegenseitigen Krieg abgenutzt hatten, übernahm die USA die Führung des Systems. Gleichzeitig mit diesem Führungswechsel wurde eine neue Ordnung geschaffen, die den Erhalt des imperialistischen Systems sichern sollte. Gleichzeitig sollte sie die Entwicklung des Sozialismus aufhalten und möglichst zurückschrauben. Wichtigste Grundpfeiler dieser Politik waren das Paktsystem (NATO, CENTO, SEATO, um nur einige zu nennen), der Übergang zum System des Neo-Kolonialismus, die Errichtung einer Weltwirtschaftsordnung, die die inneren Widersprüche eindämmen und vor allem auf Nebenschauplätze abwälzen sollte. Diese und weitere Maßnahmen wurden so entwickelt, daß sie ineinander griffen und sich gegenseitig ergänzten. Sie dienten vor allem dem Schutz und der "ungefährlicheren" Ausweitung des imperialistischen Systems. Der IWF ist ein Teil dieser Maßnahmen, seine Gründung wurde in den USA beschlossen. Benannt nach dem Ort des Beschlusses, wird es auch als "System von Bretton-Woods" bezeichnet. Interessanterweise wurde dieser Beschluß im Juli 1944 auf der Finanz- und Währungskonferenz der Vereinten Nationen (UNO) gefaßt und zwei Jahre später in die Tat umgesetzt. Gleichzeitig wird die Internationale Bank für den Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) gegründet, die später in Weltbank umbenannt wird. Beide Organisationen sind "autonome" Institutionen der UNO. Allerdings ist diese lockere Bindung völlig unbedeutend und nur ein Überbleibsel aus Zeiten, in denen man mit der UNO noch andere Ziele hatte. Mit der Gründung von IWF und Weltbank wurde eine Wirtschaftsordnung etabliert, die die Ausweitung des Welthandels auf der Basis fester Wechselkurse und damit im festen Verhältnis zueinander stehender Währungen unter der Hegemonie der USA forciert. Alle Wechselkurse wurden im Verhältnis zum US-Dollar berechnet. Damit wurden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Handel kann nur marktwirtschaftlich betrieben werden, d.h. nach den "Gesetzen" des internationalen Marktes, der von kapitalistischer Produktionsform bestimmt ist. So werden fortschrittliche Wirtschaftssysteme von vornherein verhindert und das System der Planwirtschaft gleich mit iso-

liert. Der IWF zahlt Kredite in den gewünschten Währungen an seine Mitgliedsländer, damit diese Handel betreiben können. Meist handelt es sich dabei um Überbrückungskredite (schließlich muß man etwas haben, um es mit Gewinn zu verkaufen oder zu betreiben; daß es dann trotzdem nicht klappt liegt am System, aber dazu später mehr).
Allerdings kann ein Land nicht soviel Kredit haben, wie es will, sondern nur soviel, wie ihm höchstens zusteht. Das wird von einer Quote bestimmt, die sich nach den Einzahlungen richtet. Dafür ein vereinfachtes Beispiel: Länder, die 10 Mark Mitgliedsbeitrag gezahlt haben, können im Jahr 100 Mark Kredit bekommen, Länder, die mehr gezahlt haben entspechend mehr. Nicht aber etwa im gleichen Verhältnis, also wer 100 Mark gezahlt hat, kriegt 1000 Mark Kredit, wer 1000 Mark gezahlt hat, kriegt 10 000 Mark usw. Das wäre ja zu einfach und zu "gerecht". Die Quote wird nach der "wirtschaftlichen Stärke" eines Landes berechnet. Also diese "Stärke" bestimmt, wieviel er an Mitgliedsbeitrag bezahlen muß und wieviel er an Kredit bekommt. Der Mitgliedsbeitrag ist das Grundkapital des IWF. Diese "Quotenregelung" hat eine weitere Aufgabe, sie regelt nämlich auch die Stimmrechte im IWF. Wichtige Entscheidungen im IWF können nur mit 85% (!) der Stimmen beschlossen werden. Der IWF hat heute 151 Mitglieder, davon gelten 122 als Entwicklungsländer, das sind 87%; bei einem System, einem Land, einer Stimme würde es ausreichen, wichtige Beschlüsse zu fassen. Aber wie schon erwähnt, die Quoten regeln die Stimmrechte. Die USA haben ein Stimmrecht von 19,8%, daß bedeutet, daß schon durch das Veto der USA allein ein Beschluß nicht durchkommen könnte. (Jetzt weißt Du, woher der Özal immer die Tricks mit den Wahlgesetzen her hat). Aber das ist nicht alles: so haben die Engländer einen Stimmenanteil von 6,8%, die BRD 6,0%; Frankreich hat 5,0%; Japan hat 4,7%; Saudi-Arabien 3,5% und die übrigen Industriestaaten haben zusammen 18,49%. Alle 19 Industriestaaten (ohne Saudi-Arabien) haben 60,7% der Stimmen. Die 122 Entwicklungsländer haben 31,3%; China 2,6% und die drei sozialistischen Staaten 1,9%. Aber das ist noch lange nicht alles. Die Kredite werden nämlich nur mit einschneidenden wirtschaftspolitischen Auflagen vergeben, d.h. man kriegt Kredit nur, wenn man die Wirtschaftspolitik gemäß den Befehlen des IWF ausrichtet. Die Bedeutung dieses Systems wird an vielen Einzelbeispielen sehr schön deutlich, dazu aber bei den nächsten Malen mehr.

Der Kapitalismus wäre keiner wenn er nicht aus Profitgier seine eigenen Bestimmungen aufheben würde, mit denen er einen bestimmten Profit sichert. Er tut das mit der Hoffnung, durch die Aufhebung der "freiwilligen Einschränkung" noch mehr Gewinn zu machen. (Freiwillige Einschränkung ist eine kriminelle Verharmlosung von mir, denn die alten Bestimmungen waren schon eine bestialische Ausbeutungssicherung. Nur wenn man das Ergebnis der Aufhebung heute betrachtet, ist diese Verharmlosung verständlich.) 1969 wurden die sogenannten Sonderziehungsrechte (SZR) geschaffen, ihre Bedeutung ist allerdings gering. Trotzdem ist es wichtig dies zu erklären, weil es einen Nebeneffekt hat, der für die heutige Schuldenkrise von immenser Bedeutung ist. Im Wesen des Kapitalismus liegt die Überproduktion, im Zeitalter des Imperialismus kommt es am Ende der 3. Phase der allgemeinen Krise sogar zu einer Überanhäufung von Geld, sprich: Profit. In diesem Sinne gewinnt der Finanzsektor innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine immer größere Rolle, weil das angehäufte Geld gewinnbringend angelegt werden soll. Es kommt zu einer Verlagerung der Wirtschaft von der realwirtschaftlichen (produktionsmäßigen) zur monetären (geldlichen) Ebene. Darauf werde ich noch eingehen, wenn ich die Schuldenkrise erkläre, bei den nächsten Malen.

Mit der Schaffung dieser SZR wurden die festen Wechselkurse abgeschafft und zur Bestimmung auf dem Markt freigegeben. Gleichzeitig wird die bis dahin gültige Goldeinlösepflicht für den Dollar aufgehoben. Diese Funktion, die für den Schutz vor inflationären Entwicklungen geschaffen worden waren, konnten nun aufgehoben werden, weil der Dollar nunmehr als Weltwährung eine derartige Stärke und Stabilität erreicht hatte, daß sie unnötig waren. Eigentlich wurde die SZR an dessen Stelle eingerichtet. Die SZR ist die künstliche Währung des IWF, auch "Kunstgeld" oder "Kunstgold" genannt. Es soll den Dollar entlasten. Damit wird der Zahlungsverkehr der Mitgliedsländer geregelt. D.h. anstelle von richtigem Geld wird SZR benutzt, die man gegen einen täglich bestimmten Kurs in richtige Devisen umwandeln kann, wenn es nötig ist. Bestimmt wird der Wert von einer SZR nach Währungswert des Dollar, der DM, Yen, Pfund und Franc und zwar prozentual. Der Dollar bestimmt zu 42%, die D-Mark zu 19% und die übrigen zu je 12% den Wert der SZR. Wie schon erwähnt blieb die SZR aber eher unbedeutend.
In der Zwischenzeit war ein massiver Kapitalüberschuß entstanden, der auf dem Devisenmarkt frei gehandelt wurde. Insbesondere der sogenannte Petro-Dollarmarkt, d.h. die Gewinnüberschüsse aus dem Ölhandel und der Euro-Dollarmarkt, d.h. die Gewinnüberschüsse des europäischen Kapitals, wurden als Kredite an die Entwicklungsländer vergeben, die diesen Markt aufgriffen, weil sie damit den IWF umgehen konnten. Die ausbleibende Kontrolle und die Profitgier, sowie die notwendige Verwertung der Profite durch die Imperialisten - (notwendig deshalb, weil Geld arbeiten muß, denn wenn ständig nur Gewinn angehäuft wird, verliert es an Wert und führt zu Inflation) - führten dazu, daß aufgrund der ungerechten Strukturen in der Weltwirtschaft immer mehr Kredite aufgenommen wurden. Die mit den Schulden bezahlten Projekte gaben aber zu wenig ab. Die Anhäufung dieser Schulden führte dann 1982 das erste Mal zur Zahlungsunfähigkeit und damit zur Schuldenkrise, doch dazu später mehr. Ab 1982 gewinnt der IWF durch sein Krisenmanagement wieder an großer Bedeutung. Er "managte" nämlich die Schuldenkrise, indem er Kredite zur Zahlung der Schulden vergab. Natürlich nach Art des IWF mit den entsprechenden Auflagen, die als Pläne und Programme bezeichnet wurden (Bakerplan usw.). Soviel zum IWF.

Die Weltbank wurde gleichzeitig mit dem IWF aufgebaut. Ihre ursprüngliche Aufgabe war es längerfristige Kredite für den Aufbau des kriegszerstörten Europa und die Entwicklung der "3. Welt" zur Verfügung zu stellen. Allerdings wurde Europa vor allem durch den Marshall-Plan aufgebaut, so daß die Weltbank sich auf die Finanzierung von Projekten in der "3. Welt" konzentrierte. Das Wesen der Kreditvergabe liegt darin, daß die Weltbank

nur für Projekte Geld vergibt. Ihre Kredite werden mit 20jährigen Abzahlungsfristen vergeben, davon sind 5 Jahre tilgungsfrei, d.h. es muß nicht bezahlt werden. Das klingt auf den ersten Blick alles ganz hübsch, aber die Mitgliedschaft in der Weltbank ist gebunden an die Mitgliedschaft im IWF und ihre Organisationsstruktur ist fast gleich wie die des IWF. Es gibt also Quotenregelung und ungerechte Stimmenverteilung usw. Die Projekte, die durch sie unterstützt und finanziert werden, sind meistens Infrastrukturprojekte, also für den Ausbau der imperialistischen Wirtschaftsordnung und die Integration der "3. Welt" in die kapitalistische Ordnung geeignet. Auch die Weltbank verbindet die Kreditvergabe mit Auflagen. Meist müssen Abkommen mit dem IWF abgeschlossen werden. Die Weltbank hat mehrere Tochterunternehmungen - (IFC, IDA, MIGA u.a. sind solche, in dem Teil zur Schuldenkrise und zum Krisenmanagement werde ich darauf noch eingehen) - die verschiedene Teilaufgaben haben.

Wichtige Daten in ihrer Geschichte sind die Jahre 1973 und 1980. 1973 wurde McNamara Präsident der Weltbank - (er war der ex-Verteidigungsminister der USA, besser bekannt als der Schlächter von Vietnam, ein absoluter Massenmörder). Er verkündete ein Programm zur Sicherung des Imperialismus durch die Befriedung der "3. Welt". Er ließ zur Bekämpfung der Armut vor allem Projekte im Landwirtschaftssektor unterstützen, was verheerende Folgen für die Preise von Erzeugnissen aus der "3. Welt" hatte, die nämlich in den Keller fielen und diese Länder in den Bankrott trieben. Ab 1980 wurde dieses Programm abgesetzt und an seine Stelle trat ein sogenanntes Strukturanpassungsprogramm. Im Endeffekt hatte dieses Programm zur Folge, daß multinationale Konzerne und das internationale Finanzkapital die Ökonomien im Trikont - (Trikont = drei Kontinente: Asien, Afrika, Amerika; übliche Bezeichnung für die "3. Welt" oder auch: Südhalbkugel) - übernahmen, womit sie die weitere Existenz dieser Ökonomien zwar sichern, aber nicht die Existenz der Menschen in diesen Ländern. Doch auch dazu mehr beim nächsten Mal.

Nachbemerkung: Lieber S., wie Du selber bemerkt hast kann man dieses Thema eigentlich einzeln kaum erklären, aber ich arbeite an den anderen Teilen noch und warte auf einige Hintergrundmaterialien. Ich weiß nicht, ob ich es verständlich erklärt habe. Wenn Du Fragen hast, mußt Du sie mir einfach schreiben. Schreib auch, ob es Dich weiter interessiert. Ich weiß, daß ich oft von den nächsten Teilen geschrieben habe, es ging nicht anders, außerdem hoffe ich dadurch schneller von Dir eine Antwort zu bekommen (nur Spaß). Noch einmal, laß es Dir gut gehen!

IWF, Weltbank und Schuldenkrise, Teil 2

Im letzten Teil habe ich oberflächlich die Strukturen der beiden Institutionen erklärt, ihre wahre Bedeutung wird aber erst deutlich, wenn man ihre praktische Funktion sieht und ihre Aufgaben innerhalb des imperialistischen Systems.

Nach dem zweiten imperialistischen Aufteilungskrieg ging das imperialistische System, allgemein geschwächt und des Einflusses in nunmehr einem Drittel der Welt beraubt, dazu über, ein klügeres System auszudenken. Im Rahmen der neuen Aufteilung der Welt unter den Monopolen und imperialistischen Staaten wurde der Neo-Kolonialismus anstelle des klassischen Kolonialismus eingeführt. Dies hatte viele Vorteile: so brauchten die Monopolverbände und die mit ihnen verflochtenen Staaten, eben die imperialistischen Staaten, für den zwangsläufig eintretenden Drang nach Neuaufteilung nicht mehr in direkte Konfrontationen miteinander treten. Sie lassen Stellvertreterkriege führen - (der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran ist ein solcher Stellvertreterkrieg. Er wurde von den imperialistischen Staaten initiiert, indem sie den Irak gegen den Iran vorgehen ließen, der nach dem Sturz des Schah aus ihrem System ausgeschert war, wegen seines eigenen Reichtums aber die Möglichkeit zum Überleben hatte). Um derartige Kriege führen zu können wurde in Jahrzehnten eine Abhängigkeit geschaffen, die mit der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung ihre ökonomische Basis hat. In diesem seit dem 2. Weltkrieg aufgebauten "neuen System" sind die beiden Institutionen IWF und Weltbank die organisatorischen Hüllen dieser imperialistischen Weltwirtschaftsordnung, dazu hatte ich beim letzten Mal einiges geschrieben. Die fünf Hauptmerkmale des Imperialismus nehmen in dieser Phase noch tiefergehende Ausmaße an. Die Zentralisierung des Kapitals führt gleichzeitig zur Konzentration der Produktion, woraus heute internationale Monopole entstehen. Auf dieser ökonomischen Basis entwickelt sich durch Verschmelzung von Bankmonopolen und Großindustrie das Finanzkapital. Der Kapitalexport dieser Phase nimmt noch größere Ausmaße an. Auch dafür ist das System des Neo-Kolonialismus eine geeignetere politische Struktur. Das in nur wenigen Händen angehäufte ungeheuere Geldkapital wird mittels des Kapitalexports in die übrige Welt übertragen und dort angelegt. So wird die Welt "durchkapitalisiert" und ein von den imperialistischen Monopolen beherrschter Markt geschaffen. Die dafür aufgebauten Monopolverbände, die sich früher als Kartelle oder Trusts organisierten, werden heute durch Strukturen wie die EG, OECD, GATT usw. ersetzt. Die Funktionen bleiben aber die gleichen. Durch diese Organisierung wird der eigentlich reiche Süden oder besser, die "3. Welt" ausgebeutet und in Abhängigkeit gehalten. Das beste Beispiel ist der Rohstoffimport. Die USA sind zu 50% von Rohstoffen aus der "3. Welt" abhängig, Westeuropa sogar bis zu 80 - 100 %. Mit Hilfe der Organisierung des Weltmarkts durch die Imperialisten aber werden die Länder, die die Rohstoffe liefern, abhängig gemacht und beherrscht. Dadurch ist auch der Kapitalexport leichter durchführbar. Und die aus den Rohstoffen hergestellten Fertigprodukte, meist hochentwickelte Technologie, werden dann den Ländern wieder verkauft.

Die Hauptform des heutigen Kapitalexports ist der Technologie-Transfer. Ob nun fertig produziert oder ob man Kredite vergibt und gleichzeitig bestimmt, was mit dem Geld beschafft werden muß, nämlich wiederum diese Technologie, alles findet im Zusammenhang mit der Anpassung des Weltmarktes an den imperialistischen Markt statt. Die ideologische Begründung dieser Ausbeutung ist die "Entwicklungshilfe", mit der die Länder der 3. Welt angeblich entwickelt werden sollen, was dann den Menschen zu Gute komme. Das

stimmt natürlich nicht, das beste Beispiel dafür ist die Türkei selbst, die zwar immer weiter entwickelt wird, wo aber gleichzeitig die Verelendung ständig zunimmt. In Wirklichkeit geht es darum, den Überschuß an Kapital, die Überproduktion wieder gewinnbringend anzulegen. Der Technologie-Transfer hat aber noch weitere verheerende Folgen, die ich aber hier nicht anschneiden werde, weil es ein eigenes riesiges Thema für sich wäre.

Wie gesagt findet ein Teil des Kapitalexports heute in Form von Kreditvergabe statt. Für die Technologie brauchen die Staaten der 3. Welt Geld, was ihnen gerne gegeben wird, entweder als kurz-, mittel- oder langfristige Kredite. Die Monopole haben es so geregelt, daß nur in "harten" Währungen Geschäfte gemacht werden, wobei immer der eigene Tauschwert geltend gemacht wird. Die Institutionen dafür sind IWF und Weltbank, die riesige Monopolverbände sind und die Möglichkeiten dazu haben. Sie bilden einen Block und können als solcher auch bestimmen. Bei einer gerechten Ordnung und gerechten Preisen, d.h. Preisen, die dem wirklichen Wert der Rohstoffe entsprechen, wären die Imperialisten der "3. Welt" soviel schuldig, daß sie es heute kaum zurückzahlen könnten. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.
Doch alles der Reihe nach. Erstmal muß man das Wesen der 4. allgemeinen Krisenphase des Kapitalismus erklären. Die Schuldenkrise ist ein Produkt dieser Phase. Aufgrund der Übersättigung gehen die Profitraten zruück, es gibt Überproduktion, womit auch die Gewinnerwartung zurück geht, was zu verändertem Investitionsverhalten führt. Die Wirtschaft stagniert, die Wachstumsraten gehen zurück (in der BRD ging es bis Ende 1984 sogar auf ein 0%-Wachstum zurück, in anderen Staaten gab es Minuswerte). Bisher konnte durch Kapazitätserweiterung, neue Produkte und neue Märkte und auch durch künstlich geschaffene Nachfrage ein Angebot gemacht werden, daß sich auch verkaufen ließ. Durch die Übersättigung bleibt man nun aber drauf sitzen. Deswegen hat man neue Formen geschaffen, um den Profit zu erhalten: durch Kostensenkung bei der Herstellung und Flexibilisierung. Das läuft so, indem ständig neue Technologien entwickelt werden, die die Stelle der Arbeiter einnehmen. Es wird rationalisiert, stark in den Ersatzteiledienst investiert, die Produktion wird ins billige Ausland verlagert und günstige Standorte werden genutzt um die Transportkosten zu senken. Damit erreicht man wieder Wirtschaftswachstum, aber - und das ist das besondere - dieses Mal werden immer mehr Werktätige arbeitslos, die sozialen Leistungen werden gestrichen und die bisherige Befriedung der Werktätigen in den kapitalistischen Staaten geht zurück. Auch hier gibt es zunehmend Verelendung, wenn auch in noch geringem Maße. Für die "3. Welt" gab es zwar ein Wachstumshoch, es kam zu weiterer Kapitalisierung, doch durch die veränderte Lage, durch das Fehlen jeglicher Hemmschwellen, die niedrigen Löhne, fehlende Sozialleistungen und fehlende Arbeiterrechte hatten die Massen nichts davon. Die Werktätigen, die was für sich rausholen wollten, wurden von blutigen faschistischen Regimen massiv unterdrückt. Das ist der Hintergrund für die faschistischen Putsche auf der ganzen Welt in den 70er Jahren. Doch im Wesen des Kapitalismus liegt die zyklische Krise, so auch hier. Der stärkere Übergang von realwirtschaftlicher Entwicklung der Monopole zur monetären, d.h. geldwirtschaftliche Ebene führte zu einer Aufblähung des internationalen Kreditsystems. Die Gewinne aus den Metropolen und der Überschuß aus dem Erdölverkauf wurden gewinnbringend in der 3. Welt angelegt, es kam zu einem Börsenboom. Doch all das konnte nur solange gut gehen, solange auch zurückgezahlt werden konnte. Seit 1982 ist die Schuldenkrise ausgebrochen, viele Länder können ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen. Die Schulden der "3. Welt" betragen derzeit 1,2 Billionen Dollar, mit steigender Tendenz.



Der Dolar hat den Tod für die Menschheit gebracht und tut es heute noch.

Wie kam es dazu?

Kurz zusammengefaßt kann man folgende Gründe nennen: Die Kredite werden zu Bedingungen abgegeben, die selbst diese Aktion noch zu einem Geschäft für die Imperialisten macht. Die fälligen Raten übersteigen den Gewinn, den man von dem Geschäft hat, das mit dem Kredit aufgebaut wurde. Denn neben den Staatsausgaben müssen die Raten und die Zinsen bezahlt werden. Die Zinspolitik ist als Wucherzins zu bezeichnen. Obwohl man zahlt und zahlt werden die Schulden immer mehr. Die Währungen werden ungerecht bewertet, die "harten" werden ständig aufgewertet während die einheimische Währung immer weiter abgewertet wird. Durch die Blockbildung der Imperialisten schaffen sie, daß die Preise niedrig gehalten werden. Dadurch bringen die Produkte, die erzeugt werden, nicht den Gewinn, den sie bringen sollen. Die Imperialisten bestimmen die Preise, indem sie gemeinsam einkaufen und die Konkurrenz ausnutzen, die auf dem Markt herrscht, die zumeist noch von ihnen selber geschaffen wird. Außerdem gibt es die sogenannten "Terms of Trade", die Handelsbedingungen, die von den Imperialisten einseitig bestimmt werden. Die wichtigsten Elemente der "Terms of Trade" sind 1. die Preispolitik; 2. der Tauschmodus; 3. die Liefermengen und 4. die Zahlungsfristen. So kommt es, daß die Trikontländer niemals ihre Schulden abzahlen und sich immer mehr verschulden. Das geht solange, bis sie zahlungsunfähig sind. Im Jahre 1982 erklärte Mexiko als erstes Land der Welt seine Zahlungsunfähigkeit, dem sich bis heute viele Länder angeschlossen. Diese Schuldenkriste trifft die Imperialisten eigentlich noch mehr als die Trikontländer, denn sie kriegen ihr Geld, d.h. ihren Profit nicht und ohne Profit gehen sie bald unter. Deswegen versuchen sie diese Krise zu überwinden. Aber selbst dieser Versuch wird noch genutzt, um Geschäfte und Profit zu machen und zwar auf Kosten der Ärmsten der Armen.
Hier sei nur erwähnt, daß es eigentlich fast unmöglich ist, diese Problematik so kurz zu vermitteln und deswegen meine Arbeit natürlich nur oberflächlich bleibt und noch voller Unklarheiten steckt...

Nur ein beständiger Kampf wird die Rechte der Frauen umsetzen

aus: Frau und Familie von Abdullah Öcalan (Teil III)

Bisher ist die Frauenfrage eine Phantasie-Diskussion geblieben. Es ist unmöglich, den herrschenden, klassischen Ansatz zu übersehen. Sogar die Bestimmung eines einzigen bestimmten Tages im Jahr ist ein Produkt dieser Phantasie. Wir glauben daran, daß stattdessen ein beständiger, dauerhafter Kampf um die Frauenrechte und deren Umsetzung geführt werden muß.



Kurdische Frauen: Selber lernen, selber bestimmen

Die Vereinten Nationen haben in der letzten Zeit einige Tage zu bestimmten Anlässen und Themen ernannt. So haben auch einige Jahre einen bestimmten Namen erhalten. Jedoch wurden genau die Jahre zum Jahr des Friedens erklärt, in denen die größten Kriege geführt wurden, oder die Jahre zum Jahr der Jugend ernannt, in denen die Probleme der Jugend am meisten verdrängt und verschleiert wurden. Oder diese Jahre werden nicht anders als die übrigen Jahre auch. Wenn jedoch diese Jahre einen besonderen Charakter besitzen sollen, so muß man die Aktualität des jeweiligen Mottos erkennen. Die Revolutionen, die gegen den Imperialismus entwickelt werden, sind die Kämpfe, die auf vielen Ebenen gleichgeführt werden. So, wie die militärischen Kriege, die Friedensinitiativen, kulturellen Kämpfe, die alle Ausdruck einer politischen Ansammlung sind, ein wichtiger Teil des grobalen Kampfes sind.

Wenn wir den Kampf nicht auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen zwei Armeen beschränken wollen, so ist die geistige Auseinandersetzung eine der größten Herausforderungen der menschlichen Gesellschaft und insbesondere der Kampf innerhalb der Familie nicht zu unterschätzen. Wenn man davon ausgeht, daß die Ausgrenzung der Frau aus jeglichen gesellschaftlichen Institutionen und ihre Entmündigung keine göttliche Verfügung ist, so muß kompromißlos zugegeben werden, daß hier ein gesellschaftlicher Kampf geführt wird. Da in diesem Kampf der Mann der stärkere ist, setzt er die Maßstäbe, die Regeln und die Formen des Kampfes fest. Wenn man genau hinschaut, so herrscht im Verständnis der Frauen weitgehend die Meinung, daß der Mann derjenige ist, der spielt und die Frau diejenige, die im Kampf gehalten wird, die kontrolliert werden muß, die ungeschickt ist und als das willenlose Geschlecht gilt. Der Mann stützt sich auf seine jahrhunderte alte Herrschaft die Traditionen, auf seine Ideen von Herrschaft, auf die Justiz und die Gesetze. So wird der unfairste Kampf in der Geschichte der Menschheit seit Jahrhunderten ausgetragen. Ohne zu betonen, daß hier eine überwältigende Revolution durchführt werden muß, sollte auch darauf hingewiesen werden, daß diese Frage nicht oberflächlich aufgegriffen werden darf.

Es ist offensichtlich, daß der Mann seine vorhandenen Eigenschaften nicht von Geburt an besitzt. Ebenso gilt dies für die Frau. Diesen Zustand muß man als ein Erbe der Traditionen der Klassen betrachten. Die Eigenschaften werden sowohl der Frau als auch dem Mann von den großen Autoritäten, von den Religionen und Kulturen aufgezwungen. Also muß die historische Entwicklung mit einem Ansatz genauer analysiert werden, in dem die Beziehungen zwischen dem System und der sich in Auflösung befindlichen Struktur der Familie aufgegriffen werden.

Zuvor haben wir die Frage gestellt, welche Rolle die übertriebene Männlichkeit des Mannes und die übertriebene Weiblichkeit der Frau in Krieg und Frieden, in der Entwicklung der alltäglichen Beziehungen spielt. Wenn wir diese Frage aus der Sicht unserer eigenen Realität aufgreifen, sehen wir, daß es zwischen den Individuen keine intakten Beziehungen gibt.

Sehr viele Menschen befinden sich gerade in der zwischenmenschlichen Beziehung in einer Krise. Die Entfremdung der Persönlichkeit ist äußerst weit vorangeschritten. Aus dem maßlosen Aufstieg des Mannes sind entfremdete Beziehungen entstanden. Die zwischenmenschliche Krise resultiert aus diesem sozialen Mißstand. Manche Beziehungsformen werden zwar beansprucht, aber nicht umgesetzt, denn die Individuen sind in den jahrjunderte alten Beziehungen aneinandergebunden. Hier spielen das Verständnis von Moral aus Jahrtausenden, die Traditionen, die Generationen hindurch geformte Männlichkeit und Weiblichkeit eine Rolle. Diese vollkommen entfremdeten Wesen verfallen in Krisen und Aggressionen, werden sogar zu Mördern. Dieses Phänomen ist besonders in unserem Land weit verbreitet. Beispielsweise führen Beziehungen, die in Europa als selbstverständlich angesehen werden, in unserem Land mit größter Sicherheit zum Tod.

Wo liegt die Wahrheit?

In der Geschichte war der Mann immer der Beschützer, der Barmherzige, die Frau dagegen war die Bettlerin, sie war an den Mann gebunden, aber trotz dieser Abhängigkeit dennoch immer eine listige Persönlichkeit. Auf dieser Ebene entwickelte sich Abhängigkeit und aneinander gebunden sein. Die Annährungen zwischen Mann und Frau waren argwöhnisch und voller Mißtrauen. Beide Seiten hatten die Angst, betrogen zu werden. Für etwas, was als Ehre bezeichnet wurde, etwas, wofür man alles aufs Spiel setzte gab es da allerdings. Trotzdem ging es um Spiel, um List. Sowohl der Mann als auch die Frau fühlten sich in der Beziehung nicht wohl. Ob verheiratet oder ledig ist dieses Unwohlsein eine Krise für sich. Diese Krise ist in der Geschichte verankert, Generaltionen haben sie erlebt und auf uns übertagen.

Da wir als Revolutionäre bei uns den Willen noch stärker hervorheben, gibt es sowas bei uns sehr begrenzt. Aber dennoch gibt es Intrigen, List, Unaufrichtigkeit, die Ablehnung von Auseinandersetznugen in einem ernst zu nehmenden Umfang. Würden wir die Väter fragen, so stießen wir wohl nur auf Unverständnis. Denn sie befinden sich in alten, eingefahrenen Strukturen. Engels hat diesen gegenseitigen Betrug mit der Bezeichnung "Abtrünnigkeit" sehr gut analysiert. Wir werden uns hier damit begnügen, darauf rückzuverweisen. In der Familie, in der Gesellschaft und in der Politik können wir beobachten, daß ein äußerst scharfer Kampf ausgetragen wird. Bei diesen ganzen Demonstrationen von Gebundenheit und Liebe, in Ehen und Trennungen, sind die Spuren dieses Kampfes unübersehbar.

Statt diesen Bereich und die Beziehungen zu tabuisieren und als unantastbar darzustellen, sollte man genau analysieren, was die beiden Geschlechter sich gegenseitig gewaltsam entrissen haben und was für einen Kampf sie führen. Die Religionen und die herrschenden politischen Systeme haben es ganz anders dargestellt. So wurde die Frau ihrer Ansicht nach in Schutz genommen, die Bourgeoisie gewährte der Frau Rechte in ihren eigenen Grenzen. Hier ist das Verhalten der Frau auch offensichtlich. Beispielsweise betrachtet eine kleinbürgerliche Frau in der Türkei ihr Haus, ein paar Gegenstände, eine feste Arbeit, als den größten Segen. Ihre gesamten Wünsche werden damit scheinbar erfüllt. Aber die Krise, die nach einigen Jahren alles auf den Kopf stellt, wird unausweichlich sein.

All das zeigt, daß die historische Entwicklung nicht das ist, was mit den Begriffen "Abhängigkeit und Ehre" zum Ausdruck gebracht wird. Auf diesem Gebiet wird es jederzeit zu Auseinandersetzungen und Kämpfen kommen. Folgendes darf nicht übersehen werden: Der Zustand, in den die Frauen seit Jahrhunderten gedrängt werden, hat eine eigenartige, und interessante Kampfweise hervorgebracht. Dieser Kampf entwickelte sich in seiner weiblichsten Form. Es entwickelte sich eine Frau, die dem Mann, der vor dem Hintergrund dieser Geschichte entstanden war, nicht widersprach. So antwortete die ständig unterdrückte Frau, deren geschlechtsspezifische Fähigkeiten mit Unmengen von Sprichwörtern diskrediert wurden, auf die grenzenlose vom Mann zur Schau getragene Überheblichkeit mit einer Willkür: Die List der Frau besiegt den Mann. (So lautet ein türkisches Sprichwort). Das hat den Herrschaftsbereich des Mannes tatsächlich berührt. Die List der Frauen trieb die Herrschaft des Mannes in eine Sackgasse. Je mehr die Frau gesunken ist, desto mehr sank auch der Mann. In diesem Sinne ist die Frauenfrage gleichzeitig auch eine Männerfrage. Der Grad der Erniedrigung der Frau ist auch eine der Hauptursachen für das klägliche Scheitern des Mannes. Der Männlichkeitswahn ist zu einer Last auch für den Mann selbst geworden. An einigen Punkten geht das schon sehr weit. Die Krise des Mannes diesbezüglich ist nicht zu unterschätzen. Es kommt sogar vor, daß Männer sich von der Frau, die sie als Teufel bezeichnen, schleunigst entfernen und das Leben allein vorziehen. Der Status von Päpsten und Derwischen in den Religionen wird sich auch so entwickelt haben. Die Literatur über die sündige Frau führte zu der Denkweise: Fliehe vor den Sünderinnen. Der Frau wurde nicht einmal die Hand gereicht, es wurde sowohl ideell als auch materiell ein dicker Vorhang zwischen Frauen und Männern gezogen, das sind Produkte dieser Denkweise. Aber trotz solcher Umgangsweisen wird das Problem in vollem Umfang erlebt. Die Existenz dieses Problems künstlich zu verschleiern, kleinkarierte Lösungen also nach reformistischen Ansätzen zu suchen ist die grundlegende Methode in Europa, ja, selbst in den sozialistischen Ländern. Es wird ein Weg der Befreiung gegangen, der sich nicht an den tiefgreifenden Kampfmethoden orientiert. Natürlich wird gesagt, daß man dagegen eine Aktionsbewegung entwickeln sollte. Reformen können bei der Lösung dieses Problemes zwar teilweise eine Rolle spielen, aber sie können keine grundsätzliche und endgültige Unwälzung herbeiführen. Dafür sind Revolutionen erforderlich. Wenn auch diese Reformen ansich nicht für eine Revolution ausreichend sind, so sind Reformen, die uns dem Prozeß einer allgemeinen Revolution näherbringen, von großem Wert. .... Eine Revolution auf dieser Ebene ist nicht so zu entwickeln, wie der Kampf zwischen zwei Klassen. Diese Revolution wird im Denken, in den Institutionen, in den Traditionen und insbesondere in den Familien stattfinden müssen. ... es wird eine Auseinandersetzung um die alltäglichen Beziehungen werden, es wird ein Kampf in der einfachen, alltäglichen Praxis sein. Die Frauen werden also nicht alle ihre Kräfte auf diesen Punkt konzentrieren um gegen Armeen zu kämpfen, die nur aus Männern bestehen. Weder gibt es solche Armeen, noch kann die Kampfmethode Gleichberechtigung und Freiheit sein. Ebenso wie man von einem solchen groben Revolutionsbegriff entfernt ist, muß man auch gegen die Aufrechterhaltung der Männerherrschaft in allen Instanzen der Organisierung sein. In diesem Zusammenhang geht es um ein spezifisches Programm, um Organisierung und Kampf. Nichts läuft von alleine. Die Schwäche der Beziehungen auf diesem Gebiet und die Unmöglichkeit dieses Problem durch traditionelle Ansätze zu lösen, sitzen sehr tief. Verleugnung oder reformistische Methoden sind auch keine Lösung. Gleichzeitig sind es aber gerade diese Wege, die Frauen und Männer in der Regel einschlagen. Die Betonung der gegenseitigen Abhängigkeit, die wirtschaftliche Sicherheit und traditionelle Bindung ist genau der Weg, der die Ausweglosigkeit in dieser Frage weiter vertieft, der aber aus Bequemlichkeitsgründen bevorzugt wird. Genauer gesagt besteht man sogar auf diese Art von Lösung.

Es ist jedoch ein grundlegender Kampf um das Verständnis notwendig. Solange die Männer nicht gegen ihren Männlichkeitswahn und die Frauen gegen die ihnen aufgezwungene Form von Weiblichkeit kämpfen und ein Gleichgewicht finden, wird man zu keiner Lösung gelangen. Das ist die Revolution. Revolution bedeutet, sich von dieser Gesellschaft, die aus dem starken Einfluß des Mannes und dem stark weiblich geprägten Leben der Frau entstanden ist, zu lösen und ein Gleichgewicht der Produktionsverhältnisse zu schaffen; im kulturellen, sozialen und politischen Leben kollektive Verhältnisse herzustellen. Solange ein solcher Ansatz nicht verwirklicht wird, ist es nicht möglich, insbesondere für die Probleme der Frau, und allgemein für die Probleme der gesamten Gesellschaft eine Lösungsalternative zu bieten. Diese Probleme mit reformistischen Methoden lösen zu wollen, wäre so, als würde die Theorie der Gewalt in den kolonialisierten Ländern verteufelt werden. Genauso wie die Reformisten behaupten, daß die Gewalt im Kampf gegen den Kolonialismus nur zur Katastrophe führen wird, versuchen sie dieses Problem mit viel Gerede und Propaganda zu lösen. Das aber wird nur dem endlosen Verfall und der Entfremdung den Weg bereiten.

Skudas Xelpesi Cumaleroba! Es lebe die Freundschaft der Völker!

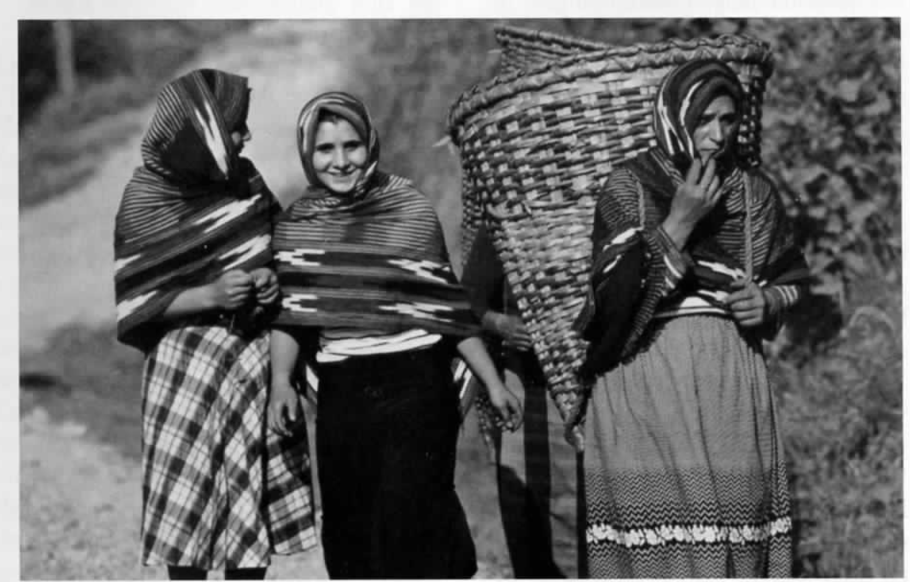
Ein Bericht über das Volk der Lasen, das auf dem Weg ist, das jahrelange Schweigen zu brechen

–Die Zukunft gehört den Völkern, die in der Türkei leben

In den letzten 10 Jahren wurden wichtige Entwicklungen in der Welt und der Türkei beobachtet. Trotz Unterdrückung ging der Kampf der Arbeiter weiter. Wiederum setzte sich die nationale Bewegung für Freiheit und Demokratie fort und erreichte neue Dimensionen. Die soziale Entwicklung, vor allem die Entwicklung der Nationalbewegung beeinflußte auch die Minderheiten in der Türkei. Die türkischen Linken können nur dann dem Volk der Lasen näher kommen, wenn der türk. Chauvinismus wirklich besiegt, das gleiche Recht für alle in der Türkei lebenden Völker überall und in jedem Bereich ins Bewußtsein gerufen wird, über die sich entwickelnden Forderungen der Lasen diskutiert und ihnen die Möglichkeit gegeben wird in verschiedenen revolutionären Zeitschriften in ihrer Muttersprache lasisch zu schreiben. Erst dann kann von der lasischen Brüderlichkeit gesprochen werden.

Die Kurden, Lasen, Tscherkesen und die Armenier,.... Sie sind in Anatolien lebende, aus der Türkei stammende Völker, die vor allem nach der Gründung der Republik als Türken angesehen und nicht anerkannt wurden. Ihre Sprache sollte aus den Gedächtnissen gestrichen und ihre Geschichte in den Hintergrund gedrängt werden. Nachdem der Kampf der Kurden für Freiheit und Demokratie neue große Ausmaße annahm und nennenswerte Fortschritte erzielte, schaffte dies eine Grundlage für die Identität, die Geschichte und die Muttersprache anderer in der TR lebenden Völker. Sie fingen an, Anspruch auf ihre kulturellen Rechte geltend zu machen. Durch diese Entwicklungen erlangten diese Völker nach und nach ihr nationales Bewußtsein und schlossen sich dem Zug in die Freiheit an. Mit dieser Entscheidung pflanzten sie die Wurzeln für ein Leben in Freiheit. Wir glauben an die Brüderlichkeit aller Völker und wollen, daß das lasische Volk seine eigene Sprache benutzen kann. Ihre Kinder sollen ihre eigene Geschichte lernen und sie sollen ohne jegliche Assimilation das Recht haben in Frieden zu leben. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir einen Artikel von BEDIA LEBA:

In einem kurzen in der Märzausgabe der Zeitschrift "Revolution" veröffentlichten Artikel wird berichtet, daß eine kleine Gruppe von Lasen Parolen wie "Schluß mit dem Massaker", "Meeting für Brüderlichkeit der Völker" ausgerufen haben sollen. Wenn sie wüßten, wie wir Lasen uns über die beiden Sätze gefreut haben: "Skudas Xelpesi Cumaleroba", "Es Lebe die Freundschaft der Völker". Was für eine Freude es für uns ist, die Brüderlichkeitsparolen auch in unserer Muttersprache lesen und hören zu dürfen. Die türkischen Linken müssen sich mit den demokratischen Forderungen der Lasen auseinandersetzen, damit diese Brüderlichkeitsparolen unter dem lasischen Volk ein Echo finden. Die lasische Brüderlichkeit wird dann ihren eigentlichen Sinn bekommen, wenn das Thema "Lasen" zur Diskussion gestellt wird, der türkische Chauvinismus wirklich besiegt und über unsere demokratischen Forderungen nachgedacht wird. Wenn uns die Möglichkeit gegeben wird, in verschiedenen fortschrittlichen Zeitschriften in unserer Muttersprache zu schreiben. In den letzten zehn Jahren erlebte man auf der ganzen Welt und in der Türkei wichtige soziale Entwicklungen.



Lasische Bäuerinnen schleppen volle Teekörbe zum Lagerplatz

Einerseits erlebte man den Zerfall der sozialistischen Länder, andererseits setzte sich mit den neuen Unruhen und der neuen Struktur der Kampf der unterdrückten Völker gegen Massaker und Ausbeutung fort. In dieser Hinsicht wurden in der TR wichtige politische und soziale Entwicklungen erzielt. Der Kampf der Arbeiterklasse ging trotz der sich fortsetzenden Unterdrückungen weiter. Trotz der schlechten Bedingungen kam der natio-

nale Befreiungskampf der Kurden voran und erreichte neue Dimensionen. Die sozialen Entwicklungen, vor allem die Entwicklung des kurdischen nationalen Befreiungskampfes beeinflußte auch die in der TR lebenden Minderheiten. Sowohl der Klassenkampf, als auch der kurdische Befreiungskampf brachte Bewegung, ein Erwachen für die türkischen Völker mit sich.

Die Lasen stellen eine von diesen in der TR lebenden nationalen Minderheiten dar. Besonders in den letzten 10 Jahren hat das Interesse für die lasische Sprache, für die Geschichte der Lasen und ihre Kultur zugenommen. In Richtung demokratischer Forderungen der Lasen beobachtet man heute bestimmte Aktivitäten und - wenn auch nur örtlich - gab es gesellschaftliche Versammlungen. Das seit Jahrzehnten andauernde Schweigen, die Angst etwas zu verlieren und die Angst, daß unsere Muttersprache in Vergessenheit geraten wird, waren die wichtigsten Faktoren für die Auseinandersetzung. Gegen die jahrzehnte andauernde Assimilationspolitik konnte die vorherige Generation ihrer Stimme kein Gehör verschaffen. Aber die junge Generation geht mit einem anderen Bewußtsein und einer neuen Sichtweise auf die Sache zu. Mit großen Hoffnungen blicken wir in die Zukunft.

So sehr man auch über die Existenz der Lasen in der TR spricht, es gibt über sie und ihre Sprache keine genaueren Kenntnisse. Die vorhandenen Kenntnisse bestehen zum größten Teil aus Vorurteilen, oder sie sind falsch bzw. unzureichend. Zum Beispiel der Gedanke, die Lasen würden aus Karadeniz stammen, ist sehr verbreitet. Ein Artikel aus der Zeitung "Demokrat Türkiye" Nr. 4, 1992 über Lasen: "Wenn wir in der Türkei von Lasen sprechen, denken wir zunächst nur an die im Gesamtgebiet Karadeniz lebende Bevölkerung. Andere gehen davon aus, daß die Bevölkerung, die in anderen Gebieten der TR wie in Ordu, Giresun und Trabson, sogar die in Samsun und Zonguldak lebt, auch Lasen sind." Dabei leben die Lasen am östlichen Karadeniz (Schwarzen Meer), in einem Gebiet von Medyat bis Sarp und in Westanatolien in Düzce, Sakcirya und bei Izmit. Aber auch in den Metropolen der TR leben viele Lasen (siehe Lazuri- Alphabet, Vorwort, 1984). Die Lasen sind ein aus dem Südkaukasus stammendes Volk. Während der osmanischen Herrschaft gab man dem Siedlungsgebiet der Lasen am östlichen Karadeniz an der Ost-Küste Schwarzen Meers. Den Namen "LASISTAN", der auch später von der Bevölkerung benutzt wurde. In den Anfangsjahren der Gründung der TR wurde sogar aus dem Gebiet Lasistan ein Vertreter der Lasen nach Ankara geschickt. Auch die Behauptung, unsere lasische Muttersprache sei ein Dialekt der türkischen Sprache, ist sehr verbreitet. Dabei ist lasisch unbestritten eine eigene Sprache. Sie bildet zusammen mit Mengrelce, Gürcüce die Sprachgruppen der in Süd-Kaukasien lebenden Völker. Einige Sprachforscher gehen davon aus, daß die Sprachen Mengrelce und Lasisch derselben Sprachgruppe angehören. Meiner Meinung nach wurden diese beiden Sprachen während der Geschichte getrennt und entwickelten sich dann zu zwei verschiedenen Sprachen. Die Mengrellen leben heute in der Georgischen Republik. Sie sind etwa soviel wie die Lasen in der TR. Dieses den Lasen sehr nah stehende Volk nahm den Islam nicht an. Während der geschichtlichen Entwicklung entfernten sie sich zunehmend von den Lasen. Schreiben in ihrer Muttersprache stellte nie ein Problem für die Lasen dar. Bis 1950 wurde in den Schulen die lasische Muttersprache erteilt und sie hatten ihre eigene Zeitungen. Sogar heute wird die lasische Sprache an der Tiflis-Universität unterrichtet. 1929 wurde in Sochum die lasische Zeitung "Mcita Murunzki" (Roter Stern) herausgegeben. Diese Zeitung forderte die Lasen auf, den Sozialismus aufzubauen.

Obwohl man keine schriftlichen Daten benutzt, geht man davon aus, daß während der osmanischen Herrschaft die lasische Sprache mit arabischen Buchstaben geschrieben worden ist. Dies stellte man anhand von Belegen im Grundbuch und bei Eintragungen ins Melderegister fest. Mit dem lateinischen Alphabet der türkischen Sprache gingen viele Sprachen, darunter auch die lasische Sprache, verloren. Lasisch durfte nicht geschrieben werden. Es entstand aber trotz der negativen, Voraussetzungen, vor allem weil die lasische Sprache einer völligen Vernichtung ausgesetzt war, ein großes Interesse bei der Bevölkerung. Wenn auch verspätet, wurde 1984 das "Lazuri- Alphabet" herausgegeben. Mit diesem Alphabet begann eine neue Periode in der Geschichte unseres Volkes. So erlangten die in der TR lebenden Lasen wieder ihre schriftliche Muttersprache. Der politische Bau in der Türkei verbietet den Minderheiten, sich zu ihrer Identität zu bekennen. Die seit der Geschichte der türkischen Republik systematisch ausgerichtete Staatsideologie behauptet, daß alle in der TR lebenden Völker Türken sind und solche Gedanken sollen dem Volk eingetrichtert werden.

Während der ganzen Geschichte der türkischen Republik wurde ständig der türkische Nationalismus unterrichtet, der durch den Staat selbst weiterverbreitet wurde. Mit der entwickelten "Sonnen-Sprachtheorie" bestanden sie auf ihrer Behauptung, alle Sprachen würden von der türkischen Sprache abstammen. Man verteidigte sogar solche unmöglichen Behauptungen und die türkischen Universitäten verbreiteten diese idoelogische Einstellung im Namen der Wissenschaft. (siehe Türkisch Dil Tarih Tezi, Ismail Besikci). Jahrelang wurde eine Assimilation gegen das kurdische Volk und die Minderheiten angewandt. Obwohl es nicht an die Öffentlichkeit gebracht wurde, fühlten sich die Lasen von dieser systematischen Assimilationspolitik sehr betroffen. Während der osmanischen Zeit galt Lasistan als autonomes Gebiet. Diese Region wurde auf die Städte Rize und Artvin verteilt, womit man bezweckte eine Zerstückelung der geographischen Einheit bezweckte. Mit einem Gesetz, das 1950 in Kraft trat, wurden die lasischen Regionsnamen türkisiert. Unsere lasische Sprache wurde, weil türkisch als Einheitssprache festgesetzt wurde im Erziehungs- und Sozialen Bereich außer Acht gelassen. Bei den Staatsbehörden und in den Schulen wurde die lasische Sprache verboten. Dieses Verbot existiert heute immer noch.

Das Verfassungsgesetz von 1982 brachte das Publikationsverbot aller Sprachen außer türkisch mit sich, bei dem die Assimilationspolitik des Staates noch verstärkt wurde.

"Das Gesetz über das Publikatonsrecht anderer Sprachen als der türkischen Sprache"

Gesetz Nr.: 2932
Anerkennungdatum: 19.10.83
offizielle Zeitung

Artikel Nr.1 : Dieses Gesetz ordnet die Grundlage und die Prinzipien über die Unteilbarkeit und Einheit des Staates und des Volkes. Sowie das Verbot der Meinungsfreiheit, um die öffentliche Ordnung zu schützen.

Artikel Nr.2: Es ist verboten, außer bei von der Türkei anerkannten Staaten in deren offiziellen Sprachen durch eine andere Sprache seine Meinung zu äußern bzw. zu verbreiten.

Artikel Nr.3: Alle in der Türkei lebenden Völker haben die türkische Sprache.

a) Aktivitäten die bezwecken, andere Sprachen für den Gebrauch und zur Verbreitung zur Muttersprache zu machen, sind verboten.

b) An Veranstaltungen und Demonstrationen darf ohne Erlaubnis des administrativen Vorgesetzten nicht teilgenommen werden.

Es ist verboten, Plakate, Parolen, Schilder bzw. ähnliches zu tragen, die in einer anderen Sprache außer türkisch geschrieben sind. Verbot der Sendungen in anderer Sprache in denen Kasetten bzw. andere Ausdrucksmittel verwendet werden (offizielle Zeitung Nr. 18199, Seite: 27, 22.10.83) Wer sich an dieses Gesetz nicht hält, dem drohen 6 Monate bis 2 Jahre Haft.

Wie kann in einem Staat von der Demokratie die Rede sein, in dem 1/3 der Gesamtbevölkerung nicht die türkische Sprache spricht , aber türkisch als Muttersprache durch Gesetzen bestimmt wird.



Lasische Tänzer in Kayseri

Zum ersten Mal spricht ein Geschichtsforscher, namens Pilinus in seinem Buch "Naturalis Historia" von den Lasen. Die Lasen gründeten im 2. Jahrhundert nach Christus unter der Führung vom Kaiser Malasos ihr erstes Kaiserreich . Dieses Kaiserreich, dem der Name "Lasika" gegeben wurde soll sich in der Nähe des heutigen Gebiets Sochum (am Schwarzen Meer) befunden haben. Im 6. Jahrhundert n. Chr. nehmen die Lasen den Katholischen Glauben an, vereinigten sich mit den Byzantinern und bekamen die Aufgabe, die westlichen Übergangstellen in Kaukasien gegen die Wanderung aus dem Norden zu schützen. Später, als die Byzantiner den gesamten Handel in ihrer Hand hielten, herrschte unter den Lasen Unzufriedenheit. Im Jahre, 458 hat der lasische Kaiser Gobazes, den persischen Kaiser Yezidigirt II um Unterstützung gebeten. Zwischen 539 und 652 wurde Lasika Schauplatz der jahrelang andauernden Kriege (Prokop) zwischen den Byzantinern und den Persern. Jedoch blieb Lasika wieder den Lasen. Das Lasika-Reich setzte seine Macht von 458-1204 bis zur Gründung des oströmischen Reichs fort. Mit der Gründung des oströmischen Reichs (Byzantiner) im Jahre 1204 durch Aleksios Komenne I wird das Gebiet der Lasen erobert. Jedoch gelten die Lasen unter dieser Herrschaft als ein wichtiges Volk. Mit der Hilfe der Lasen besiegte die Prinzessin Anakhulu im Jahre 1314 den Thron. Nach der Eroberung von Trabzon im Jahre 1461 durch Fatih Sultan Mehmet geriet Lasistan in die Hände der Osmanen. Während dieser Periode verbreitet sich der Islam unter den Lasen. Sie nehmen die Schafii-Konfession an. (Schafii ist die Lehre einer der 4 orthodoxen Rechtschulen im sunnitischen Islam). Der Osman Pascha, Gouverneur von Trabzon, sucht im 19.Jahrhundert die Aktivitäten der lasischen Großgrundbesitzer (Feudalherren) aus dem Weg zu räumen, was ihm aber nicht gelingt. Wie wir aus dem oben erwähnten ersehen können, wird die Existenz unseres lasischen Volkes sowie unsere Muttersprache ständig geleugnet. Man begegnet nirgendwo in Geschichtsbüchern der lasischen Geschichte. Noch bis heute wird sogar das Bewußtsein der Lasen "ein Volk zu sein", behindert. In der Kurdenfrage wurden die türkischen Linken erst durch die vielen erzielten Entwicklungen auf die Lage der Kurden aufmerksam. Und erst dadurch wurden neue Gedanken in die Wege geleitet. Wir hoffen, daß solche Entwicklungsperioden auch bei unserem lasischen Volk auf die Tagesordnung gebracht werden. Auf jeden Fall sind wir voller Hoffnung.

Die Zukunft gehört den in der Türkei lebenden Völkern!

Skudas Lasuri Nena!

Das lasische Volk und seine Sprache wird leben!

Türkiyesi Xelpeke dadocuma orenan!

Die Völker in der Türkei sind Geschwister!

Einige Quellen: 1) Die Lasen, eine südkaukasische Minderheit in der TR. Die Zeitschrift PROGROM Nr. 129, 1987 2) Rosen, Über die Sprache der Lasen. Philologische Historische Abhandlung der königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1843 3) Ismail Besikci. Thesen zur türkischen Geschichte. Denge Komal Verlag, 1986 /Stockholm. 4) Fahri Lazoglu, das lasische Alphabet, 1984, BRD. 5) Die Historie und Ethnographie von Lasistan. M. Vanilisi, A. Tandilava, Übersetzer Hazri Hazrioglu. 6) PROKOP: Die Perserkriege. Ernst Heimeran Verlag, München , 1970.

VERSCHWUNDEN - Naim Demircioglu (Assyrer)

Türkisches Nationalparlament
Ankara,

Die elementaren demokratischen Rechte des assyrischen (aramäisch-syrischen) Volkes in der Türkei werden seit der Gründung der Republik Türkei mißachtet. Den Assyrern in der Türkei ist es verboten, in ihrer Sprache (aramäisch/neusyrisch) zu schreiben und zu lernen sowie ihre Kultur zu leben und zu entwickeln (z. B. ist die Namensgebung für Neugeborene stark reglementiert). Allein das Kultur- und Sprachverbot zeigt schon das barbarische Vorgehen der türkischen Regierung gegenüber den Assyrern. Natürlich sind nicht nur die in der Türkei lebenden Assyrer, sondern auch andere dort lebende Völker und Volksminderheiten vom brutalen Vorgehen der türkischen Regierung betroffen. Es ist bekannt, daß die systematische Vernichtung und Vertreibung der Assyrer noch heute fortgeführt wird.
Ende Oktober 1992 ist Naim Demircioglu von der türkischen Regierung verhaftet worden, man weiß bis heute nichts von ihm. Möglicherweise ist er von der türkischen Polizei ermordet worden. Wenn er überhaupt noch am Leben ist, dann steht er wahrscheinlich unter Folter! Naim Demircioglu ist aus Tur Abdin (im Südosten der Türkei, nördlich der Grenzen zu Syrien und zum Irak). Seine Schuld ist, in der Türkei für Frieden, Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen.
Tagtäglich werden dutzende von Menschen entweder vom türkischen Militär oder von Personen, die von der türkischen Regierung bewaffnet werden (sog. Dorfwächter in Kurdistan) umgebracht.
Jeder einzelne, sowie jede Institution kann zu verhindern versuchen, daß Naim Demircioglu zu diesen Menschen auf der Todesliste gehört, indem Protestschreiben aufgesetzt und an die türkischen Behörden geschickt werden.

Die systematische Unterdrückung der Assyrer in der Türkei

Die Nation der Assyrer, die gegenwärtig in den Nahoststaaten Iran, Irak, Syrien, Türkei sowie in westlichen Ländern lebt, führt ihre Existenz auf die altorientalischen Völkerschaftsstaaten Iran, Irak, Syrien, Türkei sowie in westlichen Ländern lebt, führt ihre Existenz auf die altorientalischen Völkerschaften der Assyrer, Chaldäer und Armäer zurück, die seit Jahrtausenden in Syrien und Mesopotamien ansässig waren. Eine Minderheit überstand den Verschmelzungsprozeß der Jahrtausende und bildete bis zum ersten Weltkrieg eine Sprach- und Religionsgemeinschaft in einem geographisch homogenen Siedlungsgebiet (Obermesopotamien). Die heutige Sprache der Assyrer ist Aramäisch, eine zur semitischen Sprachfamilie gehörende Kultursprache, die schon im Altertum als lingua fanca in Mesopotamien und Syrien verbreitet war. Die Assyrer bekennen sich zum Christentum der Syrischen Kirche (syrisch- orthodox, nestorianisch, assyrisch, chaldäisch, syrisch- katholisch). Der erste Weltkrieg brachte für christliche Minderheiten des Osmanischen Reiches die Katastrophen der Vertreibung und des Völkermordes. Die Assyrer verlieren etwa 750000 Menschen, also 50% ihrer Gesamtbevölkerung, wurden bis auf spärliche Volksrechte aus ihren Jahrtausende alten Siedlungsgebieten vertrieben und vegetierten jahrelang in Lagern unter Aufsicht des Völkerbundes. Bei der Neuordnung und Schaffung von jungen Nationalstaaten (wie Irak. Syrien und die moderne Türkei) wurde das Verlangen der Assyrer nach Selbstbestimmung und Autonomie nicht berücksichtigt, nicht einmal die Rückkehr in ihre alten Wohngebiete konnten sie trotz internationaler Versprechen erreichen. Mit dem Vertrag von Lausanne (1923) und der endgültigen Grenzziehung, der sogenannten Mossulfrage (1985). Bei der die Assyrer eine Rolle spielten, wurde ihr Schicksal, als rechtlose Minderheit verstreut in den neuen Staaten des Nahen Ostens existieren zu müssen, besiegelt. Waren sie bis dahin ein Spielball der imperialen Interessen Englands, Frankreichs und Rußlands, so mußten sie seit der Unabhängigkeit der neu gegründeten Staaten in denen sie lebten, als rechtlose Minderheit mit dem Status einer religiösen Minderheit vorlieb nehmen und auch dieser wird ihnen z. B. in der Türkei verweigert. Die chauvinistische Nationalpolitik des Iraks, Syrien und der Türkei verbieten die Volksbezeichnung Assyrer und versuchen mit brutalen Mitteln eine Arabisierung bzw. Türkisierung durchzuführen. Sprach- und Schulverbot, restriktive Maßnahmen zur Lahmlegung des Gemeindelebens, Verfolgung und Diskriminierung politisch aktiver Personen werden insbesondere in der Türkei systematisch verwirklicht. Die politischen Ereignisse der letzten beiden Jahrzehnte in der Region des Nahen und Mittleren Ostens wirkten sich auf die Lage der Assyrer dermaßen katastrophal aus, daß eine Fluchtbewegung einsetzte. Der Exoduscharakter angenommen hat. Die Auswirkungen der Zypernkrisen, iranischen Revolution und der Re- Islamisierungswelle im gesamten Nahen Osten bilden den Hintergrund zu politischer und religiöser Verfolgung der Assyrer. Die Folge davon war eine Massenemigration und Flucht nach Europa. So haben seit dem Ende der sechziger Jahre 57000 der Assyrer die Türkei verlassen, weil sie dort ihrer Existenz beraubt wurden. Seit 1980 sind in der Türkei mehr als eine viertel Million Menschen aus politischen, religiösen und ethnischen Gründen in Haft genommen und werden grausam gefoltert. Die Gründe für diese Inhaftierungen sind unterschiedlich. Manche wurden als Verbrecher hingestellt, weil sie ihre Meinung frei geäußert hatten. Viele andere sind inhaftiert, weil sie den Qualen der Folter zu entgehen versuchten. Viele andere wurden verhaftet, weil sie den islamischen Religonsunterricht verweigert hatten. Die meisten dieser Gefangenen wurden nach unfairen Gerichtsverfahren verurteilt, einige sogar zum Tode. Im Jahre 1980 übernahm die militärische Führung unter General Kenan Evren die Regierungsgewalt über die gesamte Türkei. Die Generäle lösten das Parlament auf, setzten die Verfassung außer Kraft und verboten allen Parteien, fast allen Gewerkschaften sowie den meisten sonstigen Organisationen, sich politisch zu betätigen. Unmittelbar nach dem Putsch verschlechterte sich die Menschenrechtssituation in dramatischer Weise. Es wurden Angehörige nahezu aller gesellschaftlichen Schichten vor Gericht angeklagt, weil sie ihre angestammten Aufgaben und Pflichten weiterhin zu erfüllen versuchten. Obwohl die Türkei vor nunmehr etwa sieben Jahren zu einer zivilen Regierung zurückgekehrt ist, hat es deren Führung bislang versäumt, dem Schutz der Menschenrechte Geltung zu verschaffen. Noch immer wird gegen politische Gefangene vor Militärgerichten verhandelt. Staatssicherheitsgerichte, die die Militärgerichtsbarkeit bieten keine Gewähr für ein faires Gerichtsverfahren. Einige Angeklagte wurden nach unfairen Prozessen zum Tode verurteilt.

Ausländische StudentInnenvertretung, ASV
Hochschulgruppe HOPE
Verantwortlich: Kenan Araz

KURDISTAN COMMITTEE

Report presented to the Forty-Fourth Session of the

UNITED NATIONS
SUB-COMMISSION ON PREVENTION OF DISCRIMINATION AND PROTECTION OF MINORITIES

Geneva, August 3 - 28, 1992

"Kurdistan-Komitees in Europa
Bericht zur Vorlage bei der 44. Sitzung des Unterasschusses der Vereinten Nationen zur Verhütung von Diskriminierung und dem Schutz von Minderheiten.
Genf, 3.-28. August 1992"

Diese Broschüre ist zum Preis von DM 2,-- plus Porto bei allen Kurdistan-Komitees in Europa erhältlich (in englisch)

